

Abschlussarbeit

zur Erlangung des Magister Artium

im Fachbereich Mittlere und Neue Geschichte

der Johann Wolfgang Goethe Universität

Historisches Seminar

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Thema: Die Auswirkungen der Parallelwährung D-Mark

auf die Stimmung in der Bevölkerung der DDR

in den Jahren 1971-1989

- 1. Gutachter: Prof. Dr. Werner Plumpe**
- 2. Gutachterin: Prof. Dr. Marie-Luise Recker**

vorgelegt von: Helmuth Wagner
aus: Wiesbaden
Einreichungsdatum: Juni 2005

GLIEDERUNG	SEITE
1.0 Einleitung	4
1.1 Allgemeines	4
1.2 Die Darstellung des Themas in der Literatur.....	5
1.3 Die Quellenlage zum Thema	7
1.4 Quellenkritik	8
1.5 Ziel dieser Untersuchung	8
2.0 Der real existierende Sozialismus der Honecker-Zeit.....	10
2.1 Innen- und außenpolitische Ziele	10
2.2 Die Versorgungslage in der DDR	12
2.3 Der wirtschaftliche Verfall.....	13
2.4 Der Zwang Devisen zu beschaffen.....	15
3.0 Gesetzliche Grundlagen	17
4.0 Die Kursfestlegung Mark gegen D-Mark.....	19
5.0 Quellen der D-Mark.....	22
6.0 Die Gestattungsproduktion	26
7.0 Genex - Geschenkdienst GmbH	27
8.0 Intershop	32
8.1 Entstehung und Zweck des Intershops	32
8.2 Die Einführung der Forumschecks	35
8.3 Intershop - ein Stachel im Fleische des Sozialismus	37
9.0 D-Mark als Zahlungsmittel auf dem Schwarzen Markt.....	42
10. Versorgung der Politbüro-Siedlung Wandlitz.....	45
11. Leserbriefe	47
12. Politische Witze als Stimmungsbarometer	48
13. Das Ministerium für Staatssicherheit berichtet	49
13.1 Allgemeines	49
13.2 Der Schwindelkurs.....	50
13.3 Neueröffnung von Intershop-Läden.....	55
13.4 Preiserhöhung bei Röstkaffee	60
13.6 D-Mark im Schwarzmarkt.....	61
13.7 Reduktion des Umtauschsatzes für Reisen in den Westen.....	62
14. Eulenspiegel	64
15. Die D-Mark und das Ende der DDR	66
15.1 Die Westverschuldung	66
15.2 D-Mark Transaktionen nach Öffnung der Grenzen	68

16. Zusammenfassung	70
17. Anhang	75
17.1 Zeittafel ausgewählter politischer Ereignisse 1971- 1989	75
17.2 Aufstellung über den Kundenkreis des Ladenkombinates Wandlitz	78
17.3 Literaturverzeichnis	81
17.4 Quellen.	85
18. Tabellarischer Lebenslauf	88
19. Erklärung	89

1.0 Einleitung

1.1 Allgemeines

Das Verschwinden der DDR ist vielen bis heute unerklärlich geblieben. Die angeblich zehntstärkste Industrienation der Welt erweist sich als zahlungsunfähig, der Maschinenpark ist marode.

In Wirklichkeit ist weniger das Verschwinden der DDR erstaunlich, als die Tatsache, dass kaum jemand damit rechnete.

Als Gründe für den Zusammenbruch der DDR im Jahre 1989 werden in der Literatur im Allgemeinen folgende Kausalreihen angegeben, die durch ihr Zusammenwirken den Kollaps bewirkt hätten:

Bürgerrechtsbewegungen und Bürgerbewegungen
Selbstblockade des SED-Systems infolge interner Machtkämpfe
Ökonomische Probleme infolge zu geringer Produktivität und Investitionen
Mangelnde Rückendeckung durch die UDSSR

Das Ende der DDR lässt sich nur durch eine Gesamtschau von langfristigen Strukturkrisen, kurzfristigen Ursachen und Änderungen der politischen Großwetterlage erklären. Denn „Geschichte entsteht immer aus der Verflochtenheit aller im Leben wirksam entfalteteten Faktoren“.¹

So wie ein Dambruch plötzlich als wahrnehmbares Ereignis offenbar wird, obwohl noch kurze Zeit vorher der Deich recht stabil aussah, so kann man die allgemein nicht vorhergesagte Implosion des DDR-Systems analog sehen.

Bei einem Damm wird das Eindringen des Sickerwassers äußerlich nicht bemerkt, der Damm wird allmählich innerlich aufgeweicht, der Kern schwimmt auf (der Damm wird leichter) und ein relativ kleiner zusätzlicher Impuls löst dann die Katastrophe aus.

Einer der Aspekte, die zu einer langsamen aber tiefen Erosion des SED-Systems geführt haben, die die Staats- und Parteiautorität unterminierte, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Die subversive Wirkung des Westgeldes in der DDR soll hier dargestellt werden, die seit dem Ende der Aufbauphase Anfang der 70 er Jahre zunehmend das Leben in der DDR beeinflusste. Im Jahre 1988 erreichte der in der DDR gehaltene D-Mark-Bestand einen Anteil

¹ Heinz Stoob, Die Hanse, Köln 1994, Seite 257

von 62% des gesamten in der DDR umlaufenden Bargeldes². Hierin zeigt sich, inwieweit die DDR-Währung an Vertrauen verloren hatte. In keinem Ostblockland spielte die Zweitwährung (Dollar oder D-Mark) eine so wichtige Rolle wie in der DDR. Deshalb wird in dieser Arbeit die These vertreten, dass die Existenz der Parallelwährung D-Mark eine wichtige Rolle, eine subversive Rolle, beim allmählichen Untergang der DDR spielte.

Wie bei den Wasserrinnalen im Damm ist die Erosionswirkung der einzelnen Aktionen, die durch das Westgeld ausgelöst wurden, gering, kaum sichtbar, aber in ihrer Gesamtheit und bei der langen Wirkungsdauer ist die erzeugte Instabilität für den Zusammenbruch eine notwendige Voraussetzung. Man kann die Wirkungen kaum sehen, jedoch ahnen.

Deshalb soll in dieser Arbeit, ausgehend von den sichtbaren Fakten, D-Mark-Kredite, GENEX-Geschenkdienste, HO-Geschäfte, Schwarzmarktaktivitäten und Geld-Schenkungen den Untergrundwirkungen nachgespürt werden, die den Kollaps erst ermöglichten.

Aus den Berichten über die Stimmung in der Bevölkerung, die das Ministerium für Staatssicherheit zusammentrug, lässt sich die zunehmend destruktive Wirkung in den Jahren 1971 bis 1989 deutlich feststellen.

1.2 Die Darstellung des Themas in der Literatur

In den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist eine Fülle von Büchern entstanden, die sich mit dem Untergang der DDR und den Gründen dafür, befassen. In dem Sammelband „Weg in den Untergang, der innere Zerfall der DDR“, herausgegeben von Konrad H. Jarausch und Martin Sabrow, werden eine Reihe von Ursachen (Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimationsanspruches der DDR, Entwicklung in der Sowjetunion, usw.) für den Zusammenbruch dargestellt. André Steiner beschreibt in seinem Aufsatz „Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR.“ verschiedene Phänomene, wie die Weigerung der Sowjetunion, das SED-System zu stützen, die Selbstblockade der Macht in der Partei, die mangelnden Investitionen in den Maschinenpark und die im Bezug auf das obige Thema bestehende Situation, folgendermaßen: „ Daher erhielt auch die kaufkräftige Nebenwährung D-Mark immer mehr Bedeutung in der DDR-Wirtschaft. Bei Bezahlung mit D-Mark entfiel weitestgehend das Problem des mangelnden Warenangebotes und der überhöhten Preise, was durch den Staat mittels der von ihm aufgebauten Intershops und dem Genex-Geschenkdienst (zum Einkauf gegen konvertible Devisen) nicht nur hingenommen, sondern gefördert wurde.“³ Im gleichen Buch beschreibt K. Jarausch „die Stärke der mit der Umwälzung verbundenen Emotionen, die

² André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang S. 168

unter anderem durch die schleichende Erosion der ideologischen Legitimität verursacht worden sind.“⁴ Diese schleichende Erosion wurde durch die Spaltung der Gesellschaft in eine Zwei- oder Dreiklassengesellschaft, wie sie Stefan Wolle im gleichen Buch in dem Aufsatz „Der Traum vom Westen“ schildert, dokumentiert.

In dem Buch von Dietrich Staritz, „Geschichte der DDR“ wird gesprochen

- von Arbeitern und anderen wenig Verdienenden ohne „Westwährung“
- von Bürgern, die durch höhere Einkommen in Exquisitläden kaufen oder durch den Besitz von Westmark ihre Bedürfnisse in Intershop-Läden befriedigen
- von privilegierten Personen und hohen Funktionären, die sich in „besonderen“ Läden versorgen, teure Westwagen fahren und in „keinerlei Hinsicht von irgendwelchen Sparmaßnahmen“ betroffen seien.⁵

Auch an anderer Stelle, z.B. in dem autobiographischen Roman „Schwindende Gewißheiten“ von Ursula Reinhold, einer treuen Anhängerin des SED-Regimes, heißt es „ Intershop-Praxis, notorische Devisennot und Gefangenenfreikäufe, war das der Sozialismus auf seinem Weg? Diese Koppelungsgeschäfte erschienen mir ein politisch moralischer Ausverkauf.“⁶

Der Sammelband „Das Westpaket“ von Christian Härtel und Petra Kabus (Hg.) stellt in essayistischer Form die Wirkungen von Paketen von „drüben“, Genex-Geschenkdienst und Intershop dar. Hier wird anschaulich ein Stimmungsbild in den siebziger und achtziger Jahren in der DDR vermittelt.

Die umfassendste Darstellung der materiellen Seite der D-Mark in der DDR wird in einer Dissertation von Dr. Bodo von Rüden dargeboten in dem Werk „Die Rolle der D-Mark in der DDR. Von der Nebenwährung zur Währungsunion“. Die Zu- und Abflusskanäle von D-Mark in den bzw. aus dem Privatsektor der DDR sind sehr sorgfältig analysiert. Aus diesem Werk stammt auch die Zahl von 62%⁷, die den Anteil der D-Mark-Barbestände am Gesamtbestand der in der DDR umlaufenden Bargelder angibt. Die Wirkungen der Parallelwährung auf das politische System der DDR beschreibt von Rüden so: „Der innere Konflikt zwischen der

³ André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang, in: K. Jarausch / M. Sabrow, Weg in den Untergang, Seite 168

⁴ K. Jarausch, Implosion oder Selbstbefreiung, in: K. Jarausch / M. Sabrow, Weg in den Untergang, Seite 30/31

⁵ Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Seite 306

⁶ Ursula Reinhold, Schwindende Gewißheiten, Eine Ostberliner Geschichte, Seite 312

⁷ nicht nominal sondern nach Kaufkraft in Relation 1:4,5 gerechnet

herrschenden Staatsdoktrin und der augenfälligen Privilegierung der D-Mark-Inhaber schwelte fortwährend und dürfte letztlich auch mit zum Sturz des Regimes beigetragen haben“⁸.

1.3 Die Quellenlage zum Thema

Es gibt eine Fülle von Stimmungsberichten aus der Honeckerzeit. Da sind einmal die, die sich im Parteienarchiv der SED befinden und von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der desolaten Versorgungslage Zeugnis ablegen. In diesen Berichten wird das Thema D-Mark als mögliches Ventil aber nicht erwähnt, getreu der allgemeinen Tendenz, die Existenz der Parallelwährung möglichst zu ignorieren. An offiziellen Äußerungen sind nur zwei Artikel im „Neuen Deutschland“ (ND 7/8.4,1979 und. ND 27.9.1977) zu erwähnen, die auch in der Literatur immer wieder zitiert werden.

Zum anderen befinden sich im Bundesarchiv Kartons mit Beschwerdebriefen an den ersten Staatsratsvorsitzenden, an das Ministerium für Außenhandel und an die Forum Handelsgesellschaft mbH, die Betreiberin der Intershopläden, in denen immer wieder die Bezahlung der Reparaturen in D-Mark beklagt wird, obwohl die Aufwendungen für die Reparaturen der im Intershop gekauften Waren in Mark der DDR entstanden waren. Viele Stellungnahmen aus der Bevölkerung beziehen sich aber auf die Absurdität der Situation der Intershopläden, in denen angeblich nur DDR-Produkte gegen das Geld des Klassenfeindes an die eigenen Bürger verkauft wurden, wodurch eine Zwei-Klassengesellschaft in einem sozialistischen Land entstanden sei. Waren solche Beschwerden in den frühen 70-er Jahren noch relativ selten, so wurden sie gegen Ende der DDR etwa ab 1985 immer aggressiver. Es gehörte ja auch schon erheblicher Mut dazu, die Ergebnisse von 40 Jahren SED-Herrschaft in Frage zu stellen. Im Kapitel über die Intershops werden einige dieser Briefe beschrieben.

Eine dritte Quelle findet sich in den Unterlagen der Stasi. Diese Unterlagen sind aber nach Aussagen der dort beschäftigten Mitarbeiter „verunordnet“, also noch nicht geordnet und über Findbücher erschlossen. Ein großer Teil wurde 1989 in den Aktenvernichter gegeben und wartet nun, in 16000 Säcken verpackt, auf Rekonstruktion. Die von mir durch Vermittlung der Mitarbeiter der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR herausgesuchten und eingesehenen Unterlagen sind wohl eher das Ergebnis eines Zufallsprozesses als einer systematischen Erforschung. Ich gewann daraus den

⁸ Bodo von Rüden, Die Rolle der D-Mark in der DDR – Von der Nebenwährung zur Währungsunion, Baden-Baden 1991, Seite. 103

Eindruck, dass dem Staatssicherheitsministerium die Brisanz der Parallelwährung bewusst gewesen sein musste.

1.4 Quellenkritik

Bei der Bewertung der einzelnen Dokumente muss immer bedacht werden, zu welchem Zweck und für wen sie erstellt wurden. Die Dokumente für die höchsten Partei- und Staatsrepräsentanten sind fast immer nach dem gleichen Modell aufgebaut. Zunächst werden die allgemeinen Leistungen des Parteiapparates gelobt, am Ende finden sich dann Hinweise auf die Probleme. Dadurch soll verhindert werden, dass der Empfänger verärgert wird und in Unruhe gerät, weil etwas nicht wie geplant funktioniert oder das System bedroht zu sein scheint.

Berichte von Außenstellen des Stasi-Apparates lassen die Absicht erkennen, die eigene Unentbehrlichkeit und Effizienz zu beweisen. Mit allergrößter Akribie wurden z.B. Berichte von Betriebsversammlungen angefertigt. Jeder Sprecher wird namentlich aufgeführt, so dass eventuell eine Verfolgung durch die Stasi möglich wurde. Andererseits werden wiederum Ereignisse unscharf d.h. ohne Namensnennung der Akteure beschrieben oder es ist sogar nur von Gerüchten die Rede, dass sich etwas ereignet habe. Hier vermute ich die Absicht, dass man einerseits nichts weglassen, andererseits aber auch nicht zu sofortigem gezielten Einsatz auffordern wollte.

1.5 Ziel dieser Untersuchung

Die Geschichte vom Untergang der DDR wird in der Literatur beschrieben als ein Zusammenwirken von weltpolitischen Umbrüchen, persönlichen Schwächen führender Persönlichkeiten und wirtschaftlichen Bedingungen. Was aber selten erwähnt wird, ist, dass diese Wirkgrößen eines Nährbodens im Weltbild großer Teile der Bevölkerung bedürfen, damit sie wirken können. Lucien Febvre hat sich im Zusammenhang mit der französischen Revolution damit beschäftigt, welche nur langfristig sich verändernden Beziehungen und Ordnungen der menschlichen Lebensverhältnisse notwendig sind, um einen Umbruch zu ermöglichen. „Es geht um Stimmungen, Vorurteile, Wünsche und Ängste, Wertvorstellungen und Verhaltensmuster einzelner Gruppen oder ganzer Zivilisationen, vorrangig der breiten Bevölkerung.“⁹

⁹ Ernst Opgenoorth, Günther Schulz, Einführung in das Studium der neueren Geschichte, Paderborn, München, Wien, Zürich, 2001, Seite 230

Diese Sichtweise von Geschichte wird seit Lucien Febvre als **Mentalitätengeschichte** charakterisiert. In diesem Sinne ist auch die vorliegende Arbeit als Mentalitätengeschichtsschreibung einzuordnen. Sie kann nicht alles erklären, aber sie kann einen Schlüssel zur Erkenntnis anbieten.

Der Umbruch im Ostblock 1989 -200 Jahre nach der französischen Revolution - ist meiner Einschätzung nach nur möglich gewesen, weil in den letzten 20 Jahren der Herrschaft des realen Sozialismus die nach dem Krieg herrschende Euphorie und Begeisterung über den neuen Weg in eine bessere Welt langsam umschlug. Viele anfänglich Begeisterte fielen vom Glauben an die segensreiche Wirkung des Sozialismus ab. Während man in der DDR bis zum Ende der Herrschaft Ulbricht noch, ähnlich wie in der BRD, den Wiederaufbau erlebte und sich davon berauschen ließ, zeigte sich bei der Verlangsamung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den siebziger Jahren eine Stimmungsänderung. Die Widersprüche zwischen den *hehren* Zielen des Sozialismus und der Realität des Alltagslebens, die neue Kluft zwischen Privilegierten und Normalbürgern wirkten desillusionierend und schärften die kritische Perspektive. Ein Aspekt, der zur Stimmungsänderung beitrug, ist die Zunahme der Bedeutung der D-Mark als Parallelwährung. Diese soll in dieser Arbeit untersucht werden.

Die Darstellung ist nicht einfach, weil man Stimmungen nicht direkt sehen oder messen kann. Meinungsumfragen in der DDR waren selten und bezogen sich natürlich nicht auf regimiekritische Themen. Man kann durch Beobachtungen des Verhaltens von Bevölkerungsteilen auf deren Weltanschauung schließen. Die Zusammenhänge sind nicht zwingend und von der Bewertung des Autors oder Lesers abhängig.

Trotzdem werde ich versuchen ein Stimmungsbild der Bevölkerung der DDR während der Honeckerzeit anhand von beobachteten Indikatoren darzustellen.

Ich werde zunächst das Umfeld, die politische und soziale Gesamtsituation, dann die Quellen und Verwendungen der privaten D-Mark-Bestände betrachten. Anschließend folgen Meinungsäußerungen aus der Bevölkerung und schließlich die Berichte des Ministeriums für Staatssicherheit.

2.0 Der real existierende Sozialismus der Honecker-Zeit

2.1 Innen- und außenpolitische Ziele

Vom Beginn einer Ära Honecker wurde schon gesprochen, bevor er im April 1971 offiziell seinen Posten antrat. Auf dem VIII. Parteitag am 15. April 1971 wurden neue Konzepte für die Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft, für wachsenden Wohlstand vorgestellt und eine Antwort auf die Herausforderung der technisch-wissenschaftlichen Revolution gegeben.

In dieser Allgemeinheit gab es keinen Platz für Gegenmeinungen und so blieb in der Erinnerung der Zeitgenossen nur der Satz erhalten von „*der untrennbaren Einheit von Wirtschaft- und Sozialpolitik*“. Die Sozialpolitik wurde auch als vorbeugende Konfliktregulierung gesehen, denn die ganze Regierungszeit Honeckers war beherrscht von der Furcht, dass, wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1970 in Polen, Unruhen ausbrechen könnten, die den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden erschüttern könnten. Ein „bedeutender Aufschwung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität¹⁰“ wurde, wie in der Sowjetunion allen sozialistischen Staaten, also auch der DDR, versprochen.

„Der Anfang vom Ende der DDR begann 1971“¹¹, schreibt Alexander Schalck-Golodkowski. Die neue Wohlfahrtspolitik zielte auf einen hohen materiellen Lebensstandard der Bevölkerung und die allseitige außenpolitische Anerkennung der DDR. In beiden Bereichen war der Nachholbedarf gegenüber dem *Klassenfeind BRD* allzu deutlich geworden. Langfristig wurden die Finanzen des Staates durch die Subventionen zerrüttet, da das Wachstumstempo des Konsums unter Berücksichtigung von Warenumsatz, Wohnungsbau und anderen Faktoren ständig um 2-3 Prozent über dem ausgewiesenen Wachstum des Nationaleinkommens (etwa gleich dem Bruttosozialprodukt) lag.

„Heute mutet es wie eine Ironie der Geschichte an, dass Honecker als eine der ersten Entscheidungen im Amt einen erhöhten Import von Bananen verfügte. Diese waren nur gegen Devisen zu haben. Der erste Mühlstein hing am Halse der DDR“.¹²

Der Beginn der Honecker-Ära wurde in der DDR als eine schrittweise Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen gesehen. Das gab zu Optimismus Anlaß. Mit der Bildung der

¹⁰ Zit. Nach: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KpdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, abgedruckt bei: Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt 1985, Seite 279

¹¹ Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Hamburg 2001, Seite 180

¹² a.a.O. Seite 180

„großen Koalition“ in der BRD zeichnete sich ein Wandel im Verhältnis beider deutscher Staaten ab. Die SED reagierte zunächst mit einer schroffen Kehrtwende. Es wurde das Trennende beider Deutscher Staaten betont, wohl weil man die Gefahr der Annäherung erkannte. Eine Vereinigung zwischen dem sozialistischen Vaterland und der vom Monopolkapitalismus beherrschten Bundesrepublik wurde für unmöglich erklärt. DDR-Außenminister Winzer behauptete sogar, dass der von Willy Brandt vorangetriebene Entspannungskurs „eine Aggression auf Filzlatschen“¹³ sei.

Im Zuge dieser Abgrenzung wurden aus zahlreichen Organisations- und Institutsnamen die Begriffe deutsch oder Deutschland entfernt. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften nannte sich fortan Akademie der Wissenschaften der DDR, der Deutschlandsender hieß nun Stimme der DDR. Eine Verfassungsänderung im Jahre 1974 wandelte den Artikel 1, Satz 1 der Verfassung von 1968 „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ in „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ ab. Eine solche Abgrenzung schien dringend geboten. Es musste um jeden Preis vermieden werden, dass die zu Beginn der siebziger Jahre einsetzenden deutsch-deutschen Vertragsverhandlungen in Moskau als Vorspiel für eine Annäherung an den ungleichen Nachbarn im Westen mißverstanden werden könnte. Am Anfang stand das im Dezember 1971 unterzeichnete Transitabkommen mit der BRD. Im Frühjahr 1972 folgte der Verkehrsvertrag und im Sommer begannen die Verhandlungen über den Grundlagenvertrag. Ziel der DDR war es, international Anerkennung als eigenständiger Staat zu gewinnen, wozu die völkerrechtliche Anerkennung durch die BRD notwendig war. Der Grundlagenvertrag beendete auch die westdeutsche „Hallstein-Doktrin“. Sie hatte den Staaten, die die DDR diplomatisch anerkannten, den Abbruch diplomatischer Beziehungen angedroht. Im September 1974 wurden beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen und saßen gleichberechtigt am Verhandlungstisch der KSZE-Konferenz in Helsinki.

Für alle diese Erfolge zahlte die DDR einen hohen Preis. Der Einfluss des Westens nahm zu. Anders als von der SED vorausgesehen, ließen sich die Widersprüche langfristig nicht verdecken, so dass Spannungslinien in ihrem Verhältnis zu einem Großteil der Bevölkerung entstanden. Durch ihren ideologisch begründeten Anspruch, als Repräsentant der herrschenden Ordnung die Interessen des Volkes zu vertreten und die Avantgarde der mit einer historischen Mission versehenen Arbeiterklasse darzustellen, musste sie die aus ihrem Lavieren zwischen Westabgrenzung und Westorientierung entstehenden Widersprüche lösen. Indem die ostdeutsche Staatspartei über den Besuch westlicher Politiker und

¹³ Ulrich Mähler, Kleine Geschichte der DDR, Seite 124

Besuchergruppen sowie über Reisen ihrer Parteimitglieder in die westlichen Staaten stets ausführlich berichtete, lenkte sie die Aufmerksamkeit der DDR-Bürger gerade auf diese so fern erscheinenden Länder und demonstrierte auf diese Weise zum einen ihre eigene Feindbildpropaganda, steigerte zum anderen deren Attraktivität und beflügelte Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Reiseverkehrs. Infolge ihrer geographischen Lage und der *kapitalistischen Insel*, West-Berlin, inmitten des Territoriums, fiel es der SED zudem besonders schwer, die DDR gegen konkurrierende Außeneinflüsse abzuschirmen.

Dem steigenden Druck versuchte die SED durch großzügigere Reiserregelungen zu begegnen, weichte jedoch dadurch ihr eigenes System weiter auf.

Der Einfluss des Westens nahm zu, die Anzahl der Reisen zwischen beiden Ländern schwoll an und immer mehr Bürger der DDR nahmen die von Honecker unterzeichnete Schlußakte von Helsinki beim Wort, in der sich die DDR Führung zur Respektierung der Grundrechte verpflichtet hatte, zu denen auch das Recht der Freizügigkeit zählte. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg von 32000 Bürgern im Jahre 1984 auf 110000 im Jahre 1988.¹⁴

Es war die in der Weltgeschichte seltene Lage entstanden, dass aus einem Land viele Leute ausreisen wollten und das Nachbarland unbeschränkt die Ausreisenden aufnahm. Neben dem Ausreisedruck bestand also ein Einwanderungssog. Während einerseits in der DDR die Meinung herrschte, dass man „rausschmeißen sollte aus der DDR, was rauszuschmeißen geht, bevor sich noch mehr dieser Banditen überlegen, dass sie ihren Antrag auf Übersiedlung zurückziehen,“¹⁵ fürchtete man auf der anderen Seite sowohl den Verlust von Arbeitskräften wie auch den Nachahmungseffekt.

Es ist zu erkennen, dass die SED mit ihrer Politik gegenüber dem Westen im eigenen Land Geister wachgerufen hatte, die sie langfristig nicht mehr bändigen konnte.

2.2 Die Versorgungslage in der DDR

Kein anderes Ostblockland hatte einen solch hohen Lebensstandard wie die DDR. Jeder dritte Haushalt verfügte 1984 über einen PKW, 90 % der Haushalte hatten eine Fernsehapparat, fast 100 % einen Kühlschrank. Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm zeigte erste Resultate. Die Mieten, Strom- und Wasserpreise waren ebenso hoch subventioniert wie die Grundnahrungsmittel. Der Staat investierte große Summen in das Gesundheitswesen und das Bildungssystem. Staatliche und betriebliche Kinderkrippen und –horte erleichterten den Alltag junger Familien.

¹⁴ a.a.O. Seite 132

¹⁵ Protokoll der Dienstversammlung der BV-Leiter am 17.10.1989, Ast Chemnitz, AKG 435, Bl. 30, zitiert nach: Holger Horsch, Hat wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?, Berlin 1998, Seite 26

Und dennoch wuchs der Unmut in der Bevölkerung. Denn hochwertige Güter waren nicht zu bekommen oder nur gegen D-Mark. Kennzeichnend dafür ist der Ausdruck „Bückware“. War das gewünschte Produkt nicht im Geschäft verfügbar, fragte man, ob es vielleicht als Bückware vorhanden sei. Das bedeutete, dass die Verkäuferin sich bückte, um unter der Theke nachzuschauen, ob nicht gegen D-Mark doch die begehrte Ware vorhanden war.

Anders als die SED-Führung es erwartet hatte, sahen die Menschen keine Veranlassung, die sozialistischen Errungenschaften mit politischem Wohlverhalten und Loyalität zu honorieren. Die vollmundigen Wirtschaftspläne und das Westfernsehen hatten noch höhere Erwartungen geweckt, die angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage nicht zu realisieren waren. Jeden Abend erfolgte die kollektive Ausreise in die bunte Bilderwelt des Westens via ARD und ZDF.

2.3 Der wirtschaftliche Verfall

Am Anfang der achtziger Jahre stand die DDR-Wirtschaft am Rande des Zusammenbruches, was weder von westlichen Beobachtern noch von den Menschen in der DDR erkannt wurde. Dem Politbüro war die Brisanz der Lage schon klar, wie heftige Debatten zwischen Wirtschaftsfachleuten (z.B. Schürer und Politikern) zeigen.

Es wurden im ersten Jahrzehnt der Ära Honecker-Mittag (1971-1980) ca. 200 Mrd. Mark (Ost) Sozialprodukt mehr verbraucht als durch die eigene Wirtschaft erzeugt wurde.¹⁶ Ein beträchtlicher Teil der erreichten Verbesserungen wurde somit nicht aus eigener Kraft sondern durch Kreditfinanzierung von außen erreicht. Die Westverschuldung stieg von 2 Mrd. D-Mark 1970 über 23 Mrd. D-Mark 1981 auf 32 Mrd. D-Mark 1989, denen dann allerdings 17 Mrd. Guthaben im Westen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung gegenüberstanden.¹⁷ Diese sollten die jederzeitige internationale Zahlungsfähigkeit der DDR demonstrieren. So konnte Minister Mittag beim Ende der DDR sagen, dass die DDR nicht pleite sei, denn pleite sei nur der, der seine Rechnungen nicht bezahlen könne, und die DDR könne zahlen.

Die Grundkosten des Lebensunterhaltes fielen dank der staatlichen Preispolitik kaum ins Gewicht. Für hochwertige Konsumgüter wie PKW oder westlichem Standard entsprechende Farbfernsehgeräte, Waschautomaten, mussten nicht nur horrend Preise gezahlt werden, sondern bis zur Auslieferung musste man bei Vollwaschautomaten bis zu drei Jahre und beim

¹⁶ Eberhard Kuhr (Hg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, Seite 12

¹⁷ Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Seite 60.

„Trabi“ bis zu 14 Jahre warten. Grund dafür war, dass die DDR hochwertige technische Konsumartikel zu Billigpreisen in den Westen verschleuderte, um Devisen zu bekommen. In den Versandkatalogen westdeutscher Warenhäuser waren diese Produkte wiederzufinden.

Die Subventionspolitik, preisgünstige Grundnahrungsmittel, billige Wohnungen, niedrige Energiekosten und sehr günstige Verkehrstarife gehörten zum Alltag der DDR und rissen ein gewaltiges Loch in den Staatshaushalt. Bei der Konsumgüterproduktion wurden verbindliche Warenmengen zu festgelegten Preisen geplant, was, vereinfacht gesagt, zu der bekannten „Tonnenmentalität“ führte. Da Mengen und Preise vorgegeben waren, wurde verhindert, dass Betriebe sich allein auf gewinnträchtige Produkte kaprizierten¹⁸.

Diese Subventionspolitik wurde trotz zahlreicher Warnungen nicht geändert und führte zu absurden Ergebnissen. Kleintierzüchter fütterten mit subventionierten Haferflocken oder *Schrippen* ihre Tiere, Kirschbaumbesitzer verkauften ihre Kirschen an den Konsum-Laden und kauften anschließend ihre Kirschen zum halben subventionierten Preis zurück.

Hauptproblem aber war, dass durch die Subventionierung kein Geld für Investitionen in den maroden Maschinenpark der Industrie vorhanden war und dass zu den sonstigen Produktivitätsbremsen (mangelnde Arbeitsmoral, Materialmangel, Innovationsfeindlichkeit) auch noch veraltete und störanfällige Investitionsgüter kamen.

Die Schuldenlast der DDR im Westen war 1981 auf 23 Milliarden D-Mark angewachsen¹⁹. Die Vorstellung Honeckers, kreditfinanzierte Technologieimporte aus dem Westen in der ersten Hälfte der siebziger Jahre durch Exporte in Hartwährungsländer wieder auszugleichen, hatte sich nicht erfüllt. Ein viel zu großer Anteil der geliehenen Milliarden war in den Import von Getreide und Futtermittel sowie Konsumgüter geflossen bzw. musste zur Finanzierung der Zinsen (die Zinssätze waren unerwartet gestiegen) und Tilgung der Altschulden verwendet werden.

Erschwerend kam noch die Kürzung der Öllieferungen der Sowjetunion 1981 hinzu, die 2 Mio. Tonnen weniger Rohöl lieferte als ursprünglich vereinbart, da sie das Öl selbst im westlichen Ausland verkaufen musste, um Lebensmittel zu beziehen. Die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt waren von 1970-1974 um 170% gestiegen, die Preise für Industriewaren (Exportartikel der DDR) jedoch nur um 64%²⁰

¹⁸ Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt 1985, Seite 298

¹⁹ Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, Seite 135

²⁰ Dietrich Staritz, a.a.O. Seite 195

2.4 Der Zwang Devisen zu beschaffen

Der Zwang, konvertierbare Devisen zu beschaffen, um einerseits wichtige Materialien und Investitionsgüter im Westen kaufen zu können und andererseits westliche Konsumgüter für die Bevölkerung zu beschaffen, wurde mit Beginn der 70er Jahre zu einem der beherrschenden Themen in der DDR-Führung. Der Aufstieg des Bereiches Kommerzielle Koordinierung unter Herrn Dr. Schalck-Golodkowski ist mit der Beschaffung von Devisen eng verknüpft. Schon in seiner Dissertation, die er zusammen mit dem MfS-Offizier Heinz Volpert verfasst hatte, wurde der *Klassenauftrag* präzise formuliert. „Dem Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten, durch Anwendung seiner eigenen Methoden und Moralbegriffe, Schaden zuzufügen sowie die sich bietenden Möglichkeiten des feindlichen Wirtschaftspotentials zur allseitigen Stärkung der DDR voll nutzen. Bei der Realisierung dieses *Klassenauftrages* kommt uns die Absicht des Feindes entgegen, die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR auszubauen mit dem Ziel, die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse der DDR von Westdeutschland und Westberlin zu schaffen“²¹

Scheinbar fanden seine Ideen in den obersten Kreisen solche Zustimmung, dass er schon 1966 mit dem Aufbau des Bereiches Kommerzielle Koordinierung betraut wurde. Er hat unter dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel (später hieß es nur noch Ministerium für Außenhandel), dessen Staatssekretär er war, bis zum Ende der DDR den Bereich Kommerzielle Koordinierung geleitet, dem unter anderem 170 Firmen in Ost und West unterstanden. Für die Perspektive der hier vorgestellten Arbeit sind im Besonderen die Aktivitäten der Genex - Geschenkdienst GmbH und der Intershop GmbH zu betrachten.

Das Thema D-Mark wurde in der DDR weitgehend totgeschwiegen. Nur sehr wenige Passagen im „Neuen Deutschland“ oder in anderen amtlichen Werken handeln davon. Selbst in seinen Lebenserinnerungen, „Aus meinem Leben“ schreibt Erich Honecker nur ein einziges Mal etwas über die D-Mark, indem er vom *Schwindelkurs* (1 Mark der BRD gleich 5 Mark der DDR) berichtet, der nur der Bereicherung von Wechselbudenbesitzern in West-Berlin diene.²²

Auch eine mir von Zeitzeugen berichtete kleine Anekdote gibt darüber Aufschluss, wie unangenehm es der Staatsmacht war, dass öffentlich knappe Güter gegen D-Mark besorgt werden konnten. Ein Golf-II-Besitzer in Jena hatte an seiner Garage einen Anschlag

²¹ zitiert nach: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Textband Seite 95

²² Erich Honecker, Aus meinem Leben, Dietz Verlag, Berlin 1982, Seite 443

angebracht, dass er jedem 150,-D-Mark-West zahle, der ihm eine neue Auspuffanlage für seinen Golf besorge. Als die Volkspolizei erschien und verlangte, den Zettel zu entfernen, weigerte sich der Bürger, dies zu tun. Er wurde auf die Parteidienststelle bestellt und man einigte sich, dass er den Zettel entferne, wenn er das Ersatzteil bekomme. Auf irgendeinem Wege (wahrscheinlich Genex oder Intershop) bekam er dann das gewünschte Teil.

Die anschließend geschilderten Aktivitäten der Verbesserung des Warenangebotes durch Intershop und Genex müssen immer vor diesem Hintergrund gesehen werden. Für die DDR war die Situation noch brisanter als für die anderen sozialistischen Staaten, weil durch das Westfernsehen, das weite Teile der DDR erreichte, und die in den 70-er Jahren einsetzende Reisewelle in beiden Richtungen der Blick auf den kapitalistischen Gegner und seine wirtschaftlichen Erfolge Sehnsüchte weckte und den Glauben an die eigenen Erfolge immer wieder in Zweifel zog. Die einheimischen Erfolgsmeldungen wurden zunehmend als das gedeutet was sie waren, reine Propaganda.

3.0 Gesetzliche Grundlagen

Im Gesetz der DDR über Devisenverkehr und Devisenkontrolle vom 8. Februar 1956 wird der Erwerb, der Besitz und der Umlauf von Devisenwerten innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik und zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Gebiet außerhalb Deutschlands (Ausland) geregelt.²³

Dort heißt es im § 9 „Die Aus- und Einfuhr von Deutscher Mark der Deutschen Notenbank oder anderer Zahlungsmittel dieser Währung aus dem oder in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist verboten“. Und im § 11, „Die Deviseninländer sind verpflichtet, in der Deutschen Demokratischen Republik und Groß-Berlin befindliche Devisenwerte, die sich in ihrem Eigentum, in ihrem Besitz oder unter ihrer Kontrolle befinden, anzumelden und zum Ankauf (der Notenbank) anzubieten“.

Für den Fall der Nichtbefolgung werden Geld-, Gefängnisstrafen und bei schweren Fällen sogar Zuchthaus angedroht. Diese gesetzliche Vorschrift galt bis Ende 1973.

Im Devisengesetz vom 19. Dezember 1973 – inzwischen war durch Grundlagenvertrag und Passierscheinabkommen der Besucherverkehr auf mehrere Millionen Westbesucher pro Jahr angeschwollen, die viel Westgeld mitbrachten – wurden die Vorschriften gelockert. Im § 16 des Gesetzes heißt es im schönsten Beamtendeutsch: „Deviseninländer sind verpflichtet, Zahlungsmittel anderer Währungen den zugelassenen Banken zum Kauf anzubieten. Der Minister der Finanzen ist berechtigt, festzulegen, dass Bürger Bargeld anderer Währungen *in dafür zugelassenen Einrichtungen* der Deutschen Demokratischen Republik verwenden können, wobei die Anbiertungspflicht für dieses Bargeld entfällt.“²⁴

Wenn man Bargeld verwenden darf, muss man es wohl vorher besitzen. Damit ist also indirekt der Besitz von Währung erlaubt. Unter dafür zugelassenen Einrichtungen sind die Intershop-Läden gemeint.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR waren devisenrechtliche Bestimmungen zu beachten, wenn es darum ging, Geld zwischen beiden Staaten zu transferieren. Die DDR galt in der BRD devisenrechtlich als „Inland“. Das spielte in den weiter unten geschilderten Geschäften eine große Rolle. Um nun doch über den „eisernen Vorhang“ hinweg Handel treiben zu können, wurde eine Verrechnung der gegenseitigen Zahlungen vereinbart²⁵. Dieses Verfahren wurde über ein Verrechnungskonto, das sogenannte „Valutenkonto“, abgewickelt, das möglichst immer ausgeglichen sein sollte. Da das aber kaum möglich war, wurde ein

²³ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1, Nr. 38 v. 14. April 1956, § 1

²⁴ Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil 1, Nr. 58 v. 21. Dezember 1973

²⁵ siehe Kapitel „Kursfestsetzung Mark (Ost) gegen D-Mark“

„SWING“ also ein Überziehungskredit vereinbart, über dessen Höhe mehrfach verhandelt wurde.

Ein besonderes Problem war es, Nachlässe zugunsten von Bewohnern der DDR abzuwickeln, die in Form von Bankguthaben oder Bargeld bei Erbschaften in der BRD anfielen. Aufgrund der Bestimmungen der Militärregierung (MRG) Nr. 53 vom 19.9.1949 durften Bewohner der BRD nur in begrenztem Umfang und darüber hinaus nur mit Zustimmung der Deutschen Bundesbank größere Geldbeträge in die DDR verbringen. Da diese Beträge (D-Mark) aber im Zuge der innerdeutschen Verrechnung 1:1 in Mark umgetauscht wurden, war diese Möglichkeit in der Regel uninteressant.²⁶ Die geschilderten Vorschriften verfolgten den Zweck, die Bewohner der DDR zu schützen. Es sollte verhindert werden, dass auf Druck staatlicher Stellen der DDR Konteninhaber seine Konten im Westen abräumte.

Außerdem stand dahinter die Absicht, im damals beginnenden kalten Krieg, dem Osten freie konvertierbare Währung vorzuenthalten. Das hatte auch die Konsequenz, Wiedergutmachungszahlungen an Zwangsarbeiter aus Osteuropa bis ins 21. Jahrhundert zu verzögern, wodurch viel Geld gespart werden konnte.

²⁶ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzieller Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Textband, Seite 221

4.0 Die Kursfestlegung Mark gegen D-Mark

Die Bedeutung dieser Kursfestlegung und die unveränderte Beibehaltung von 1949 bis zum Ende der DDR verdient eine detaillierte Untersuchung, denn aus meiner Sicht war sie mit eine Ursache für den Untergang der DDR.

„Nach der Spaltung der deutschen Währung durch Einführung der D-Mark bzw. der Mark der DDR wurde im „Frankfurter Abkommen“ vom 8.10.1949 und später im „Berliner Abkommen“ vom 20.9.1951 vereinbart, dass die in DM-West in der BRD geltenden Preise Grundlage der abzuschließenden Verträge sind.“²⁷ Mit dem „Berliner Abkommen“ wurde festgelegt, dass die gegenseitigen Gut- und Lastschriften auf dem Verrechnungskonto in Verrechnungseinheiten =VE zu erfolgen haben und dass das Verhältnis 1 DM=1 VE gilt. Beide Seiten versicherten sich in Schreiben vom 8.Oktober 1949, dass durch diese Vereinbarungen „**kein** Kurs zwischen der Deutschen Mark (DM-West) und der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) festgelegt wird.“²⁸ Trotz des klaren Wortlautes dieser Schreiben wirkte die Festlegung 1 DM=1 VE=1 Mark wie der Kurs einer mit Devisenbewirtschaftung arbeitenden nicht konvertiblen Währung.

Der Wechselkurs einer freien konvertiblen Währung resultiert aus dem Niveau der Binnenpreise zum Niveau der Weltmarktpreise. Er spiegelt den Wert der eigenen Währung auf dem Weltmarkt wieder und ist Ausdruck der internationalen Kaufkraft der eigenen Währung. Unterschiedliche Entwicklungstempi einzelner Volkswirtschaften führen zu Anpassungen der Wechselkurse, bei freien Währungen permanent, bei Währungen mit festen Wechselkursen in Sprüngen in größeren Abständen. Die DDR hielt aber über 40 Jahre an der Fiktion eines Quasi-Wechselkurses von 1:1 fest. „Diese offizielle Kursfestsetzung berücksichtigt den tatsächlichen Preisniveauvergleich für unsere Exporte nicht, sondern wurde aus politischen Gründen – ausgehend von spezifischen Bedingungen in den Beziehungen zur BRD – getroffen“²⁹

Die Zwänge der Zentralplanwirtschaft erforderten es, den Wechselkurs für Planungszwecke über längere Zeiträume stabil zu halten. Anderenfalls wäre die Kontrolle über die Betriebe verloren gegangen. Währungsturbulenzen an kapitalistischen Finanzmärkten interpretierte man als vorübergehende Krisen. Da man selbst glaubte, von diesen Krisen befreit zu sein - ein wichtiger Glaubenssatz des Sozialismus - war es unnötig, den Verschiebungen der

²⁷ Oskar Schwarzer, Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, Stuttgart 1999, Seite 315

²⁸ a.a.O.,Seite 320

²⁹ a.a.O.,Seite 308

Währungsstruktur im Außenhandel sofort Umbewertungen in den eigenen Bilanzen folgen zu lassen.

Während im nicht-kommerziellen Bereich (Zwangsumtausch für Westdeutsche, Transitgebühren, Postpauschale usw.) die Umrechnung 1:1 für die DDR ökonomisch günstig war, war der tatsächliche innere Aufwand in Mark für die Erstellung der Exportgüter der DDR zunehmend erheblich höher als der Aufwand westdeutscher Produzenten und damit höher als der Erlös, den die DDR beim Export in die BRD erzielen konnte. Der technische Rückstand des Produktionsapparates machte sich bemerkbar. Die Differenz zwischen dem inneren Aufwand in Mark für die Exporte und dem Erlös in Valutamark wurde bis 1971 durch hohe Zuschüsse aus dem Staatshaushalt ausgeglichen. Seit Einführung der neuen „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ ab 1971 wurde ein in der Buchführung der Kombinate wirkender „Richtungskoeffizient“ (Riko) angewendet. Über die Entwicklung des Aufwandes, um 1 Valutamark = 1 DM im Export nach dem Westen zu Erlösen, gibt folgende Tabelle Aufschluss.³⁰

Jahr	Exportaufwand für 1VM in Mark (Ost)
1981	2,41
1982	2,23
1983	2,61
1984	2,59
1985	3,03
1986	3,60
1987	4,09
1988	4,34

Für den Exporthandel mussten 1980 12,3 Mrd. Mark und 1988 51,0 Mrd. Mark Subventionen aufgewandt werden. Das waren höhere Summen als für die Subventionen der Grundnahrungsmittel³¹. Man kann also ohne Übertreibung sagen, dass die DDR am Export nach der BRD innerlich „verblutete“. Obwohl eine Änderung des Verrechnungskurses = Wechselkurses in Form eines gespaltenen Kurses (für nichtkommerzielle Zahlungen 1:1 und

³⁰ Oskar Schwarzer, Sozialistische Zentralplan-Wirtschaft in der SBZ/DDR, Stuttgart 1999, Seite 323

³¹ a.a.O. Seite 151

für kommerzielle Zahlungen etwa 1:5, wie der *Schummelkurs*³² der West-Berliner Wechselstuben) möglich gewesen wäre, wurde dies aus ideologischen Gründen abgelehnt, weil dadurch der zunehmende technische Rückstand der DDR gegenüber der BRD allzu deutlich geworden wäre. Außerdem wären dann der Verrechnungskurs für die politischen Zahlungen der BRD (Transit- und Postpauschale usw.) nicht zu halten gewesen und die wirklichen Kosten für den Import von Westwaren deutlich geworden.

³² Bezeichnung des Wechselkurses der Berliner Wechselstuben durch Erich Honecker, siehe: Aus meinem Leben, Seite 443

5.0 Quellen der D-Mark

Mindestens seit Anfang der siebziger Jahre, mit der Zunahme der Reisewelle von West nach Ost und umgekehrt, zirkulierte die D-Mark in weiten Kreisen der Bevölkerung und diente als Tauschmittel für bestimmte knappe Güter und Dienstleistungen, als Wertaufbewahrungsmittel, da man kein Vertrauen in die Mark der DDR hatte, und als Wertmesser. Sie war Konkurrenz zur Mark, konnte allerdings nur in den Bereichen konkurrieren, die kaum durch staatliche Maßnahmen zu reglementieren waren. Vor allem auf dem Sektor der Schattenwirtschaft oder Sekundärökonomie kam ihr eine wichtige Funktion zu. „Die partielle Substitution der Mark durch die D-Mark resultierte aus der Überlegenheit dieser Nebenwährung, die jederzeitige Verfügbarkeit über qualitativ hochwertige Waren zu gewährleisten.“³³

Die Hauptquelle, aus der D-Mark in die Hände der DDR-Bürger floss, waren Bargeldgeschenke westdeutscher Verwandter und Bekannter, die im Rahmen des Reiseverkehrs in die DDR kamen. Daneben wurden, obwohl verboten, in Paket und Briefsendungen D-Mark-Geldscheine versteckt, die aber teilweise von der Postkontrolle entdeckt und beschlagnahmt wurden. Man kann nur ahnen, um welche Summen es sich dabei handelte. Die Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft – Abteilung Regierungskriminalität – ergaben: „Die DDR-weit zuständige Abteilung M der Stasi entnahm allein zwischen 1984 und 1989 rund 32 Millionen D-Mark aus den Postsendungen aus dem Westen sowie Konsumgüter im Wert von 10,2 Millionen Mark.“³⁴

Die in Päckchen und Paketen vorhandenen Waren wurden gleich mit beschlagnahmt oder an den Absender zu Lasten der westdeutschen Post zurückgeschickt. Es wurden auch Teilsendungen an den Empfänger in der DDR ausgeliefert. Die juristische Aufarbeitung dieses „Postraubes“ nach der Wiedervereinigung war allerdings nicht einfach. Der Unterschlagungs-Paragraf des westlichen Strafgesetzbuches sieht vor, dass der Täter eine fremde Sache, die er im Besitz und Gewahrsam hat, sich **zueignet**. Da die einbehaltenen Gelder aber dem Staatshaushalt der DDR **sofort** zugeführt wurden, waren sie nicht im Gewahrsam des Täters und die Stasimitarbeiter hätten auch nicht die Zahlungsmittel **sich zugeeignet**.³⁵

Außerdem wurde Buch geführt über die Anzahl der Pakete, da bis 1975 jeder DDR-Bürger pro Monat nur 1 Paket aus dem Westen empfangen durfte. Mir wurde von einem Mitarbeiter

³³ Bodo von Rüden, Die Rolle der D-Mark in der DDR, Baden Baden 1991, Seite 14

³⁴ Uli Schulte Döinghaus, Eine gesonderte Behandlung jenseits des Regellaufs, in: Das Westpaket, Seite 65

³⁵ vgl. Peter Jochen Winters, Unterschlagung soll es nicht gewesen sein, in: FAZ 21. Febr. 1994, Seite 4

der Birtler-Behörde berichtet, dass im alten Stasigebäude in der Ruschestraße noch mehrere Millionen Karteikarten lagern, auf denen die Pakete registriert worden sind.

Armin Volze, der wohl beste Kenner der DDR-Devisentransaktionen, schätzt, dass zwischen 1956 und 1989 62,6 Mrd. D-Mark von Privaten im Westen an Private im Osten geflossen sind. Und zwar ca. 45 Mrd. in Postsendungen, 5 Mrd. als Mitbringsel, 2,6 Mrd. über den Genex-Geschenkdienst und 10 Mrd. als Geldgeschenke.³⁶

Eine weitere Quelle war der inoffizielle Tausch von Mark in D-Mark, der vor allem in Westberlin blühte. Mark aus der DDR, deren Ausfuhr nach dem Devisengesetz von 1956 verboten war, wurde in Westberlin legal in D-Mark getauscht und dann wieder in die DDR geschmuggelt. Dass es sich nicht nur um kleine Beträge handelte, sondern dass auch große Summen diesen Weg gingen, kann man einer im Spiegel 1986 veröffentlichten Schmuggelstory entnehmen. Quarzuhren aus Asien, die in Österreich knapp 15,-D-Mark kosteten, wurden in Kofferräumen von Diplomatenautos in die DDR verbracht, dort in der DDR und in Polen für ca. 200,- Mark verkauft, das Ostgeld im Vorderreifen eines Autos nach Westberlin geschmuggelt und dort in D-Mark getauscht. Bei einem Umtauschkurs von 4:1 blieb nach Abzug der Einkaufskosten noch eine hübsche Summe übrig, von der ein Teil in der DDR verblieb. Insgesamt sollen mehr als 1 Millionen Uhren so im Osten verkauft worden sein.³⁷

Seit 1974 reisten pro Jahr durchschnittlich 1,3 Mio. DDR-Bürger, hauptsächlich Rentner, nach Westberlin oder in die BRD und brachten auf der Rückreise fast immer *Restbestände* D-Mark mit, die sie geschenkt bekommen hatten, wie mir glaubhaft versichert wurde. Von dem offiziell für Rentner erlaubten Umtausch bei Reisen in den Westen von jährlich 25,- Mark gegen 25,- D-Mark (später 15,- Mark) blieb wohl kaum etwas übrig.

Ganz offiziell wurde den Mitarbeitern der Intershop-Läden, der Interhotels und der Intertankstellen, die Bürger aus dem westlichen Ausland bedienten, ein Teil des Gehaltes, genannt Valuta-Trinkgelder, in D-Mark ausgezahlt. In den Unterlagen des Bundesarchivs findet sich ein Brief des Staatssekretärs Dr. Schalck-Golodkowski an den Generalstaatsanwalt in Berlin vom 11.6.1987, in dem diese Regelung aufgrund von „kollektiven Trinkgeldmanipulationen größeren Umfanges in der Intershop-Verkaufsstelle „Palasthotel“

³⁶ Armin Volze Zur Devisenverschuldung der DDR, in: Eberhard Kurth, Die Endzeit der DDR, Opladen 1999, Seite 165

³⁷ Geld im Vorderrad, in: Der Spiegel, Heft 18, Jahrgang 1986, Seite 91-95

geändert wurde. Nur noch Mitarbeiter der Intershop-Läden, die unmittelbar an der Kasse arbeiteten, kamen von da an in den Genuss von D-Mark oder Forumschecks.³⁸

DDR-Arbeitnehmer, die in Westberlin arbeiteten, erhielten einen Teil ihres Lohnes offiziell in D-Mark von ihrem ostdeutschen Arbeitgeber ausgezahlt.

Eine weitere Quelle von D-Mark waren Guthaben, die DDR-Bürger in der Bundesrepublik unterhielten. Diese Konten unterlagen zwar bis zuletzt immer noch einer gewissen Verwendungssperre³⁹, diese wurde jedoch schrittweise gelockert und erst zum 15.3.1990 von der Deutschen Bundesbank endgültig freigegeben.⁴⁰ Diese Guthaben konnten aus Forderungen aus der Vor- und Nachkriegszeit resultieren oder durch Erbschaften und Schenkungen entstanden sein, wobei natürlich auch die Erträge dieser Guthaben zu berücksichtigen sind. DDR-Bürgern war eine Barabhebung durch den Kontoinhaber bei einem vorübergehenden Aufenthalt in der BRD bis zu 3000,- D-Mark pro Kalendermonat gestattet.⁴¹ Guthaben in der BRD waren auch eine der Quellen für den Genex-Geschenkdienst, von dem später noch die Rede sein wird. Seit dem 1.10.1988 durften auch Westguthaben bis zu einem Betrage von 20.000,- D-Mark zum Kauf von Forum-Schecks verwendet werden.⁴²

Seit dem Abschluss des Viermächte-Abkommens über Berlin konnten DDR-Rentner nach Westberlin und der BRD reisen und dazu 25 Mark in 25 D-Mark tauschen. Dieser Betrag wurde ab 1.7.1987 auf 15 Mark reduziert. Nun scheinen aber ein Teil der reiseberechtigten Rentner den günstigen Umtauschkurs nicht zur Beschaffung von Reisedevisen benutzt zu haben, sondern die umgetauschten D-Mark-Beträge zum Einkaufen in Intershop-Läden oder zum Umtausch in Forum-Schecks umfunktioniert zu haben. Ob die Reise in die BRD oder nach Westberlin tatsächlich angetreten worden war, wurde nicht kontrolliert. Im DDR-Jargon sprach man hier vom *Ameisenverkehr*, weil angeblich viele Rentner wie die Ameisen auf festgelegten Routen mit kleiner Beute (25,- bzw. 15,- Mark) unterwegs waren.

Weitere D-Mark-Quellen der DDR sollen hier nicht betrachtet werden, weil das Westgeld direkt in die Staatshand floss und dem privaten Konsum nicht zur Verfügung stand. Die allgemeine Stimmung wurde jedoch auch von diesen Transaktionen, weil weitgehend geheim,

³⁸ BArch, Berlin, DL2/KOKO/1108, Brief vom 11.6.1987 an den Generalstaatsanwalt der DDR Günter Wendland

³⁹ siehe Gesetzliche Vorschriften

⁴⁰ Bodo von Rüden, Die Rolle der D-Mark in der DDR, Baden-Baden, 1991, Seite 63.

⁴¹ Bodo von Rüden, Die Rolle der D-Mark in der DDR, Baden-Baden, 1991, Seite 65

⁴² ebenda, Seite 65

nicht positiv beeinflusst. Erwähnt seien nur die Gelder aus Waffengeschäften, Gefangenenfreikauf , Antiquitätenverkauf und Unterstützungsleistungen der westdeutschen Kirchen und die sogenannten Milliardenkredite, die durch die Vermittlung des bayrischen Ministerpräsidenten Strauss und des Staatssekretärs Schalck-Golodkowski zustande gekommen waren.

6.0 Die Gestattungsproduktion

„Zur Erweiterung des Angebotes von hochwertigen Konsumgütern für die Bevölkerung sowie zur Steigerung der Exportkraft der Volkswirtschaft ist in der DDR seit einigen Jahren die Gestattungsproduktion von bekannten Markenerzeugnissen kapitalistischer Firmen aufgenommen worden.“⁴³ So lautet eine Notiz aus dem Büro von Günter Mittag aus dem Jahre 1977. Die Gestattungsproduktion hatte zwar nicht unmittelbar etwas mit der Koexistenz der D-Mark zu tun, aber sie führte deutlich vor Augen, wie weit die DDR in der Produktion und dem Marketing hinter den kapitalistischen Ländern zurücklag. Das Verfahren lief wie folgt ab.

Kapitalistische Firmen – fast ausschließlich aus Westberlin oder Westdeutschland – lieferten die Produktionsmaschinen und das technische Know-how, sowie zuweilen auch das Material zur Produktion. Wenn das Material von einer ostdeutschen Firma im Westen gekauft werden musste, finanzierte KOKO (der Bereich Kommerzielle Koordinierung des Außenwirtschaftsministeriums) die Materialien vor. Als Ausgleich für die Arbeitskosten durften die DDR-Betriebe einen Teil der fertigen Produkte behalten, die dann entweder im Export verkauft oder im Intershop der eigenen Bevölkerung angeboten wurden.

Die westlichen Firmen nutzten die günstigen Arbeitslöhne der DDR. Man nennt diese wirtschaftliche Beziehung Lohnveredelung. Die DDR sparte durch den ihr überlassenen Teil der Produktion den Import dieser Produkte. Nach Ende der handelsüblichen Abschreibungsdauer für Maschinen gingen diese in das Eigentum der DDR-Firmen über.

Salamander-Schuhe, BAT-Zigaretten, Nestle-Fruchtinstant, Kaugummi, Underberg, Naßrasur-Rasierer (Firma Wilkinson), Mon-Cheri-Pralinen, LR-6-Batterien (Duracell), Videorecorder und CD-Player wurden in der DDR im Rahmen der Gestattungsproduktion hergestellt, und von den Kunden im Westen merkte das keiner⁴⁴.

Die Viertaktmotoren für den VW-Konzern wurden teilweise in der DDR gebaut und die als Bezahlung zugestandenen Motoren wurden dann in Wartburg-Autos eingebaut.

Es sollte auch Anschauungsmaterial für westliche Technologie geboten werden. Eventuell wollte man die Maschinen nachbauen. Das war jedoch ideologisch nicht ganz ungefährlich. Den bei dieser Produktion Beschäftigten waren der technische Vorsprung und auch die günstigen Westpreise der Endprodukte deutlich vor Augen, so dass der „Glaube“ an das „*Einholen ohne zu Überholen*“ des Kapitalismus erschüttert wurde.

⁴³ Erläuterungen: Zum Verkauf von Nahrungs- und Genussmitteln in den Verkaufseinrichtungen des Intershop vom 16.2.1977, BArch, Berlin-Lichterfelde, DL2/KOKO/1108 aus dem Büro Mittag

⁴⁴ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski

7.0 Genex - Geschenkdienst GmbH

Der Name Genex ist eine Abkürzung aus der Bezeichnung Geschenk- und Kleinexportdienst. Über den Genex-Geschenkdienst wurden Güter und Leistungen gegen konvertierbare Devisen in der DDR verkauft. „Dem Charakter nach erfolgt über den Genex-Geschenkdienst ein Export von überwiegend DDR-Produkten ins Inland“.⁴⁵ Diese etwas paradoxe Beschreibung fasst die komplizierte Arbeitsweise von Genex auf das Kürzeste zusammen. Genex gehörte seit 1966 zum Reich Kommerzielle Koordinierung des Alexander Schalck-Golodkowski. Genex vertrieb durch seinen Firmensitz in Ostberlin vornehmlich DDR-Produkte. Hier konnten vermögende Westdeutsche schnell und gegen D-Mark ihren Verwandten in der DDR fast alles spendieren, was diese in ihrem Staat gegen Landeswährung gar nicht oder erst nach langer Wartezeit bekommen konnten. „Vom Bosch-Kühlschrank über japanische Motorräder bis zum VW Golf, von der Schrankwand, made in DDR, bis zum Eigenheim und Trabant oder Wartburg, bis zum Fahrschulkurs und der Reise nach Bulgarien.“⁴⁶ Während ein DDR-Bürger normalerweise auf einen PKW-Anhänger 6 Jahre warten muss, bekommt er ihn bei Genex in wenigen Tagen⁴⁷. Diese Artikel wurden Kunden im westlichen Ausland angeboten und konnten nur in Devisen bezahlt werden. Genex lieferte dann nicht an die Auftraggeber im Ausland, sondern an die beschenkten Empfänger in der DDR. Über Genex organisierte die SED zugleich einen staatlich gelenkten „Schwarzmarkt“ für chronische Mangelwaren im eigenen Land.

Aber auch Bürger, die über ein D-Mark-Konto in der BRD oder ein Valutakonto in der DDR verfügten, konnten am Genex-Geschenkdienst als Auftraggeber teilnehmen.

Genex diente ebenso zur Transformation von ererbtem Vermögen aus der BRD in die DDR. Da eine direkte Überweisung einerseits der Genehmigung der Bundesbank bedurfte und andererseits wegen des Umrechnungskurses 1:1 wenig attraktiv war, suchte man einen anderen Weg. Beispielsweise schenkte ein Erbe in der DDR sein Westvermögen einer der christlichen Kirchen in der BRD. Diese vermischte die Geldsumme mit anderen nach Osten zu transferierenden Beträgen. Für die Summe dieser Beträge wurden am Weltmarkt Rohstoffe gekauft (Öl, Kupfer und Ähnliches). Dann wurden diese Vorräte (meist nur buchmäßig) DDR-Firmen in der Schweiz oder in Dänemark „geschenkt“, die sie dann entweder an Produktionsstätten in der DDR oder wieder auf dem Weltmarkt verkauften.

⁴⁵ Franka Schneider, Ein Loch im Zaun, in: Christian Härtel - Petra Kabus (Hg.), Das Westpaket, Berlin 2000, Seite 199

⁴⁶ Der Spiegel, Da kriegst du alles, was es nicht gibt. Heft 41 v. 7.10.1985, Seite 131

⁴⁷ a.a.O. Seite 135

So wurde konvertierbares Geld nach dem Osten transferiert und die offizielle Transferegenehmigung umgangen. Die kirchlichen Hilfeleistungen sowie die Beträge für den Häftlingsfreikauf gingen diesen Weg.

Der Erbe erhielt dann einen Teil des Erbes in Mark der DDR und einen Teil in Gutscheinen für Genex-Bestellungen oder Forum-Schecks für den Intershop.⁴⁸

Als DDR-Firma trat Genex in der Bundesrepublik nicht in Erscheinung, da dies sowohl politische als auch devisenrechtliche Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Das "Militär – Regierungs - Gesetz (MRG 53)" – nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes bis zum Ende der DDR gültig – untersagte der DDR, in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin wirtschaftliche Tätigkeiten zu entfalten oder Eigentum an Grund und Boden zu erwerben⁴⁹.

Schon in den fünfziger Jahren wurden Kataloge in der BRD verteilt, in denen sich die Schenker die Geschenke für ihre Verwandten in der DDR aussuchen konnten. Durch DDR-Firmen in der Schweiz (Moos in Luzern, ab 1956 Palatinus in Zürich) und Dänemark (Jauerfood in Kopenhagen) operierte Genex außerhalb der BRD.⁵⁰ Kundenwerbung und Auftragseinholung wurden von dort durchgeführt. Preislisten und Kataloge wurden an die bekannten Kunden in der BRD geschickt, ebenso an solche, die um Informationen nachsuchten. In der DDR wurden die Genex-Kataloge nicht vertrieben. Ihre Einfuhr in die DDR war aufgrund geltender Bestimmungen im Post- und Reiseverkehr verboten. In Informationsbüros in Berlin, Leipzig und Rostock konnten die Kataloge eingesehen werden und West-Berliner oder Bundesbürger konnten dort direkt ordern und bezahlen. Auftraggeber im Westen bestellten und bezahlten die Waren auf BRD-Konten der schweizerischen bzw. dänischen Firmen. Die Empfänger in der DDR wurden benachrichtigt und konnten die Geschenke bei der Post oder im Fachgeschäft abholen. Zuweilen wurde auch zugestellt.

Genex hatte im westlichen Ausland mehr als 230.000 Kunden.⁵¹ Daneben konnten DDR-Bürger, die über ein D-Mark-Konto in der BRD verfügten, direkt bei Genex bestellen. Eine kleine Gruppe DDR-Bürger konnten durch Arbeitseinsätze in RGW-Ländern (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = Ostblock) konvertible Devisen erwerben (z.B. Pipelinebauer in Sibirien, Künstler und Wissenschaftler im Westen) und diese Valuten für Genex verwenden. „Nach internen Unterlagen betrug im Jahre 1986 der Anteil der von

⁴⁸ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Textband, Seite 221

⁴⁹ Vgl. a.a.O. Seite 81

⁵⁰ Franka Schneider, Ein Loch im Zaun, in: Christian Härtel - Petra Kabus (Hg.), Das Westpaket, Berlin 2000 Seite 199

⁵¹ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Anhangband, Seite 71

Devisenausländern getätigten Käufe am Genex-Gesamtumsatz 75%, der von DDR-Bürgern in konvertiblen Devisen bar getätigten Käufe etwa 5%. Mit knapp 20% trugen DDR-Bürger, die über Valuta-Konten verfügten, zum Genex-Umsatz bei⁵²

Einen Überblick über die über Genex vertriebenen Produkte gibt folgende Tabelle:

Sortimentsstruktur der Genex Geschenkdienst GmbH nach Warengruppen in v. H.
(Ohne Zeitangabe)

Sortimentsstruktur	v.H.
Personenkraftwagen	72,0
Industriewaren, technische Konsumgüter	21,0
Dienstleistungen	4,8
Nahrungs- u. Genussmittel, Haushaltschemie	2,2

Quelle: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages.
Der Bereich Kommerzieller Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski
Anhangband, Seite 71

Ganz klar dominierten hier Personenkraftwagen und andere technische Konsumartikel (Kühlschränke, Möbel, Fernsehgeräte, Fertighäuser und Gartenlauben), während andere Artikel nur eine Nebenrolle spielten.

Für die aus DDR-Produktion stammenden Waren und DDR eigenen Dienstleistungen galt, ebenso wie für die aus den sozialistischen Ländern gegen transferable Rubel importierten Waren, dass sie in der Regel auf westlichen Märkten nicht wettbewerbsfähig waren. So konnte Genex mit seinem Warensortiment zu mindestens höhere Deviseneinnahmen erzielen, als sie bei einem Verkauf der Güter auf wettbewerbsintensiveren westlichen Märkten zu erzielen gewesen wären. So standen bei der Haupteinnahmequelle, nämlich Personenwagen aus DDR-Fertigung, nur geringe Devisenausgaben bei der Fertigung, hohen Deviseneinnahmen beim Verkauf gegenüber. Für Westautos wurde eine Spanne zwischen Einkaufspreis und Verkaufspreis von 18% festgesetzt.⁵³

Eine Aufstellung der über Genex verkauften PKW zeigt das Übergewicht der DDR- und SU-Produkte.

⁵² ebenda, Seite 71

⁵³ ebenda, Seite 73

Über die Genex GmbH verkaufte PKW in den Jahren 1981-1988 in Stück

Fahrzeuge	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	Gesamt
Golf insgesamt	51	936	1298	1521	2284	2498	2445	2299	13332
Darunter									
Golf C	51	936	1298	1521	2184	1418	1126	1019	9553
Golf CL					100	1080	1319	1280	3779
Passat					8	84	90	53	235
Transporter					5	17	11	14	47
Mazda	394	206	285	380	75				1340
Ford						137	274	231	642
Peugeot								33	33
BMW								36	36
Renault					69	42	25	18	154
Fiat	187	45	10		46	18	24	23	353
Lada	525	653	460	1349	1730	1822	2281	2466	11486
Skoda	440	406	212	368	424	320	295	210	2675
Wartburg	6833	6780	7468	5973	3931	4122	3916	3290	42313
Trabant	4914	4954	5384	5270	4888	4623	4387	4840	39260
Barkas	138	128	132	102	71	91	126	122	910

Quelle: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages.

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski

Anhangband, Seite 72

Zusätzlichen Nutzen zog die Abteilung Kommerzielle Koordinierung durch die *Vorkassen-Zahlungen*, d.h. zwischen Lieferung und Zahlung lagen meist 4-6 Wochen.

Die über Genex verkauften ostdeutschen, russischen und tschechischen Fahrzeuge wurden dem Angebot der *normalen Käufer*, die jahrelange Wartezeiten zu erdulden hatten, entzogen.

Man kann also sagen, dass durch Genex die Verteilungsproblematik weiter verschärft wurde.

Den Kunden, die neue PKW (Trabant und Wartburg) auf dem Hof des Händlers sahen, die für Genex-Kunden reserviert waren, konnten der Händler nicht erklären, für wen sie bestimmt waren.⁵⁴ Dieses unsozialistische Verhalten spiegelt sich auch in dem Spruch wieder, „dass der Sozialismus seine Güter nicht nach Leistung verteile, sondern nach dem Wohnort der Tante.“⁵⁵ Der regimetreue Bürger, der eventuell seine Verwandtschaftsbeziehungen nach dem Westen abgebrochen hatte, war wieder der *Dumme*. Die Verdrossenheit gegenüber einem Staat, der seine Geschäfte zur Devisenbeschaffung machte ohne Rücksicht auf den Widerspruch zu den Idealen des Sozialismus, die täglich verkündet wurden, verfehlte ihre Wirkung auf die Mentalität der Bevölkerung nicht.

⁵⁴ Der Spiegel, Du kriegst alles, was es nicht gibt, Heft 41 v. 7.10.1985, Seite, 137

⁵⁵ Interview mit Wolfgang Harich, in: Kölner Stadtanzeiger, vom 12. 5. 1978, Seite 4.

Erst durch den erheblichen Rückstand im Versorgungsniveau der DDR-Bürger gegenüber den Westdeutschen und der deutlichen Präsentation dieser Differenz im Fernsehen, in den Genex-Angeboten und im Intershop, ergaben sich die Chancen für die Unternehmen der Kommerziellen Koordinierung. Um die Unterschiede nicht zu krass werden zu lassen, wurde durch den Ausbau der Delikat- (Nahrungs- und Genussmittel) und der Exquisit-Läden (Textilien) versucht, höherwertige DDR-Produkte zu massiv höheren Preisen im Markt zu platzieren und einen Teil des Nachfragepotentials zu befriedigen. Auch diese Maßnahme, die gegen das sozialistische Prinzip der Gleichbehandlung verstieß, führte zu der oben schon erwähnten weiteren Aufspaltung in eine Drei-Klassengesellschaft, mindestens die Verbraucherseite betreffend.

Der KOKO-Bereich Intertank - Betankung von Schiffen, Flugzeugen und Autos aus den NSW-Gebieten (Nicht-Sozialistische-Wirtschaftsgebiete) - war ideologisch nicht so brisant, weil DDR-Bürger als Konsumenten davon kaum berührt wurden.

Wesentlich kritischer war jedoch der Bereich NSW-Touristik. Es wurden gegen Westgeld Reisen in die DDR und andere sozialistische Länder verkauft. Beliebt waren Reisen ans Schwarze Meer nach Rumänien und Bulgarien, wohin auch Bürger der DDR gegen Mark (Ost) in Urlaub fahren konnten. Hier wurde dann die Zwei-Klassen-Gesellschaft besonders deutlich. Besseren Hotels und Restaurants waren Gästen mit „guten“ Devisen vorbehalten, während DDR-Bürger mit ihren „Alu-Chips“ sich mit schlechteren Hotels und Restaurant begnügen mussten.

8.0 Intershop

8.1 Entstehung und Zweck des Intershops

Seit der Währungsreform im Jahre 1948 existierten im geteilten Deutschland 2 Währungen. Es gab die ab 1957 frei konvertierbare Währung der BRD, die Deutsche Mark und die Mark der Deutschen Notenbank - seit 1967 Mark der Deutschen Demokratischen Republik - kurz Mark genannt. Das offizielle Umtauschverhältnis blieb bis zum Ende der DDR 1:1.

Für die Weltmarktfähigkeit der DDR war es wichtig, frei konvertible Währungen also D-Mark oder Dollar zu erwirtschaften. Bereits 1954 wurde daher beschlossen, mit allen Möglichkeiten solche Währungen mittels zollfreiem Handel abzuschöpfen. 1955 richtete man in den Seehäfen Wismar, Rostock und Stralsund **Transitlager** ein, in denen Waren zur Versorgung ausländischer Schiffsbesatzungen und Schiffsreisenden gegen **Valuta** (frei konvertierbare Währungen) angeboten wurden. Diese Valutaläden waren keine neue Erfindung. Duty-Free-Shops mit zollfreien Waren gab es an Flughäfen in fast allen kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Das Besondere der Intershop-Läden war aber, dass Waren eigener Produktion (später auch Importware) gegen Valuta (D-Mark) neben dem Verkauf an Ausländer auch an die eigene Bevölkerung verkauft und damit quasi *exportiert* wurden. Zunächst nannten sich diese Läden Transitlager bzw. HO Internationaler Basar, aber 1956 legte man sich auf den Namen Intershop fest, da er klangvoller und international besser verständlich war. Über die abgeschöpften Valutabeträge gibt die folgende Tabelle Aufschluss.

Devisenabführung der Bereiches KOKO: hier Intershop an den Staatshaushalt in Mio. DM (gerundet)

Jahr	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979
	8	19	28	30	32	34	147	151	155	159

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	Summe
163	163	165	165	167	165	165	165	164	164	2416

Quelle: Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages:
Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski
Textband Seite 333

Der relative Erfolg, Devisenabschöpfung, wurde begleitet von im Laufe der Jahre steigenden Gewinnen. Dies lag daran, dass die im Transitgeschäft meist begehrten Waren, Alkoholika, Tabakprodukte und auch Kosmetika aus Westeinkäufen oder aus der Gestattungsproduktion im Westen mit hohen Verbrauchssteuern belastet waren. Bei der Preisfindung orientierte man sich an den Westpreisen, die etwas unterboten werden mussten, um entsprechende Anreize zu

geben. Die hohen Verbrauchssteuern wurden dabei einfach mitkassiert.⁵⁶ Beispiele hierfür sind die Hauptverkaufsprodukte Tabakwaren und Spirituosen, die beide im Westen mit einer hohen Verbrauchssteuer belastet waren.

Über die Warenzusammensetzung gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Warenstruktur des Großhandelsumsatzes der Forum Handelsgesellschaft mbH (Genex und Intershop) (in Mio. VM (Valutamark = D-Mark))

	1985	1986	1987	1988	1989
Spirituosen	131,3	128,9	132,4	129,7	126,3
Bier, Wein, Sekt	28,0	29,1	33,3	35,3	35,7
Tabakwaren	244,2	247,7	254,0	260,4	274,2
Kaffee	79,3	86,7	65,6	63,8	69,0
Kakaoerzeugnisse	67,8	67,5	70,5	68,7	70,5
Dauerbackwaren	42,3	43,8	45,1	43,9	45,4
Sonst. Backwaren	40,4	42,0	47,9	53,5	58,7
Kosmetika	87,2	100,1	100,2	99,7	103,6
Techn. Konsumgüter	116,7	125,8	135,6	147,1	137,8
Sonst. Industriewaren	81,5	82,4	75,5	71,9	76,1
Großuhren	4,4	4,2	3,9	3,0	2,7
Schmuck	43,3	38,2	36,6	30,5	31,3
Textilien	131,5	123,4	127,3	126,9	114,3

Quelle: Armin Volze, Die Devisengeschäfte der DDR, in: Deutschland Archiv, Band 24, Heft 11, Bielefeld 1991, Seite 1156

Da der Besitz ausländischer Währungen Bürgern der DDR durch das Devisengesetz von 1956 verboten war - erst ab Dezember 1973 wurde er gestattet – war zunächst nur an ausländische Reisende und Schiffsbesatzungen verkauft worden. Mehrfach wurde die Zuständigkeit für die Intershopläden geändert, aber seit 1977 entstand die FORUM Handelsgesellschaft mbH , die dem Ministerium für Außenhandel unterstand. Die Übernahme durch die FORUM Handelsgesellschaft ging einher mit den sich verändernden Beziehungen beider deutscher Staaten. Der Abschluss des Grundlagenvertrages und das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin bewirkten einen rapiden Anstieg der Besucherzahlen aus Berlin und der BRD.

Besucherzahlen 1971-1978 in Millionen

Jahr	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
	2,0	2,1	3,9	3,2	5,4	6,1	6,3	6,4

Quelle: Werner Maibaum, Geschichte der Deutschlandpolitik; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1988 Seite.84

⁵⁶ Armin Volze, Die Devisengeschäfte der DDR, in: Deutschland Archiv, Band 24, Heft 11, Bielefeld 1991, Seite 1158

Aus der DDR reisten durchschnittlich etwa 1,3 Millionen Menschen pro Jahr - hauptsächlich Rentner – in die BRD, die, obwohl illegal, einige D-Mark mitbrachten. Das zusammen brachte das Intershop-Geschäft zum Blühen.

Zunächst wurden nur Waren aus eigener DDR Produktion, später aber auch solche aus der Gestattungsproduktion - Markenartikel westlicher Firmen, die ihre Technologien und Technik in den Betrieben der DDR installierten - im Intershop angeboten.

Verteilung der Intershop-Verkaufseinrichtungen in der DDR 1977

Bezirk	Anzahl der Verkaufsstellen
Berlin	26
Rostock	36
Schwerin	19
Neubrandenburg	7
Potsdam	17
Frankfurt/Oder	15
Cottbus	5
Magdeburg	25
Halle	17
Erfurt	27
Gera	17
Suhl	13
Dresden	14
Leipzig	20
Karl-Marx-Stadt	13
Gesamt	271

Quelle: BArch Berlin-Lichterfelde DL2/KOKO/1108, Schreiben v. 16.2.1977

Am Ende der DDR gab es 470 Verkaufsstellen mit einem Umsatz von 1,1 Mrd. Valuta-Mark⁵⁷. Das entsprach etwa einem Anteil von 6,9% des gesamten Einzelhandels der DDR⁵⁸.

Die größeren Intershop-Läden glichen mehr und mehr kleinen Warenhäusern und Supermärkten, daneben gab es zahlreiche spezialisierte Verkaufsstellen. Eigentliche DDR-Erzeugnisse - also keine Produkte aus der Gestattungsproduktion - verschwanden ab 1977 ganz aus den Regalen.⁵⁹ Waren aus der Gestattungsproduktion spielten nur im Nahrungs- und Genussmittelbereich (z.B. Zigaretten) eine Rolle. Haushaltswaren, Textilien, technische Gebrauchsgüter, aber auch Baumaterialien und Heimwerkerbedarf – ein besonderer Mangel in der handwerksarmen DDR – wurden angeboten. Bald wurde alles beschafft, was DDR-Bürger

⁵⁷ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski Anlagenband Seite 67

⁵⁸ Bodo von Rügen, Die Rolle der D-Mark in der DDR, Seite 81

⁵⁹ Armin Volze, Die Devisengeschäfte der DDR, in Deutschland Archiv, Heft 24, Bielefeld 1991, Seite 1151

an Waren aus dem kapitalistischen Ausland begehrten – allerdings gegen beträchtliche Aufschläge. Aus Beschwerdebriefen, die später betrachtet werden, ist zu sehen, dass japanische Motorräder, Luxusbadezimmereinrichtungen (Wanne und Toilettenbecken sowie Armaturen) und große Motorrasenmäher beschafft wurden. Da ein Teil der Kosten der Intershop-Läden in Mark der DDR anfielen, z.B. Raum-, Lager- und Personalkosten und die Erlöse in D-Mark anfielen, konnten auf Grund des Preisunterschiedes der Waren in West und Ost kräftige Gewinne *mitgenommen* werden.

8.2 Die Einführung der Forumschecks

Im Jahre 1978 mehrten sich die Gerüchte, dass der Besitz von D-Mark untersagt und damit die Geschäftsbasis von Intershop eingeschränkt werden sollte. Anlass zu diesen Gerüchten war eine wortgewaltige deutsch-deutsche Auseinandersetzung in der Bildzeitung und dem Neuen Deutschland. In einem Artikel mit der Überschrift: „Für harte D-Mark: Heißer Sex am Alex“ hatte ein Bildreporter festgestellt, „dass Sonnabends zwischen 15 und 17 Uhr auf dem Bahnhof Friedrichstrasse nicht nur Westberliner aussteigen, die ihre Verwandten in der Hauptstadt der DDR besuchen wollen, sondern „immer mehr bumsfidele Westberliner“. Schon auf den Bahnsteigen warten Mädchen. Sie bieten sich für harte D-Mark an, angeblich, weil sie sich dann in den Intershops viele Wünsche erfüllen können“.⁶⁰ Das Neue Deutschland bellte zurück: „Diese geschmacklose Beleidigung der Berliner, insbesondere der Frauen in der Hauptstadt der DDR, ist so unerhört, dass sich einem die Haare sträuben.....Man könnte doch in der DDR überlegen, den Umtausch frei konvertierbarer Währungen durch ein entsprechendes System stärker unter Kontrolle zu nehmen. Es ist ja durchaus vorstellbar, dass generell die Mark der DDR als einziges Zahlungsmittel gilt und dass nur Ausländern – dazu gehören die Westberliner und die DDR-Bürger – gestattet ist, in den Intershops einzukaufen“.⁶¹ Dieser Artikel löste einen Ansturm - wie nicht anders zu erwarten - auf die Intershop-Läden aus⁶². Mit einer Neuregelung der Devisenbestimmungen vom 16. April 1979 sollten nun gemäß der Empfehlung des Redakteurs der Zeitung Neues Deutschland - s.o. - in den Intershops Westgeldbesitzer der DDR und ausländische Käufer eine unterschiedliche Behandlung erfahren. „Für den kleinen Mann ändert sich dabei nicht viel“,⁶³ schrieb das Neue Deutschland am 7./8. April 1979. Getroffen werden sollten Spekulationsgeschäfte, Großschieber und Handwerker, die Reparaturen nur gegen D-Mark durchführten. Gegen solche Erscheinungen waren aber auch die Forumschecks kein geeignetes Gegenmittel.

⁶⁰ zitiert nach: Neues Deutschland, 8. August 1978 Seite 2

⁶¹ ebenda

⁶² Armin Volze a.a.O. Seite 1154

⁶³ ND vom 7.(April 1979 Seite 4

Bei Alexander Schalck-Golodkowski liest sich die Geschichte der Intershops wie folgt: „Faktisch war die D-Mark seit 1971 in der DDR zur zweiten Währung geworden und spielte eine unübersehbare Rolle in unserer Volkswirtschaft. Mit der Entscheidung für die Intershops reagierte die Partei- und Staatsführung pragmatisch auf eine gesellschaftliche Realität. Ideologisch war die Sache paradox. Denn so wurde das *kapitalistische Interesse* zu Lasten des *gesellschaftlichen Bewusstseins* forciert. Die wirtschaftliche Verbundenheit der DDR mit der Bundesrepublik wuchs.

Diese rasante Entwicklung wurde im Politbüro der KPdSU registriert. Eines Tages kehrte Honecker von einem Besuch auf der Krim mit der Nachricht zurück, dass Breschnew explizit gefordert habe, den Intershophandel einzustellen. Der Generalsekretär schwankte. Mittag gab zu bedenken, dass sich dann die Verschuldung der DDR noch weiter dramatisch zuspitzen würde.“⁶⁴

Ob nun der Bildartikel der Auslöser war oder der Wunsch Breschnews - oder beides zusammen - bleibt ungeklärt. Als Beruhigungsmaßnahme wurden die Forumschecks eingeführt. Bei diesen handelt es sich um Wertgutscheine über D-Mark zum Einkaufen im Intershop-Laden. Dazu mussten die Westdevisen vor dem Einkauf bei Bankinstituten der DDR in Mark-Wertschecks (Forumschecks) eingetauscht werden. Forumschecks wurden in der Stückelung 50, 10, 5, 1 und 0,50 D-Mark ausgegeben. Wenn man mit dieser Aktion geglaubt hatte, größere Mengen D-Mark dem Markt zu entziehen und dem Staatshaushalt zuzuführen, dann war diese Aktion ein Fehlschlag. Die Bevölkerung befürchtete nämlich, dass die Forumschecks eines Tages für wertlos erklärt werden könnten. Deshalb wurden immer nur soviel D-Mark in Forum-Schecks eingetauscht, wie zum aktuellen Einkauf notwendig waren. Ob durch die Ausgabe der Forumschecks für die DDR ein zusätzlicher Liquiditätsgewinn entstand, da der Intershop-Laden erst später bei der Bank die Forumschecks wieder in D-Mark eintauschte, wie Jonathan R. Zatlin vermutet, mag bei dem oben geschilderten Verhalten der Bevölkerung dahingestellt bleiben.⁶⁵ Der Rest an D-Mark wurde gehortet. Nach der Wiedervereinigung wunderten sich einige in die neuen Länder entsandten Bankmitarbeiter, dass DDR-Bürger in den neu eröffneten Filialen der westdeutschen Banken kofferweise D-Mark einzahlten. Wie mir berichtet wurde, waren Einzahlungen von 20- bis 40.000 D-Mark keine Seltenheit. Das Geld stammte wohl aus solchen Horten.

⁶⁴ Alexander Schalck-Golodkowski, *Deutsch-deutsche Erinnerungen*, Hamburg 2001, Seite 188

Einziges Vorteil der Umtauschaktion in Forumschecks war, dass die D-Mark im Intershop weniger in Erscheinung trat. Einkaufen war etwas umständlicher geworden aber nicht geschäftsschädigend. Die Kehrseite des Erfolges war unübersehbar. Die Risse in der DDR-Gesellschaft, die sich aus dem Besitz und Nichtbesitz von Devisen ergaben, wurden tiefer. Hatte man Westverwandtschaft oder nicht? Konnte man ins Ausland reisen oder nicht? Traute man sich schwarz zu tauschen oder nicht? Diese Zufallsfaktoren wurden immer wichtiger und der Wert der Arbeit relativierte sich.

Diese Neuregelung hat bis zum Ende der DDR Bestand gehabt. Zunächst existierende Befürchtungen, dass D-Mark-Besitz in der DDR oder die Weitergabe von Forum-Schecks schärferen Kontrollen unterworfen würden, erfüllten sich nicht. Forum-Schecks und D-Mark liefen parallel um und ich erfuhr, dass eine bekannte Frage des herbeigerufenen Handwerkers lautete: „Forum geht`s?“

8.3 Intershop - ein Stachel im Fleische des Sozialismus

In den Unterlagen der Abteilung Kommerzielle Koordinierung beim Bundesarchiv in Berlin befinden sich kartonweise Schreiben⁶⁶ von Kunden der Intershop-Läden, in denen Klagen geführt werden und die Existenzberechtigung der Intershop-Läden in Frage gestellt wird. Im Folgenden wird der Inhalt einer kleinen Auswahl von Briefen wiedergegeben, in denen sich die gereizte Stimmung der Bevölkerung zeigt.

Die Briefe sind gerichtet an den Zentralratsvorsitzenden Honecker, an das Ministerium für Außenhandel und an die Forum GmbH.

Besonders wird die schleppende Ersatzteilversorgung für im Intershop gekaufte Westprodukte, z.B. Black & Decker Bohrmaschinen, beklagt. Ersatzteile, wenn vorhanden oder besorgt, müssen ebenfalls in D-Mark bezahlt werden, was vielen Leuten, die diese Maschinen von Westverwandten (im Intershop) geschenkt bekommen haben, Schwierigkeiten bereitet. Ein Bürger beschwert sich wütend, dass er die Zulassungskosten (Kraft-Fahrzeug-technische-Zulassung) für ein Wohnmobil, das er über Intershop bezogen hatte, in D-Mark bezahlen sollte, obwohl die Leistung (Abnahme und Zulassungsprüfung) vor Ort in der DDR erbracht wurde. Autozubehör besserer Qualität für Wartburg- und Trabant-Autos, wie Radkappen und Windabweiser, einwandfrei DDR-Produkte, müssen in D-Mark bezahlt werden. Auf die Beschwerde wird geantwortet, dass diese Teile zwar in der DDR gefertigt wurden, jedoch auch im VW-Golf verwendet werden und deshalb beim Verkauf im Intershop

⁶⁵ Jonathan R. Zatlin, Consumer Ideology, in: Peter Hübner und Klaus Tenfelde, Arbeiter in der SBZ-DDR, Seite 566: „Rather, the checks increased the regime`s hard-currency revenues by functioning like an instrument of a credit“

⁶⁶ BArch, Berlin-Lichterfelde, DL2/KOKO/930

dem Export nicht mehr zur Verfügung stehen würden, und somit an den eigenen Bürger "exportiert" werden könnten.

Immer wieder wird beklagt, dass bei Reparaturen der im Intershop gekauften Waren in D-Mark bezahlt werden muß, nicht nur die evtl. importierten Ersatzteile sondern auch die Lohnkosten. Häufige Klagen beziehen sich auf fehlende Verbrauchsmaterialien der im Intershop gekauften Produkte, z.B. Leporello-Papier für EPSON-Nadeldrucker.

Klagen über Preise von Westprodukten (wohl aus der Gestattungsproduktion) in Delikatess-Läden, die teurer sind als gleiche Produkte im Intershop in D-Mark, finden sich in den Briefen. Hier zeigt sich die Problematik des Wechselkurses D-Mark zu Mark, der offiziell 1:1 ist, aber inoffiziell, je nach Entfernung von der deutsch-deutschen Grenze zwischen 1:4 bis 1:9 schwankt.

Bei der Bezahlung mit Forumschecks wird Kleingeld als Wechselgeld nicht in D-Mark herausgegeben, sondern in Form von Waren (Bonbons und Schokolade). In einem besonders aggressiven Brief aus dem Jahre 1988 heißt es: „Muss man erst einen Antrag auf Ausreise stellen und das Land verlassen, um in Ihrer Verkaufsstelle mit jedem Geld zahlen zu dürfen?“⁶⁷.

Eine weitere Anfrage lautet: „Warum es eigentlich Intershop gebe, wo sich ein DDR-Bürger, der keine Beziehungen zum westlichen Ausland habe, doch nichts kaufen könne? Soll etwa ein westlicher Besucher Elektronische Geräte, komplette Badezimmereinrichtungen oder Baumaterialien als „Reisebedarf“ kaufen?“⁶⁸

Ein im Intershop gekaufter Rasentraktor, der im Hamburg für 9.275,- D-Mark zu haben war, wurde von Intershop mit einem Aufschlag von 75% verkauft, beschwerte sich ein weiterer Bürger.

Besonders tragisch war ein unverschuldeter Motorradunfall. Ein Motorradfahrer hatte im Intershop eine Yamaha (wohl kaum ein DDR-Produkt) gekauft. Bei einem Unfall wurde die Maschine schwer beschädigt. Die Reparatur (Ersatzteile und Arbeitsleistung) sollte in D-Mark bezahlt werden. Die Versicherung des Unfallgegners zahlte aber nur in Mark. Der Motorradfahrer konnte das nicht aufbringen. Das reparierte Motorrad wurde dann von Intershop anderweitig verwertet.⁶⁹

Ein DDR-Bürger beklagte sich, dass Intershop die im Westen besorgten Waren nicht nach Hause zustelle. Seine Luxusbadewanne könne er nicht in die Straßenbahn mitnehmen. Die Toilette schon, was den Vorteil eines zusätzlichen Sitzplatzes biete. Er wurde belehrt, dass

⁶⁷ ebenda.

⁶⁸ ebenda

⁶⁹ ebenda

Intershop ein Bedarfsladen für Durchreisende sei und deshalb nicht zustelle.⁷⁰ Kundenfreundlichkeit war keine Tugend im real existierenden Sozialismus.

Schließlich noch der Brief einer Frau aus Coswig aus dem Jahre 1988.

„Die DDR ist ein sozialistischer Staat, in dem die Privilegien bestimmter Menschen abgeschafft sein sollten. Desto mehr bin ich empört über die Intershops in diesem Land. Wie kann man in der DDR sogenannte Forumschecks erhalten oder sonstige Zahlungsmittel für Intershops, durch gute Arbeit im Betrieb oder durch andere gute Leistungen? Leider habe ich noch nichts davon gehört. Bleibt es nur den Bürgern vorbehalten, dort einzukaufen (Waren, die es teilweise in HO- oder Konsum-Verkaufsstellen nicht gibt), die Geldgeber im kapitalistischen Ausland haben? Was soll man den Kindern erklären, die gern Matchbox-Autos oder ähnliches haben möchten, ihre Eltern ihnen es aber in Ermangelung des *entsprechenden Geldes* nicht kaufen können? Sie werden es nicht verstehen, dass es andere besitzen und sie nicht, ich kann es auch nicht verstehen. Diese Intershops bleiben also Leuten vorbehalten, die Devisen geschenkt bekommen. Das ist doch wohl eine sehr ungerechte Sache in einem sozialistischen Staat. Man kann noch so ein guter Arbeiter oder DDR-Bürger sein, aber ohne *Westbeziehung* wird man sich diese Sachen nicht kaufen können. Ist das nicht ein arger Widerspruch in dieser sozialistischen Gesellschaft? Selbst wenn solche Verkaufsstellen dem Staat Devisen bringen, ist so eine Ungerechtigkeit nicht einzusehen!“⁷¹

Erstaunlich genug, aber alle diese Briefe wurden sorgfältig beantwortet, nachdem sie zuständigkeitshalber zwischen den verschiedenen Dienststellen (Ministerium für Außenhandel, Büro des Zentralkomitees und dem Ministerium für Preise und Versorgung) hin- und hergeschoben worden waren. Die Argumentation ist im Großen und Ganzen immer gleich. Die DDR müsse wegen der aggressiven kapitalistischen Klassenfeinde die Fremdwährung einnehmen, wo immer sie könne.

Bei besonders renitenten Beschwerdeführern wurde sogar ein Gespräch mit zwei bis drei Experten durchgeführt, worüber die Protokolle ebenfalls heute im Bundesarchiv verfügbar sind.

Was wirtschaftlich ein Erfolg war – zusätzliche Deviseneinnahmen und bessere Versorgung der Bevölkerung - hatte politisch und ideologisch bedenkliche Folgen. Die D-Mark wurde in der DDR zunehmend zur Landeswährung. Intershop demonstrierte, durch sein jedem Passanten in die Augen springendes Westwarenangebot, den Rückstand der DDR. Ein

⁷⁰ ebenda

Preisvergleich mit gleichen oder ähnlichen Waren in den Delikat- oder Exquisitläden zeigte das wahre Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark.

Es gab heftige Kritik bei Funktionären und dem Teil der Bevölkerung, der über keine D-Mark verfügen konnte. Das rief die Regierung auf den Plan. In einer Rede vor Teilnehmern eines Parteilehrganges in Dresden nahm Erich Honecker erstmalig zu dem Problem der Intershops Stellung. „ *Diese Läden sind selbstverständlich kein ständiger Begleiter des Sozialismus.* Wir können aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, dass besonders der große Besucherstrom viel mehr Devisen unter die Leute bringt, als das früher der Fall war.Was uns angeht, haben wir die Intershop-Läden im Wesentlichen auf die zweckmäßige Zahl reduziert.Natürlich übersehen wir nicht, dass Bürger der DDR, die keine Devisen besitzen, im gewissen Sinn im Nachteil gegenüber denen sind, die über solche Währung verfügen.“⁷²

Wie peinlich die Existenz der Intershop-Läden der DDR-Führung war, lässt sich auch erkennen an einem Interview des Staatsratsvorsitzenden Honecker bei seinem Besuch im Saarland im Juli 1978. Die Saarbrücker Zeitung gibt das Interview wie folgt wieder: „Das Interesse Ihrer Medien an der Einrichtung von Intershop-Läden in der DDR, die übrigens schon seit 13 Jahren bestehen, ist recht seltsam. Offenbar haben sie Einwände dagegen, dass Bürgern der DDR so die Möglichkeit geboten wurde, direkt, das heißt, ohne das Vorschieben von Verwandten und Bekannten Waren für fremde Währungen zu kaufen, die sie bis dahin in den Strumpf gesteckt oder in Nachbarländer auf dem Schwarzen Markt oder in entsprechenden Läden verwendet hatten Natürlich haben sich die Intershop-Läden bewährt – nicht nur für den Reise- und Besuchsverkehr.... An ihren weiteren Ausbau denken wir nicht. Im Gegenteil. Wir haben ihre Zahl im letzten Jahr um mehr als 100 reduziert.“⁷³ Die Wirklichkeit sah anders aus.

Die ideologische Kritik am Intershop nahm kein Ende: In einem Interview, das der Philosoph Wolfgang Harich am 12. Mai 1978 dem Kölner Stadtanzeiger gewährte, spricht er von der *korrumptierenden und demoralisierenden Wirkung der Doppelwährung.* „Der Kapitalismus hat Bedürfnisse geweckt, vor deren Ausbreitung wir uns hüten sollten. Er hat eine Lebensweise geschaffen, in deren Sog zu geraten für den Bestand unseres Systems gefährlich wäre. Nehmen wir nur das auffälligste Wohlstandssymbol. Eine unmissverständliche Kampfansage an das falsche Ideal wachsender Motorisierung würde uns stärken und nicht schwächen.“⁷⁴

⁷¹ ebenda

⁷² Neues Deutschland, 27.9.1977, Seite 4 ff

⁷³ Saarbrücker Zeitung vom 6. Juli 1978, Seite 4

⁷⁴ Kölner Stadtanzeiger, vom 12. Mai 1978, Seite 4

Wolfgang Harich war Befürworter eines asketischen Sozialismus, weil er durch den ausufernden Konsum eine Zerstörung der Umwelt befürchtete. Die Prognose des „Club of Rome“ hatte er zu einem Leitbild seiner Philosophie gemacht.

Auch die Sowjetunion stand den Intershop-Läden skeptisch gegenüber. Sie fürchteten die D-Mark würde zu einem einigenden Band der Deutschen und schüre Wiedervereinigungstendenzen. Die Ereignisse des Jahres 1990 zeigten, wie wahr diese Befürchtungen waren. Im Frühjahr 1990 beim letzten Wahlkampf zur Wahl der Volkskammer wurde die D-Mark zu einem Hauptwahlkampfthema und auf den Strassen wurde skandiert: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, kommen wir zu ihr“! Kanzler Kohl hatte die Diskussion über die Währungsunion angeheizt, indem er in einer Wahlkampfredede feststellte, dass die D-Mark das Beste sei, was die BRD besitze.⁷⁵

Alle politischen und ideologischen Widerstände hatten jedoch keine Chancen mehr sich durchzusetzen. Die DDR war schon Ende der siebziger Jahre zu sehr auf den Devisenzustrom angewiesen, die Führung glaubte sich eine tatsächliche Reduzierung des Intershopgeschäftes nicht mehr leisten zu können.⁷⁶

⁷⁵ Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, Seite 421

⁷⁶ vgl. Armin Volze, Die Devisengeschäfte der DDR, in: Deutschland Archiv, Bielefeld 1991, Seite 1152

9.0 D-Mark als Zahlungsmittel auf dem Schwarzen Markt

Obwohl Gerhard Schürer (Leiter des Planungsbüros) in seinem Beitrag zur Bewältigung der DDR-Vergangenheit behauptet: „Eine Schattenwirtschaft, die das System der Planwirtschaft aushebelte, gab es in der DDR zu keinem Zeitpunkt ihrer Existenz“⁷⁷, sprechen doch viele Zeitzeugen von einem erheblichen Umfang des Schwarzmarktes sowohl mit überhöhten Preisen in Mark als auch bei Zahlung gegen D-Mark oder ersatzweise Forumschecks.

„Der Gebrauch von Parallelwährungen führt dazu, dass die Schattenwirtschaft an Eigenständigkeit gewinnt. Die wertbeständige D-Mark gibt neben dem Mangel an Konsumgütern und Dienstleistungen einen zusätzlichen Anreiz, dem sozialistischen Sektor Arbeit und andere Ressourcen zu entziehen.“⁷⁸ Trotz eines erheblichen Umfangs der Schattenwirtschaft in der DDR kann Schürer Recht haben, denn die Schattenwirtschaft bezog sich hauptsächlich auf Waren und Dienstleistungen, die nicht im 5-Jahresplan verplant wurden, auf die „sogenannten 1000 kleine Dinge“. Unter diesem Terminus, der in den SED-Unterlagen immer wieder erwähnt wird, versteht man saisongerechte Oberbekleidung, Ersatzteile für PKW und Haushaltsgeräte, Fertigsuppen, Diabetikererzeugnisse, Haarwaschmittel und Baumaterialien. Was die staatlich verordnete Planwirtschaft nicht zuteilen kann, wird unter der Hand besorgt. Waschbecken, Fliesen, Tapeten und Heizungsrohre sind begehrt. Hier macht sich eine Besonderheit der Mangelwirtschaft bemerkbar, dass sie nämlich Mangel noch verstärkt, da Verbraucher alles, was knapp ist, kaufen und horten, weil man es vielleicht einmal brauchen oder tauschen kann. Immer wieder wird von Zeitzeugen berichtet, dass man sich an eine Käuferwarteschlange, ohne nachzudenken, erst mal anstellte und die Ware, wenn man Glück hatte, kaufte, ob man sie brauchte oder nicht.

Dass die Schattenwirtschaft in der DDR eine derartige Bedeutung erlangte, ist hauptsächlich auf eine ideologisch bewusste Vernachlässigung des *tertiären Sektors* zu Gunsten der Industrie zurückzuführen. Erst spät wurde versucht diesem Mangel mit allerdings halbherzigen Mitteln zu begegnen. Im Dienstleistungssektor bestand eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Nachfrage der Bevölkerung und den im offiziellen Bereich existierenden Kapazitäten. Ziel des Staates war es in diesem Zusammenhang, die Rolle des Privateigentums und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Selbstständigkeit der Anbieter zu reduzieren. Zusammenschlüsse zu größeren Einheiten führten in der Regel allerdings dazu, die Leistungsbereitschaft der in dieser Einheit Beschäftigten zu drosseln und

⁷⁷ Gerhard Schürer, Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, und Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999

gerade die kleineren Einheiten zugesprochene Fähigkeit des flexiblen Reagierens zu verhindern. Hauptleidtragende dieser Entwicklung waren die Mieter kommunaler Wohnungen. Die Zeitschrift „Eulenspiegel“ ist voller Klagen, dass die KWV (Kommunale-Wohnungs-Verwaltung) große Schwierigkeiten hatte, die für die Reparatur der Wohnungen erforderlichen Handwerker und das Material für ihre Arbeit zu besorgen.

Schwarzarbeit schädigt die offizielle Wirtschaft. Nicht nur werden Produktionsfaktoren wie z. B. Baumaterialien von den Baustellen *verschwinden* und gegen D-Mark von privaten Bauvorhaben (Einfamilienhäusern, Wohnungsrenovierungen und Datschen) genutzt, sondern es leidet auch der Arbeitseinsatz auf offiziellen Baustellen durch Fehlzeiten und Zweckentfremdung der Arbeitszeit.

„Übernahme in Feierabendarbeit Maler- und Tapezierarbeiten für jetzt und später im gesamten Stadtgebiet: K. Patzke, 3033 Magdeburg, C.-Zetkin-Str.16 B.“⁷⁹ Diese Kleinanzeige steht für viele. Die DDR-Lokalzeitungen sind voller Angebote und Tauschanzeigen. Diese Feierabendarbeiten nahmen solchen Umfang an, dass die SED sich schon sorgte, dass die Leistungen in der regulären Arbeitszeit darunter leiden würden. In einem Exposé für Herrn Egon Krenz heißt es: „Ist es sozial, wenn Feierabendarbeit Ausmaße erreicht, die mit Notwendigkeit zu einer Einschränkung der Leistungen in der regulären Arbeitszeit führen?“⁸⁰ An einer anderen Stelle im „Neuen Deutschland“ heißt es im Zusammenhang mit der Einführung der Forumschecks: „Was die von den westlichen Massenmedien so oft genannten *Handwerker* betrifft, die angeblich Reparaturen nur gegen westliche Währung durchführen, so werden auch solche Leute nachdenklich werden. Sie dürften sich künftig genau überlegen, was sie tun, denn wohl nicht zu Unrecht können sie damit rechnen, dass ihre Vergehen entsprechend unseren Gesetzen geahndet werden.“⁸¹

In der satirischen Zeitschrift „Eulenspiegel“ findet sich eine Erzählung – „Bericht der Krankenschwester Babette -“ in der eine Szene - Autoabholung aus einer Autoreparaturwerkstatt - geschildert wird. Dabei ergibt sich folgender Dialog: „Was habe ich zu zahlen?“, erkundige ich mich höflich. „Zwölf Mark sechsundzwanzig für Ersatzteile, hier ist die Quittung. *Das andere* können Sie deichseln, wie sie meinen.“ Während die Krankenschwester dem Meister einen Blumenstrauß für *das andere* in die Hand drückte, ließ der nächste Kunde, ein kleiner Dicker, der zu dem weißen Polski - Fiat zu gehören schien, die *blaue Fliese*⁸²

⁷⁸ Dieter Cassel, Inflation und Schattenwirtschaft im Sozialismus, in: Duisburger Volkswirtschaftliche Schriften, Band 5, Hamburg 1989, Seite 553

⁷⁹ zitiert nach: Die Welt vom 20.6.1990 S.3, Beim Zauberwort Westmark rückt die Feierabendbrigade an.

⁸⁰ BArch, SAPMO, ZK-SED, Büro Krenz, IV 2/2 0.39/268

⁸¹ Neues Deutschland, 7./8. April 1979, Seite 2, Unverschämte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR

⁸² Blaue Fliese= Bezeichnung für den blauen Hundertmark-Schein (West)

wieder in der Brieftasche verschwinden und ging vom Hof, um seinerseits Blumen zu besorgen, denn diese waren gegen Mark zu bekommen.⁸³ Ob diese Geschichte sich so abgespielt hat oder frei erfunden ist, spielt keine Rolle, denn der Autor unterstellt, dass der Leser dieser Anekdote versteht, was der Kunde bezweckte, als er den blauen Hunderter schon vorbereitend aus der Brieftasche gezogen hatte.

In wieweit Schwarzarbeit gegen überhöhte Markzahlungen oder D-Mark-Zahlungen erfolgte, lässt sich nicht feststellen.

Trotz angedrohter und auch verhängter drastischer Strafen war die Schwarzarbeit nicht einzudämmen. Auch sie nagte am sozialistischen Staat, denn die durch Schwarzarbeit zunehmenden Einkommensunterschiede bildeten ein Konfliktpotential, „das an die Grundfesten des sozialistischen Wirtschaftssystems rühren kann“⁸⁴.

⁸³ Eulenspiegel, Wochenzeitung für Satire und Humor, Berlin, Jahrgang Nr. 2/1976, Seite 5

⁸⁴ Dieter Cassel, Inflation und Schwarzarbeit im Sozialismus, in: Duisburger Volkswirtschaftliche Schriften, Band 5, Seite 554

10. Versorgung der Politbüro-Siedlung Wandlitz

1960 wurden die Wohnsitze der Repräsentanten der DDR-Führung (s. Anhang 1) von Berlin-Pankow nach der Waldsiedlung Wandlitz verlegt, die ausschließlich zu diesem Zweck erbaut worden war. Ausschlaggebend für den Bau waren die Ereignisse im Herbst 1956 in Ungarn gewesen, in deren Verlauf führende Mitglieder der ungarischen KP von einer aufgebrachten Bevölkerung gelyncht worden waren. Für den Siedlungsbau übernahm der Bereich Kommerzielle Koordinierung Ende der 70er Jahre die Koordinierung der *Valutenfinanzierung* und die Beschaffung der Waren⁸⁵. Angeblich war die Valutenfinanzierung nur eine Zwischenfinanzierung. Später, nach dem Ende der DDR, stellte sie sich als eine vollständige Finanzierung der Versorgung der Wandlitz-Bewohner mit Westimporten aus dem knappen Devisenfond des Staates heraus.⁸⁶

„Zu einem besonderen Anziehungspunkt für die Politbürofamilien und berechnete Angestellte (insgesamt 377 Personen)⁸⁷ entwickelte sich die Verkaufsstelle im sogenannten Ladenkombinat. Nicht nur der Eigenbedarf der Prominenten wurde gedeckt, auch für Freunde und Verwandte wurde kräftig eingekauft. Dank der Kommerziellen Koordinierung wurden hier zum Wechselkurs von 1 D-Mark zu 1,7 Mark unterschiedliche Waren aus dem Westen angeboten. Von Damenunterwäsche über edle Parfüms bis hin zur Hightech-Stereoanlage reichten die Produkte. Wem diese Auswahl nicht genügte, der konnte aus den westdeutschen Versandkatalogen (Quelle, Neckermann) bestellen“.⁸⁸

Die importierten Westwaren konnte die Politikelite aufgrund des günstigen Umrechnungskurses aber nicht nur in Mark der DDR kaufen, was gegenüber allen übrigen DDR-Bürgern einen kaum zu unterschätzenden Vorteil darstellte, sondern sie konnte sie häufig sogar zu noch günstigeren Preisen einkaufen als die Waren, die aus der DDR selbst kamen. Dies hatte zur Folge, dass im Ladenkombinat im sogenannten Innenring vor allem West- und kaum DDR-Waren gekauft wurden.

Diese Sonderversorgung der DDR-Politelite stand im eklatanten Widerspruch zu dem von ihr immer wieder propagierten Gedanken der sozialistischen Gleichheit, auf den sie die DDR-Gesellschaft verpflichtete. Deshalb war es auch kein Wunder, dass erst im Herbst 1989 – als diese Sonderversorgung bekannt wurde – die Politbürosiedlung Wandlitz zum verhassten Symbol für Amtsmissbrauch und Privilegienwirtschaft in der DDR wurde. „Während dem „DDR-Volk“ die in den letzten Jahren ansteigenden Preise für hochwertige Waren und die

⁸⁵ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski., Textband, Seite 285

⁸⁶ ebenda Seite 287

⁸⁷ ebenda Dokument 627

⁸⁸ Thomas Grimm, Das Politbüro privat, Berlin 2004, Seite 10.

zunehmenden Versorgungslücken vor allem damit erklärt wurden, dass der weitere Aufbau des Sozialismus Sparsamkeit und Opfer verlange, standen in den Sonderläden des Politbüro-Dorfes die heiß begehrten Waren nicht nur in wünschenswerter Menge, sondern auch noch zu stark verbilligten Preisen bereit.⁸⁹ Dank intensiver Geheimhaltung waren diese Entwicklungen der Bevölkerung weitgehend unbekannt.

Eine kleine Anekdote soll den Grad der Geheimhaltung verdeutlichen. Ein Offizier (Ralf Opitz) des Wachkommandos hatte sonntags seinen 3-jährigen Sohn mit nach Wandlitz genommen, wo er die Hirsche versorgen musste. Vater und Sohn gingen im Park spazieren. Als Honecker kam, nahm der Wachsoldat Haltung an und Honecker unterhielt sich mit dem Jungen. Wenige Wochen später waren Vater und Sohn bei den Schwiegereltern des Offiziers, als im Fernsehen Honecker auftrat und der kleine Junge rief: „Da ist ja der Onkel aus dem Park“. So erfuhren die Schwiegereltern, dass der Schwiegersohn in Wandlitz stationiert war.⁹⁰

⁸⁹ Volker Klemm, *Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR*, Stuttgart, 1991, Seite 71

⁹⁰ nacherzählt nach: Thomas Grimm, *Das Politbüro privat*, Berlin 2004, Seite 138

11. Leserbriefe

Am 14. Februar 1989 veröffentlichte Prof. Dr. Otto Reinhold in der Zeitung „Neues Deutschland“ einen Artikel mit dem Titel: „**Sozialpolitik, Preise und Subventionen**“.

Dieser Artikel rief ein lebhaftes Echo unter den Lesern hervor. Ca. 200 Leserbriefe wurden an den Autor gerichtet. Dieser fertigte eine „*streng vertrauliche*“ Zusammenfassung dieser Briefe an, die dann an alle Parteiorgane des ZK geleitet wurde.⁹¹

Wegen der großen Zahl der Zuschriften und der sorgfältigen Analyse kommt diese Aktion einer Art Befragung nahe. Jedenfalls wurde sie von den Mitgliedern des ZK so gesehen.

„Charakteristisch für die Leserbriefe ist das große Interesse an den dargelegten Problemen und die breite Zustimmung zur konsequenten Fortsetzung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.....Aus den Leserbriefen wird aber auch deutlich, dass es den Bürgern der DDR nicht gleichgültig ist, was mit dem durch sie erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum geschieht.“⁹² Es folgen Stellungnahmen zu Subventionen und Durchsetzung des Leistungsprinzips, sowie zu der Frage der „Gleichmacherei“. Der besorgniserregende Abstand zum Weltmarkt und zur internationalen Entwicklung auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik wird beklagt und die Ursache nicht zuletzt in der abnehmenden gesamtgesellschaftlichen Leistungsbereitschaft gesehen.

Für den in der vorliegenden Arbeit interessanten Aspekt der D-Mark findet sich folgende Passage: „Es besteht ein weiteres Problem darin, dass permanent und massiv die Durchsetzung des Leistungsprinzips durch unsere Preispolitik untergraben werde. Sehr differenziert erfolgt in den Leserbriefen die Darstellung dieses Problems. Es wird darauf verwiesen, dass Leute, die von NSW - Zuwendungen (D-Mark-Zuwendungen) leben, Schieber, die Mangelware mit Überpreisen verkaufen, Toilettenpächter und Straßenhändler, die erschreckende Summen an Steuern hinterziehen usw., dass diese Leute die Preise für manch erstrebenswerte Ware, z.B. PKW, Wochenendgrundstücke usw. in für ehrlich arbeitende Menschen unerreichbare Höhe treiben. Mittels horrender Trinkgelder (z.T. in westlicher Währung) werde man von solchen Leuten bei vielen Arten von Dienstleistungen immer wieder ans Ende der Warteschlange geschoben. Eine Gesellschaft, die solche Erscheinungen duldet, werde schnell sozial ungerecht.“⁹³

Wie in allen Mangelgesellschaften ist die Wut auf Schwarzhändler, Schieber und andere *Gewinnler* weit verbreitet. Das Gerechtigkeitsgefühl ist belastet und die entstehenden Einkommensunterschiede rufen Neidkomplexe hervor. Der Wert ehrlicher Arbeit sinkt.

⁹¹ BArch, SAPMO, Berlin-Lichterfelde, ZK-SED-Büro E. Krenz, IV 2/3.039/268

⁹² ebenda, Seite 1

⁹³ ebenda, Seite 6

12. Politische Witze als Stimmungsbarometer

Umfrageaktionen über die Stimmung in der DDR, bezogen auf die wirtschaftliche Lage oder die systemfremde D-Mark, gab es nicht. Die Ergebnisse wären für die Regierung auch deprimierend gewesen. Aber in DDR-Witzen spiegelte sich die Stimmung und sie wurden weitererzählt, wenn die Aussage den „Nagel auf den Kopf“ traf. Witze sind oft ein Zeugnis „der nicht korrumpierten Wahrnehmung des Volkes“⁹⁴ Hier eine kleine Auswahl:

Warum musste in den Metzgereien der DDR immer mindestens eine Wurst liegen?

Weil sich sonst die Leute angestellt und Kacheln gekauft hätten.

Frage an Radio Eriwan: „Gibt es im Kommunismus noch Geld?“

Antwort: „Nur“

Robotron: „Unsere Lösung – Ihr Problem!“ Rechnen Sie mit dem Schlimmsten – Rechnen Sie mit Robotron. Unsere Mikroelektronik ist einfach nicht kleinzukriegen!

Unsere Mikroelektronik ist die Größte!

Erich Honecker war zum ersten Mal in Westdeutschland auf Staatsbesuch. Fiebernd erwarten seine Parteifreunde ihn bei seiner Rückkehr: “Genosse Staatsratsvorsitzender! Wie ist es denn nun in der Bundesrepublik?“ – „Wie bei uns! Für Westmark bekommst du alles!“

Und zum Schluss:

Die sieben Weltwunder der DDR:

- Obwohl niemand arbeitslos ist, hat die Hälfte nichts zu tun.
- Obwohl die Hälfte nichts zu tun hat, fehlen Arbeitskräfte.
- Obwohl Arbeitskräfte fehlen, erfüllen und übererfüllen wir die Pläne.
- Obwohl wir die Pläne erfüllen und übererfüllen, gibt es in den Läden nichts zu kaufen.
- Obwohl es in den Läden nichts zu kaufen gibt, haben die Leute fast alles.
- Obwohl die Leute fast alles haben, meckert die Hälfte.
- Obwohl die Hälfte meckert, wählen 99,9% die Kandidaten der nationalen Front.

⁹⁴ Richard Schröder, Nachdenken über die DDR, in: FAZ vom 31.8.2004, Seite 6

13. Das Ministerium für Staatssicherheit berichtet

13.1 Allgemeines

„Uns kommt es darauf an, jeden Pulsschlag, jede Regung und Bewegung, die nicht zur Stärkung und Festigung unserer sozialistischen DDR beiträgt, unter Kontrolle zu halten.“⁹⁵

So formulierte Erich Mielke auf einer zentralen Dienstbesprechung im Mai 1968 die Aufgaben der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Mit zuletzt 91.000 hauptamtlichen und knapp 174.000 verdeckten (IM) Mitarbeitern,⁹⁶ also zusammen fast 1,5% der Gesamtbevölkerung, sollte die Gesamtbevölkerung im Sinne vorbeugender Prävention fest im Griff gehalten werden. Teilt man die Zahl der DDR-Bürger durch die Zahl der Stasi-Mitarbeiter, so ergibt sich, dass 65 Bürger durch einen Bewacher kontrolliert wurden. Dagegen ist die Zahl der Gestapomitarbeiter, die noch dazu die besetzten Gebiete bewachen mussten, mit 37.800,⁹⁷ bezogen auf ein Territorium, das zu Beginn des Jahres 1944 ca. 100 Millionen Menschen umfasste, relativ bescheiden. Es lässt sich eine Relation von 2650 Bürger auf einen Bewacher errechnen.

Im Ministerium für Staatssicherheit in Berlin gab es eine *Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe* (ZAIG), die aus den Meldungen der einzelnen BVs (Bezirksverwaltungen) Berichte zusammenstellte, die an die höchsten Staats- und Parteigremien gesandt wurden. Die Berichte beginnen fast immer mit „Hinweise über Reaktionen verschiedener Bevölkerungskreise der DDR zur“. Selten werden die Quellen beim Namen genannt. Fast immer sind die Orte verschleiert, z.B. „aus verschiedenen Bezirken der DDR“ wird gemeldet.

Auch Personengruppen werden verschwommen beschrieben, z.B. „vorwiegend Arbeiterzentren“ oder „vorwiegend unter Arbeitern“ oder Regimegegner als „jener Teil der Bevölkerung, der keine positive Einstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR besitze“⁹⁸.

Fast nie werden direkte Äußerungen zitiert sondern immer nur im Konjunktiv geschrieben: „es sei unverständlich, dass... oder es befinden sich Gerüchte im Umlauf“.

Vielfach werden regimekritische Äußerungen zunächst mit einer Lobeshymne auf Erfolge des Sozialismus eingeleitet, um dann von einer Reihe anderer Erscheinungen und Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Werktätigen zu berichten, die in „letzter Zeit zunehmend

⁹⁵ Referat Mielkes zur Dienstbesprechung mit verantwortlichen Leitern und Parteifunktionären der Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen am 24.5.1964 S. 139 BStU ZA DSt 102130, zitiert nach Clemens Vollnhals, Jürgen Weber, *Der Schein der Normalität*, München 2002, Seite 113

⁹⁶ a.a.O. Seite 113

⁹⁷ Clemens Vollnhals, *Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der Partei*, in: Clemens Vollnhals, Jürgen Weber (Hg.), *Der Schein der Normalität*, München 2002, Seite 154

kritisiert und zum Teil mit erheblichem Mißfallen und Unbehagen betrachtet werden“⁹⁹. Viele Arbeiter bringen ihre Meinungen dazu auch in stark emotionaler Art zum Ausdruck.

Ein IM-Bericht lautete z.B. folgendermaßen: „Die Familie K. sei ständig im Besitz von Westgeld, welches sie im Intershop umsetzt. Ihre politische Haltung zur DDR ist im Freizeitbereich durch negative Diskussionen geprägt. Bei Spenden im Rahmen der Volkssolidarität u.a. betätigen sie sich nur mit äußerst geringen Beträgen oder gar nicht.“¹⁰⁰

Vieles, was hier berichtet wurde, kann man ohne weiteres als Klatsch und Tratsch bezeichnen. Aber die Summe solcher im Einzelnen belangloser Meldungen konnte dem ins Visier des Repressionsapparates geratenen Bürger zum Verhängnis werden.

Der abschwächende Konjunktiv und die Unschärfen der Sprache hatten wohl den Sinn zu verhindern, dass von oben die MfS-Stellen angewiesen werden könnten, sofort etwas gegen die „Miesmacher“ zu unternehmen (z.B. Belehrungen). Die Entscheidung, ob strafrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden sollten oder nicht, war „immer eine zutiefst politische Entscheidung, die jeweils in Abhängigkeit von der politischen Gesamtlage bzw. den gesamtstaatlichen Interessen“¹⁰¹ zu erfolgen habe.

13.2 Der Schwindelkurs

Der offizielle Umrechnungskurs zwischen D-Mark und Mark der DDR wurde in beiderseitigem Einvernehmen 1949 in den „Frankfurter Gesprächen“ mit 1:1 festgelegt und 40 Jahre lang nicht verändert. Der in den Berliner Wechselstuben verwendete Kurs, der sich nach Angebot und Nachfrage regelte, von Honecker als *Schwindelkurs* bezeichnet, schwankte im Laufe der Jahre zwischen 1:3 und 1:5, um am Ende der DDR die Marke von 1:10 zu erreichen.

Der aktuelle Kurs spiegelte nur sehr unvollkommen das unterschiedliche Preisniveau zwischen der BRD und der DDR wieder, da die Preise in der DDR größtenteils festgesetzt waren. Besonders die Preise für technische Geräte, die meist importiert werden mussten, waren sehr hoch. Dies machten sich einige Bürger zu Nutze. Hier zwei Beispiele:

„Ein in Jüterbog wohnhafter DDR-Bürger kaufte in Intershop-Einrichtungen 90 elektronische Tischrechner auf, die er in An- und Verkaufsgeschäften mit einem Erlös von 200.000 Mark (Ost) weiter veräußerte. Nach bisherigen Erkenntnissen wurden die für die Intershopeinkäufe

⁹⁸ MfS ZAIG 4108 v. 17.2.1977, Seite 1 ff.

⁹⁹ MfS ZAIG 4119 v. 12.9.1977, Seite 2

¹⁰⁰ Information des IM „Holger Koch“ v. 12.6.1979, BStU, ZA AIM 1475/82 Teil II, Bd.1. Blatt 9

¹⁰¹ Referat Mielkes auf der zentralen Dienstkonferenz am 12.9.1984, Seite 179, BStU ZA, Dst 103089, zitiert nach Clemens Vollnhals, Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der Partei.

benötigten Zahlungsmittel durch Verwandte, unter Mißbrauch von Rentnerreisen nach Berlin (West) und Umtausch ungesetzlich ausgeführter Mark der DDR, in D-Mark beschafft. Der DDR Bürger erzielte dabei Spekulationsgewinne von mindestens 130.000 Mark.“¹⁰²

Die Hauptmethoden der Währungsspekulation sind nach den Erkenntnissen der Stasi:

Der Mißbrauch der Kontrollbefreiung durch Diplomaten und andere bevorrechtigte Personen

Die Ausnutzung von Besuchsreisen von und nach der BRD bzw. West-Berlin

Der Mißbrauch des grenzüberschreitenden Postverkehrs

Die Ausnutzung des Reisverkehrs in und durch die DDR

So hatte beispielsweise ein Offizier der Seereederei Rostock zusammen mit seinem Vater 2 Grundstücke in West-Berlin geerbt. Diese wurden verkauft und das Geld von Freunden in Westberlin verwaltet. Über den Genex-Geschenkdienst bekamen sie im Jahre 1968 einen LKW-Pritschenwagen und 2 PKW vom Typ Wartburg. Vater und Sohn wurde nur eine Zollzahlung von D-Mark 2500,- auferlegt, weil sie für den Lieferwagen keine Einfuhrgenehmigung hatten. Es konnte Ihnen nicht nachgewiesen werden, dass sie vorsätzlich und in Kenntnis der Bestimmungen der Geldverkehrsverordnung gegen diese verstoßen hatten. Trotz einer eingehenden Belehrung ließen sie sich 1973 einen neuen Motor für den PKW Wartburg, ein Farbfernsehgerät und einen Wohnwagenanhänger durch Genex besorgen. Man ließ es auch hier bei einer Zollnachzahlung und einer Belehrung bewenden.¹⁰³

„Von vietnamesischen Bürgern, die sich gegenwärtig zur Berufsausbildung im LEW Henningsdorf aufhalten, wurden mindestens 110 Stereo-Radio-Recorder im Wert von 180.000 Mark zum Ankauf in sämtlichen An- und Verkaufseinrichtungen des Bezirkes sowie im privaten Radio- und Fernsehverkauf angeboten. Dabei wurden Spekulationsgewinne von bis zu 375,- Mark pro Gerät erzielt. Die ungesetzliche Einfuhr dieser Geräte erfolgte größtenteils unter Beteiligung bevorrechtigter Personen von Berlin (West) nach Vollendung des Kaufes umgekehrt mittels gesetzwidriger Ausfuhr der Mark (Ost) und Umtausch in D-Mark“¹⁰⁴. Die nachfolgende Skizze wurde dem Bericht des Generalmajor Irmeler, Leiter der Hauptabteilung VII, vom 5. Sept. 1986 entnommen.¹⁰⁵

¹⁰² MfS BVfS Potsdam, BDL Dok. 400793 v. 22.07.1986, Seite 2

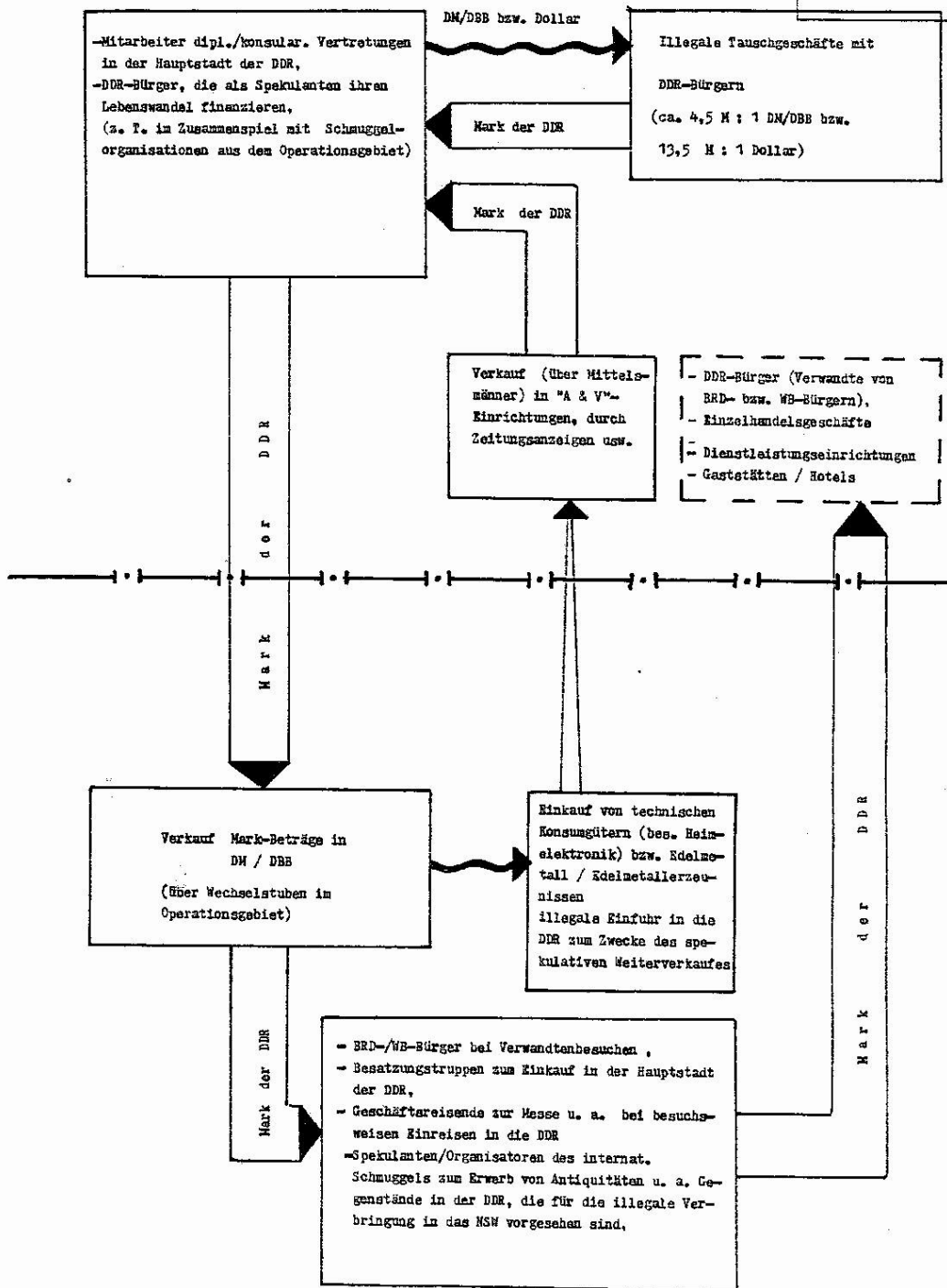
¹⁰³ MfS BV Rostock, Auswertungs- und Kontrollgruppe AKG 6 Nr. 82 Seite 309 v. 11.5.1977

¹⁰⁴ a.a.O. Seite 4

¹⁰⁵ MfS ZAIG20279, Währungsspekulationen mit Zahlungsmitteln der DDR v. 5.Sept. 1986

Vereinfachte Darstellung einiger wesentlicher Handlungsabläufe ^{BStU}
 im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Währungsspekulationen

000054



Diese Beispiel verdeutlichen dass die Regierung sich in einer Zwickmühle befand. Einerseits betrieb sie Intershop-Läden, um durch Westprodukte dringende Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und Westdevisen abzuschöpfen, andererseits eröffnete sie durch die Preisgestaltung „Unternehmern“ hohe Spekulationsgewinne, allerdings unter dem Risiko, beim unerlaubten Transport der Geldnoten gefasst zu werden. Bei dem regen Personenverkehr zwischen beiden Teilen Berlins war das Risiko, gefasst zu werden, nicht sehr groß. Es wurden vielfach privilegierte Personen als Kuriere (z.B. Angehörige der alliierten Streitkräfte oder Botschaftspersonal) eingesetzt, die nicht kontrolliert wurden.

Herr Irmeler stellte fest, dass die Schädigungen der DDR primär nicht durch den illegalen Tausch selbst (*Geldwechsler*) verursacht würden, sondern dass damit erst eine Kettenreaktion ausgelöst würde, in deren Folge zum Teil Störungen bei der Realisierung der DDR-Absatzpläne und der Preisfestsetzung in einzelnen Bereichen eintreten könnten. Auch geplante Devisenerwirtschaftungen z.B. in Intershop-Läden würden gestört. Nach seinen Schätzungen werden ca. 70-80% der Spekulationsgewinne in Form von Zahlungsmitteln der DDR nach dem Westen verbracht und dienen dort zum erneuten Ankauf von Schmuggelgut¹⁰⁶. Die aus dem Schmuggel gewonnenen Spekulationsgewinne unterlaufen die Einkommenspolitik der Regierung, da das leicht verdiente Geld der Schmuggler und Währungsgewinnler dem hart verdienten Gehalt der arbeitenden Bevölkerung gegenüberstehen. Als Nutznießer werden in dem Bericht des MfS folgende Gruppen identifiziert:

- Mitarbeiter diplomatischer/konsularischer Einrichtungen in Ost-Berlin, die beim grenzüberschreitenden Transport behilflich sind
- Angehörige westlicher Besatzungstruppen und Messebesucher, die zur Verbilligung ihres DDR-Aufenthaltes in West-Berlin DDR-Mark eintauschen und dann in der DDR die subventionierten Lebensmittel und Transportdienste nutzen
- DDR-Bürger, die aus spekulativen Geschäften größeren Ausmaßes und z.T. über einen längeren Zeitraum ihren „aufwendigen, kleinbürgerlichen Lebenswandel“ finanzieren

¹⁰⁶ MfS ZAIG 20279 v. 5.Sept. 1986 Seite 48 ff

- DDR-Bürger, die sich aus Arbeitsscheu einem Arbeitsverhältnis entziehen oder dieses nur zum Schein eingehen und durch eine Vielzahl von Tausch- und Geldwechselgeschäften ihre asoziale Lebensweise stützen.¹⁰⁷ (Es ist belegt, dass ausschließlich für diesen Personenkreis Maßnahmen zur Identifizierung, Aufklärung und Unterbindung veranlasst wurden)
- Verwandte von DDR-Bürgern, die bei ihrer Einreise ihren Verwandten nicht nur Devisen zur Verwendung in Intershop-Läden übergeben, sondern auch größere Geldgeschenke in Mark der DDR bereiten, die sie vorher zum *Schwindelkurs* aufgekauft hatten

Besonders auffällig ist, dass es zu Verurteilungen wegen Zoll- und Devisenvergehen relativ selten gekommen ist. Aus einer Statistik der HA IX von 1978, die in dem Beitrag von Clemens Vollnhals abgedruckt ist, geht hervor, dass es im Jahre 1978 von 1656 Verurteilungen nur zu 6 Verurteilungen wegen Zoll- und Währungsdelikten gekommen ist¹⁰⁸. Wie aus Stasi-Unterlagen hervorgeht, wurde in den meisten Fällen auf eine Anklage verzichtet, um größeres Aufsehen zu vermeiden, und durch Gespräche wurde eine Umerziehung versucht.

Auch die im Kapitel „Quellen der D-Mark“ geschilderte Uhrenschmuggelaffäre findet sich in den Stasi-Akten wieder. Daneben wird aus Gera von einem Schmuggel mit Edelmetall berichtet. Gold- und Silberwaren waren in der DDR Mangelware. 3 Bürgerinnen, davon 2 Rentnerinnen, brachten 818.000 Mark (Ost) ungesetzlich nach West-Berlin, tauschten in D-Mark und kauften dafür 163kg Silber und 200g Gold, das sie wiederum in die DDR ungesetzlich einführten. Aus dem Verkauf erlöstten sie einen Gewinn von 161.818,- Mark (Ost).¹⁰⁹

In einer „Streng Geheimen“ Studie der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatsicherheit wurde festgestellt: „Generell sei bei großen Teilen der Bevölkerung der Drang festzustellen, um jeden Preis in den Besitz westlicher Währungen zu gelangen. Nutznießer der Vorzüge unserer Gesellschaftsordnung wären immer mehr diejenigen, die am wenigsten für unseren Staat leisten.“¹¹⁰

¹⁰⁷ Vgl. a.a.O. Seite 52

¹⁰⁸ Clemens Vollnhals, Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der Partei, in: Clemens Vollnhals, Jürgen Weber, Der Schein der Normalität, München 2002, Seite 146

¹⁰⁹ MfS-ZAIG 20279, Erkenntnis aus Ermittlungsverfahren, BStU 55ff

¹¹⁰ Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ZAIG 4158, November 1988; Seite 112

Die Hauptabteilung XVIII (Gegenspionage) des MfS stellt in einem Exposé zum Umtausch D-Mark in Mark der DDR fest, dass westliche Besucher bei ihrem Besuch in der DDR Nutznießer der für die DDR-Bürger gedachten sozialen Vorzugpreise seien. Dadurch werde der DDR Nationaleinkommen (BSP) entzogen. Es wird geschätzt, dass in den mit illegal umgetauschten Mark der DDR gekauften Waren und Leistungen Subventionen von 250-300 Mio. Mark pro Jahr enthalten waren.¹¹¹

Es wurden extreme Spekulationsgewinne bei Tischrechnern und Disketten erzielt. Bis zum 10fachen des Intershop-Preises konnte erzielt werden. Es wurde geschätzt, dass 57% des Gesamtumsatzes an Computertechnik in der DDR mit Schmuggelgut aus den NSW-Ländern getätigt wurden.¹¹² Offensichtlich war es nicht gelungen, sich den durch Angebot und Nachfrage im Westen gebildeten Preisen flexibel anzupassen, um den Schmuggel zu unterbinden.

13.3 Neueröffnung von Intershop-Läden

Die Außenstelle Freital des MfS berichtet über die Stimmung und Meinung der Bevölkerung im Territorium.¹¹³ Es ist die Rede von verstärkten Diskussionen der Werktätigen der Werke „W. Agatz“, des ESW Freital, von Wissenschaftlern der TU Dresden Sektion 21, von Taxifahrern der Taxigenossenschaft Freital zu Versorgungsfragen. „In allen Meinungen kommt mehr oder weniger zum Ausdruck, dass die derzeitige *Intershop-Politik* unserer Partei nicht verstanden bzw. abgelehnt wird.“ Besonders würde kritisiert, dass Geschäfte in Wohngebieten, welche bisher für die Versorgung der Bevölkerung genutzt wurden, zu Intershops umfunktioniert würden. dass dies eine politische Dummheit sei, da hierdurch viel ideologischer Schaden angerichtet werde. In diesem Zusammenhang wurde auch ein neuer Begriff für die Abkürzung SED geprägt: „*Shop-, Ex- und Delikatverein*“. Es wurde gefordert, das Delikatangebot dem der Intershops anzugleichen, damit auch Bürger ohne Westgeld hier kaufen könnten.

Die im Ost-Fernsehen immer wieder dargestellte Wirtschaftskraft der DDR wird bezweifelt und die Auffassung vertreten, dass die Sowjetunion die DDR wirtschaftlich benachteilige. „Arbeiter und Bauern würden nur dann die erste Rolle spielen, wenn es um höhere Leistungen

¹¹¹ MfS-HAXVIII #16965 Seite 174

¹¹² MfS-ZAIG 20279 v. 5. 9.1986 BStU Seite 51

¹¹³ MfS BV Dresden, KD Freital 15439, Pi 84/84 vom 14.11.1984

in der Produktion gehe. Wer Exquisitläden einrichtet und diese als Köder benutze, wisse nicht, wie es dem Arbeiter gehe und was er wirklich brauche“.¹¹⁴

Aus der BV (Bezirks-Verwaltung) Magdeburg wurde von einer Diskussion der Investabteilung über die Intershops gemeldet:¹¹⁵

„Einer der Teilnehmer regte sich maßlos auf und brachte sein völliges Unverständnis zum Ausdruck, dass unsere Partei und Regierung zulässt, dass Ersatzteile für ausschließlich in der DDR hergestellte PKW-Typen nur gegen BRD-Währung erworben werden können. Einer der Teilnehmer brachte ernsthafte Besorgnis zum Ausdruck, dass zur Problematik „Ersatzteile im Intershop“ eine neue Zeitbombe in der Bevölkerung heranwächst, die uns eines Tages noch stark beschäftigen wird“.

Auch offene Kritik am Staatsratsvorsitzenden wird laut: „... entgegen der Feststellung des Genossen Honecker (Rede Honeckers in Dresden am 26.9.1977) sei die Zahl der Intershop-Läden nicht reduziert, sondern erweitert worden“¹¹⁶

In einem Bericht der BV Rostock wurde folgende Forderung der Werktätigen angeführt: „Es sollte eine Regelung eingeführt werden, wonach jeder Werktätige einen bestimmten Lohnanteil in Devisen ausbezahlt bekommen sollte, um im Intershop-Laden einkaufen zu können.“¹¹⁷

Etwas merkwürdig erscheint die folgende Notiz: „In unverminderter Intensität kursieren weiterhin Gerüchte unter fast ausnahmslos allen Bevölkerungskreisen über angeblich erfolgte Streikaktionen von Arbeitern verschiedener volkseigener Betriebe. Es soll gefordert worden sein, einen Teil des Lohnes in Devisen auszuzahlen“¹¹⁸ Auch an anderer Stelle wird *gerüchteweise* über Streiks in Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Thüringen und Berlin berichtet.¹¹⁹

Sind überhaupt Streiks erfolgt oder nicht? Da es einen Streik der Arbeiter in volkseigenen Betrieben eigentlich gar nicht geben darf, könnte man glauben, tatsächliche Streiks würden *heruntergestuft*. Einerseits will man Unruhen melden, denn man kann ja nicht zugeben, dass man sie nicht bemerkt habe, um nicht wegen Unterlassung belangt zu werden, andererseits will man nicht zugeben, dass im eigenen Bereich sich derart Unsozialistisches ereignet hat, ohne dass man eingeschritten ist. Besonders bemerkenswert ist es, als Quelle für diese Gerüchte das Westfernsehen anzugeben. Damit kann man suggerieren, dass die Streiks eine

¹¹⁴ MfS-BV Rostock AKG 95 Band 4 v. 14.10.1977

¹¹⁵ MfS BV Magdeburg ,# 888, vom 21.11.1977

¹¹⁶ a.a.O. Seite 469

¹¹⁷ MfS BV Rostock AKG Nr. 95 Band 4 v. 11.10.1977 Seite 137

¹¹⁸ a.a.O. Seite 470

¹¹⁹ MfS Rostock AKG Nr. 95 Band 4, Seite 138

Erfindung des Gegners seien. Nach mehreren Gesprächen mit DDR-Zeitzeugen neige ich der folgenden Auffassung zu: es hat solche Streiks 1977 gegeben, aber sie wurden *heruntergespielt*.

Die Kommandantur Forst meldet am 10.7.1984¹²⁰:

„Information über die Eröffnung des Intershops in Forst. Positiv sei der Wegfall der Anfahrtswege nach Cottbus oder Hoyerswerda. Auch die große Fülle der angebotenen Waren, nicht nur Konsumgüter in Form von Haushaltsgeräten, Kosmetik, Schmuck und Schuhe sei zu loben. Negativ sei allerdings, dass der Sozialismus bereit sei, für Devisen so ziemlich alles zu tun. Der Handel mit Westmark verdirbt den Charakter und untergräbt das sozialistische Bewusstsein.

Beim Preisvergleich wird negativ über die Preispolitik der DDR diskutiert. Teile der technischen und medizinischen Intelligenz des Kreises vertreten die Meinung, dass große Teile der Einkäufer im Intershop für die gesellschaftliche Entwicklung nicht das Geringste unternehmen. Die Verkaufskultur und Bedienung im Intershop sind für den sozialistischen Einzelhandel unerreichbar.“..... „Mit unserem Wirtschaftssystem kann es so nicht weitergehen. Der Kapitalismus müsste nur 4 Wochen herrschen, dann käme wieder Ordnung rein.¹²¹“ Ja sogar Vergleiche mit dem Dritten Reich wurden öffentlich angestellt. „Da wurde für Freiheit und Arbeit für jedermann gesorgt“¹²²

Die zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS schreibt am 2.10.1985:¹²³

„Jede neu eröffnete bzw. erweiterte Einrichtung des Forum-Handels besonders in der Nähe von Wohngebieten und nicht ausreichender Versorgungseinrichtungen, löst lang anhaltende, heftige und überwiegend ablehnende Meinungsäußerungen aus. (Diesbezügliche Hinweise liegen insbesondere vor aus den Bezirken Rostock, Neubrandenburg und Erfurt in Zusammenhang mit der Eröffnung von neuen Forum - Kaufhallen in Rostock, Bergen/Rügen, Neubrandenburg und in Erfurt).“

Zahlreiche Parteimitglieder, weitere progressive Kräfte aus Großbetrieben, Mitarbeiter staatlicher Organe, Angehörige der Nationalen Volksarmee (Berufssoldaten) und ihre Familienangehörigen äußern sich besorgt über die möglichen ideologischen Schäden, die ihrer Auffassung nach größer seien als der ökonomische Nutzen. Außerdem argumentieren sie, Intershops seien für viele Bürger eine direkte Aufforderung, durch Westkontakte in den Besitz

¹²⁰ KD Forst Dok.# 466 vom 10.7.1984 BStU 10

¹²¹ MfS Rostock AKG Nr. 95 Band 4, Seite 141

¹²² a.a.O. Seite 141

von Devisen zu kommen. Darüber hinaus werde damit der Schwarzhandel mit Devisen begünstigt. Ob gewollt oder nicht - so wird behauptet – würden Nichtbesitzer von Devisen zu „Menschen zweiter Klasse“ herabgestuft. Vorteile hätten u.a. solche Personen, die eine negative Einstellung zu unserem Staat besitzen.

Werkstätige aus Kombinat und Betrieben argumentieren im Zusammenhang mit der Plandiskussion 1986 und der Übernahme der Verpflichtungen anlässlich des XI. Parteitag der SED wie folgt:

- Dieses Forum-Kaufhaus ist eine Provokation gegen alle ehrlich arbeitenden Werkstätigen. Dies kann sich hemmend auf die Leistungsbereitschaft auswirken.
- Man müsste fordern, einen Teil der Verdienste in Forum-Schecks ausgezahlt zu bekommen, mit der *schlappen Ost-Mark* sei nichts anzufangen.

Unverständnis löste ebenso die beschleunigte Errichtung der Forum-Kaufhalle in Bergen/Rügen u.a. beim medizinischen Personal des dortigen Kreiskrankenhauses aus. Mitarbeiter verwiesen darauf, dass auf der einen Seite wegen fehlender Mittel Patienten noch in zwei auf dem Gelände des Krankenhauses befindlichen Baracken untergebracht seien, während andererseits Mittel und Kräfte für den Neubau einer Forum-Einrichtung zur Verfügung ständen.

Zunehmend richtete sich die Kritik gegen den Verkauf von DDR-Erzeugnissen im Intershop, die als Mangelware im normalen Warenangebot galten. Genannt wurden Kfz-Ersatzteile, Textilwaren, Spielwaren und Geräte für den Kleingärtner- und Siedlerbedarf.

Bei der Eröffnung eines Intershop-Ladens in der Papsdorfer Strasse in Dresden wurden zusätzlich noch folgende Argumente vorgebracht:¹²⁴

- Die unmittelbare Nähe der Intershops an einer Kaufhalle müsse unter der Bevölkerung Vergleiche zu Preis- und Warenangebot geradezu herausfordern und zur Unzufriedenheit bei den Bürgern führen, die über keine konvertierbaren Währungen verfügen.
- Mit der Eröffnung dieses Intershops wird deutlich, wie abhängig unsere Wirtschaft von westlichen Währungen und westlichen Erzeugnissen ist. Die Existenz einer Intershopeinrichtung in einem Neubaugebiet rege die Bürger zu westlichem Konsumdenken an. (*Wieso nur im Neubaugebiet ?*)

¹²³ MfS ZAIG 4158 v. 2.12.1985

Es wird kritisiert, dass in Intershopläden auch solche DDR-Erzeugnisse zum Verkauf angeboten werden, die im Binnenhandel gar nicht oder nur sehr selten und in äußerst geringer Anzahl zu haben seien. Angeführt werden besonders hochwertige Erzeugnisse auf dem Gebiet der Radiotechnik, Schreibmaschinen, Kristallwaren, Fliesen, Kunstgewerbeartikel und bestimmter Spirituosen.

Der Anreiz, in den Besitz westlicher Devisen zu kommen, vergrößere sich immer mehr. Daraus resultiere eine wachsende Kontaktbestrebung von Bürgern der DDR mit Bürgern aus nicht sozialistischen Staaten, was teilweise bis zur Würdelosigkeit reicht. Letztere Erscheinung trete insbesondere bei Jugendlichen, Studenten und Kindern auf¹²⁵.

Das MfS beschreibt in Form von Gerüchten, die die Dienststellen gehört haben wollen,

- dass ab 1977 in den Intershop-Läden alle PKW-Typen sowohl der DDR als auch westlicher Herkunft gehandelt würden,
- dass man zu Preisen von 60.000,- D-Mark Neubauwohnungen in Bezirksstädten kaufen könne,
- dass man FDGB-Ferienplätze für westliche Devisen kaufen könne.

Weil diese Tatsachen dem MfS widersprüchlich erscheinen, werden sie nicht als Tatsachen sondern als Gerüchte gemeldet, ein Verfahren, das sich in vielen Stasi-Berichten wiederholt.

Aus Karl-Marx-Stadt wurde bekannt, dass im dortigen Intershop-Laden elektronische Bauteile vom Typ „Decoder“ der BRD-Firma Grundig zum Preise von 280,- D-Mark je Stück verkauft und deren Einbau in Farbfernsehgeräte den Farbfernsehempfang der Systeme PAL und SECAM ermöglicht würde. Damit sei es möglich, das BRD-Fernsehen in Farbe zu empfangen. Der zentrale Vertrieb dieser Bauteile erfolge durch das zentrale Auslieferungslager Ronneburg/Bezirk Gera. Die Nachfrage nach diesen Bauteilen sei so groß, dass der Bedarf bei weitem nicht gedeckt werden könne, obwohl der Einbau dieser „Decoder“ privat durchgeführt werden müsse.¹²⁶

Dass hier eine staatliche Organisation Intershop-Produkte verkaufe, die den Empfang von Fernsehsendungen des Klassenfeindes verbessern helfe, dieser Widerspruch fiel auch der Stasi auf. Sie baten daher in sehr vorsichtiger Form um Information über weiteren Planungen.

¹²⁴ MfS Dresden, AKG PJ 317/84 BStU 2, vom 18.10.1984

¹²⁵ MfS ZAIG 4108 v. 17.2.1977, Seite 2ff-

¹²⁶ MfS ZAIG 4108 v. 17.2.1977, Seite 4

Aus dem dazu verfassten Text an das ZK ist der vorsichtige Tadel über die Inkongruenz zu spüren.

„Da in den operativen Dienstleistungen des MfS offenkundig keine Klarheit darüber besteht, in welcher Form sich die weitere Entwicklung des Handelsnetzes und des Angebotes der Intershop-Läden vollziehen soll, sie aber in der operativen Arbeit, besonders der Reaktion der Bevölkerung, zunehmend auch mit solchen Problemen konfrontiert werden, wäre es zweckmäßig, durch die entsprechende Dienstleistung eine diesbezügliche Information für die Leiter der operativen Dienstleistungen erarbeiten zu lassen.“¹²⁷

13.4 Preiserhöhung bei Röstkaffee

Im Sommer 1977 waren wieder einmal die Devisen knapp. Kaffee wurde in den RWG-Ländern nicht erzeugt, d.h. er musste auf dem Weltmarkt gegen Devisen gekauft werden. Um den Verbrauch zu drosseln, wäre eine drastische Preiserhöhung notwendig gewesen. Das war aber in der DDR nicht so einfach zu bewerkstelligen, weil Preiserhöhungen bei Konsumgütern als unsozialistisch gedeutet wurden. Also wählte man folgenden Ausweg: der im normalen Handel angebotene Kaffee verschwand aus dem Angebot und es wurden nur noch teure Sorten (Rondo und Mona) in Exquisitläden angeboten bzw. auf die westdeutschen Sorten im Intershop verwiesen. Die Folge waren heftige Proteste der Bevölkerung, die sich in den Akten des MfS niederschlugen. In anhaltenden Diskussionen wurden die vorgenommenen Veränderungen im Kaffeeangebot kritisiert. Es wurde behauptet, diese Maßnahmen würden sich in erster Linie gegen Arbeiter bzw. Personenkategorien mit niedrigem Einkommen richten. Sie wurden als das charakterisiert, was sie waren: sprunghafte Preiserhöhungen. Solche Maßnahmen stünden im Widerspruch zu den Beschlüssen des IX. Parteitag und zur bisherigen Arbeiterpolitik von Partei und Regierung, wurde behauptet. Die Einsparmaßnahmen insgesamt würden einen Rückschritt auf dem Gebiet der Preisstabilität und der kontinuierlichen Versorgung darstellen. „Für die Arbeiter in der DDR ginge der Wohlstand langsam aber sicher zu Ende“.¹²⁸ Die von Partei und Regierung getroffenen Sparmaßnahmen betrafen in der Hauptsache den „kleinen Mann“, höhere Einkommensgruppen blieben davon verschont. Man sei sogar soweit, dass man Bettelbriefe in die BRD schicken müsse, um an Kaffee zu gelangen.

¹²⁷ a.a.O. Seite 4

¹²⁸ MfS ZAIG 4119 v. 12. September 1977, Seite 4

13.5 Einführung der Forum-Schecks

Die Motive für die Einführung der Forum-Schecks wurden schon im Kapitel über die Intershop-Läden geschildert. Aus der Sicht des MfS bedeutete diese Umstellung einen möglichen Zündfunken für innere Unruhe. Es wurden positive Reaktionen besonders von solchen Bürgern gemeldet, die nicht im Besitz von frei konvertierbarer Währung waren.

„Schadenfreude, dass mit den bekannt gegebenen Maßnahmen bestimmte Privilegien der DDR-Bürger mit Westmark abgebaut und somit die 2. Währung im Lande abgeschafft werde.“¹²⁹ Die BVfS Frankfurt/Oder meldete unter dem Rubrum: „Erscheinungen im Zusammenhang mit der Einführung von Forum-Schecks als Zahlungsmittel in Intershop-Einrichtungen.“

„Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Einführung von Forumschecks als Zahlungsmittel in Intershopeinrichtungen erhöhte sich der Umsatz dieser Einrichtungen sprunghaft um ein Vielfaches (5-8-fach). Bevorzugt gekauft wurden:

- Nahrungs- und Genussmittel
- Haushaltsartikel und Kosmetika
- Techn. Haushaltsgeräte“¹³⁰

Es bestand die Furcht, dass DDR-Bürger nur noch mit Forum-Schecks im Intershop einkaufen dürften und dass der Kauf gegen D-Mark nur noch Devisenländern erlaubt werden würde. Da das aber nicht der Fall war, und keine Passkontrollen eingeführt wurden, beruhigte sich die Bevölkerung und der Umsatz fiel auf das normale Niveau zurück.

13.6 D-Mark im Schwarzmarkt

In einem Rundschreiben des MfS an alle Dienststellen wird auf den Gebrauch der D-Mark bei der Bezahlung von Dienstleistungen hingewiesen. „Nun gibt es – besonders aus den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Magdeburg – Hinweise, dass mit Währungen kapitalistischer Länder Dienstleistungen beglichen bzw. andere Spekulationsgeschäfte betrieben werden, ohne dass diese Hinweise, wie von mir angewiesen, überprüft und geklärt wurden.“¹³¹

„Ein Maler erklärte sich gegenüber einem Kapitän der Seereederei Rostock nur unter der Bedingung bereit, eine Wohnung zu renovieren, wenn der Arbeitslohn zu 50% in Devisen entrichtet werde.“¹³²

¹²⁹ MfS Berlin Z4473 BStU 46 vom 8. April 1979

¹³⁰ BVfS Frankfurt/Oder AKG 521 BStU 86, vom 7. April 1979

¹³¹ MfS-ZAIG 20532 BStU 10 v. 7.1.1988

¹³² MfS BV Rostock AKG Nr. 95, Band 4, Seite 137

Das ist schon bemerkenswert, wenn der Minister Mielke mangelnde Nachforschungen annahmt. Scheinbar waren Schwarzmarktgeschäfte an der Tagesordnung, so dass man auf den operativen Ebenen darüber hinweg sah. Besonders verdächtig waren Trödelmärkte, die es schon seit Jahrhunderten in den einzelnen Städten gab. Auf ihnen wurde ohne amtliche Preisfestsetzung alles gehandelt, was nachgefragt wurde. Gebrauchte PKW waren zumeist, wenn sie noch in gutem Zustand waren, teurer als neue, weil man auf diese Jahre lang warten musste. Wer auf sein neu zugeteiltes Auto verzichtete, oder überhaupt nur ein Auto bestellt hatte, um es sofort bei Lieferung wieder zu verkaufen, konnte ein gutes Geschäft machen und war in den Augen der Behörde ein Spekulant.

Man versuchte über die Marktordnungen der einzelnen Städte Hebel zu finden, um auf die Preisgestaltung Einfluss zu nehmen. Aber trotz intensiver Beobachtung war gegen die fliegenden Händler kein Kraut gewachsen. In einem Bericht über den Automarkt Halle-Südstadt am Wilhelm-Piek-Ring heißt es: „Entsprechend den Kenntnissen fordern die Verkäufer der Fahrzeuge bei der Abwicklung ihrer Geschäfte *eine anteilige Kaufsumme in Währung der BRD, um in den Besitz richtigen Geldes zu kommen.*“¹³³

13.7 Reduktion des Umtauschsatzes für Reisen in den Westen

Am 1. Juli 1987 trat der Beschluss des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 15. Mai 1987 zur Neuregelung der Ausstattung von Bürgern der DDR mit Zahlungsmitteln anderer Währung bei privaten Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin in Kraft.

Hinter diesem langatmigen Titel verbarg sich die Reduktion des zum Kurse von 1:1 möglichen Umtausches in D-Mark bei Reisen in den Westen von 25,- Mark auf 15,- Mark. Die Devisennot der DDR und der anschwellende Reiseverkehr nach dem Westen zwang die DDR zu dieser Maßnahme.

Nach bewährtem Muster wurden die Reaktionen der Bevölkerung gemeldet.¹³⁴ Zunächst die positiven Stimmen: mit einer derartigen Regelung wäre infolge ständiger Zunahme des Reiseverkehrs nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin und der damit eingetretenen hohen Valutabelastung zu rechnen gewesen, da die Devisenreserven der DDR nicht unerschöpflich seien und diese in erster Linie für die Volkswirtschaft zum Einsatz gebracht werden müssten, damit jeder DDR-Bürger etwas davon habe.

Dann aber wurden die Reaktionen der von dieser Maßnahme betroffenen Bürger geschildert.

„DDR-Bürger würden durch diese Neuregelung zum „Bettler“ gemacht, damit könnten nicht einmal Fahrten mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in nichtsozialistischen Staaten bezahlt

¹³³ MfS-ZAIG 20264 BStU 1 v. 17.1.1988

¹³⁴ MfS ZAIG 4227 vom 20. Juli 1987

werden“¹³⁵. Es würde argumentiert, dass man in Abhängigkeit zu seinen Verwandten gerate und auf deren Almosen angewiesen sei, dass die DDR sich im nichtsozialistischen Ausland unmöglich mache, wo sie doch immer von einer positiven Außenhandelsbilanz spreche, aber nicht in der Lage sei, ihren eigenen Bürgern mit mehr als 15,- Mark pro Jahr bei Reisen in diese Staaten auszustatten. Ja man vermutete sogar, dass durch diese Maßnahme das *hintergründige* Ziel verfolgt werde, den zunehmenden Reiseverkehr aus ideologischen Gründen einzudämmen. Ebenso wurde unterstellt, dass zur Finanzierung der 750-Jahr-Feier in der Hauptstadt der DDR, Berlin, die eingesparten Gelder verwendet werden sollten und somit die *Renommiersucht* der DDR auf Kosten der *kleinen Leute* gehe.

Diese Äußerungen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen, zeigen, dass im Sommer 1987 die Stimmung in der Bevölkerung auf eine Krise hintrieb. Die Regierung versuchte durch allerhand Tricks, den steigenden Druck der Reisewilligen zu dämpfen, aber der Dambruch kam immer näher. Der durch einen Interpretationsfehler (Schabowski) ausgelöste Mauerfall wurde immer wahrscheinlicher. Danach war die DDR nicht mehr zu retten.

¹³⁵ a.a.O., Seite 2

14. Eulenspiegel

Ein in der Zeitschrift Eulenspiegel im Oktober 1989 veröffentlichtes Gedicht zeigt die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung:

Einer unser ersten Schritte:
Menschsein rückte in die Mitte.
Mancher Mensch, das war kein Wunder,
wurde in der Mitte runder.
Mahnung zur Gesundheit tönt.
Daran sind wir längst gewöhnt.
Das kommt, dran ist nicht zu tippen,
auch vom Kurs der Billig-Schrippen,
die zu holen länger dauert,
aber nicht weil Mangel lauert,
nein: weil die Verkaufskraft klönt.
Daran sind wir schon gewöhnt.
Und auch wohnungsmäßig bieten
wir uns ganz stabile Mieten,
denn im Sozialismus wohnen
soll sich ja für alle lohnen.
Und wer nach dem Klempner stöhnt,
daran sind wir schon gewöhnt.
Absolut in Kellertiefe: Wasser- ,
Gas- und Stromtarife.
Mancher Zeitgenosse hat
selbst im Keller tausend Watt.
Wo die KWV¹³⁶ noch löhnt,
daran sind wir schon gewöhnt.
Auch verkehren ist hier billig,
dennoch zahlt nicht jeder willig,
sei`s in Bahnen, sei`s im Busse,
täglich seine Obulusse.
Gute sowie schlechte Tage

¹³⁶ KWV= Kommunale-Wohnungs-Verwaltung

schaffen keine Doktorfrage,
sollte mal an Dir was rosten,
er berechnet keine Kosten.
Mit der Wartezeit versöhnt:
daran sind wir schon gewöhnt.¹³⁷

¹³⁷ Eulenspiegel Nr. 40/1989 S.3 zitiert nach: Clemens Vollnhals, Jürgen Weber, Der Schein der Normalität, München 2002, Seite 111

15. Die D-Mark und das Ende der DDR

15.1 Die Westverschuldung

Die Westverschuldung der DDR war ein Erbe der 70er Jahre. Sie wurde aufgebaut durch einen permanenten Importüberschuss, veranlasst durch Honeckers konsumfreundlich bestimmte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Jahre 1981/82 konnte die Zahlungsfähigkeit nur durch die Milliardenkredite aus der BRD sichergestellt werden, das sich anschließende Krisenmanagement führte zu schweren ökonomischen Folgeschäden. Ausgelöst wurde die Krise durch die internationale Entwicklung. Das Zinsniveau hatte sich durch die Haushaltsprobleme der USA und einen weltweiten Inflationsschub kräftig erhöht. Mehrere Ostblockstaaten (Polen, Rumänien und Ungarn) konnten ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen. Alles zusammen löste in der DDR ein Krisenmanagement größten Stils aus, in dem der Bereich Kommerzielle Koordinierung eine Schlüsselrolle spielte. Die Westkredite schafften vorübergehend Luft. So blieb im Gedächtnis der Bevölkerung, dass die Devisensammelwut der Regierung irgendwie mit den Schulden in D-Mark zusammenhängen musste.

Die weitere Entwicklung zeigt, wie richtig die Politik des Westens war, die sich von einer Politik der *menschlichen Erleichterungen und kleinen Schritte* eine allmähliche Aushöhlung der totalitären Herrschaftspraxis in den kommunistischen Staaten versprach. Es trat genau das ein, was Alexander Schalck-Golodkowski in seiner Dissertation 1970 befürchtet hatte: die DDR wurde wirtschaftlich von der Bundesrepublik abhängig. Dass Schalck-Golodkowski an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt war, ist eine Ironie, die sich die Geschichte zuweilen leistet.

Hauptziel der Abteilung KOKO war es hinfert, immer ausreichend D-Mark zur Verfügung zu haben, um eine Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten. Das ist auch gelungen. Die Wende 1989 ist deshalb auch nicht durch eine akute Zahlungsunfähigkeit ausgelöst oder begleitet worden.

Die genaue Ermittlung der Zahlen ist nicht einfach, da die DDR die Zahlen des Statistischen Jahrbuches Außenhandel als vertrauliche Verschlussache einstufte und auch durch allerhand Verschleierungstechniken den Sachverhalt verdeckte. So wurden z. B. die Zahlen der Entwicklungsländer, weil nichtsozialistische Länder, mit denen der kapitalistischen Industrieländer (KIL), z.B. BRD, Frankreich, UK, usw. vermischt. Dann wurden z.B. Guthaben gegenüber der Elfenbeinküste mit Guthaben bei BRD-Banken aufaddiert, ohne Rücksicht auf die unterschiedliche Qualität. Forderungen gegenüber den sozialistischen Bruderstaaten Bulgarien, Rumänien und Polen waren von zweifelhaftem Wert, konnten aber aus

ideologischen Gründen nicht Wert berichtet werden. Die BIZ, die Bank für internationalen Zahlungsausgleich hatte schon früh (1984) auf diese Problematik hingewiesen.¹³⁸

Als Gesamtschulden der DDR gegenüber dem NSW wurden für 1989 32.3 Mrd. D-Mark angegeben, denen aber knapp 18 Mrd. D-Mark Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung gegenüberstanden, das Alexander Schalck-Golodkowski am 14. November 1989 dem neuen Ministerpräsidenten Modrow quasi als Morgengabe offerierte.¹³⁹

Im Sommer 1989 gab der neue Generalsekretär Egon Krenz einer Arbeitsgruppe mit den Herren Schürer, Schalck und anderen den Auftrag, ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR mit den entsprechenden Schlussfolgerungen vorzulegen. Dieses Dokument liegt als Dokument 731 des Anhangs des Textbandes zum Bericht des 1. Bundestagsuntersuchungsausschusses vor. Nach den üblichen Lobreden über die Erfolge der sozialistischen Gesellschaft in den vergangenen 17 Jahren kommt es nun dramatisch. Durch zu hohen Verbrauch und zu geringe Investitionen, durch Veränderung der Weltmarktlage (z.B. Ölpreisrückgang), Rückgang der Exporte in die BRD (24Mrd. Exportüberschuss waren für 1986-1990 geplant, ein Importüberschuss von 6 Mrd. war zu befürchten)¹⁴⁰ war ein Schuldenberg entstanden. Nur ein Drittel der Zahlungen nach dem Westen waren durch Exporte gedeckt. „Wenn der Anstieg des Schuldensockels verhindert werden soll, müsste 1990 ein Inlandsprodukt von 30 Mrd. Mark (Ost) aufgewendet werden, was eine Reduzierung des Konsums um 30% erfordert.“¹⁴¹ Für einen solchen Exportüberschuss wurden aber keine realen Chancen gesehen. Vielmehr wurde ein Moratorium wegen Überschuldung befürchtet, das dann unter Regie des Internationalen Währungsfonds durchgeführt werden müsste. Dieser würde dann bestimmen, dass der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalte, dass Betriebe reprivatisiert würden, dass Subventionen für Wohnungen, Nahrungsmittel und Exporte gekürzt und der Import gedrosselt werden müssten. Das hätte das Ende einer sozialistischen Politik bedeutet. Der folgende Katalog von Sofortmaßnahmen wäre praktisch die Rücknahme aller Maßnahmen der letzten 40 Jahre- Abbau der Planwirtschaft, Reduzierung der Kombinate, Wiederbelebung des Mittelstandes und Handwerkes, Abbau der Bürokratie und Einführung der Marktwirtschaft usw.. Da das alles in der Kürze der zur

¹³⁸ Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Eberhard Kuhrt, (Hg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

¹³⁹ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, Seite 59

¹⁴⁰ Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Werkzeuge des SED Regimes, Textband, Anhang, Anlage 3, Seite 11, Bonn 1994

¹⁴¹ a.a.O. Seite 11

Verfügung stehenden Zeit (bis zum Moratorium) nicht möglich wäre, bliebe nur die Kapitulation, also der Anschluss an die BRD.

Als leitende Funktionäre von Partei und Staatssicherheit über das tatsächliche Ausmaß der Verschuldung der DDR informiert wurden, brach für viele Parteiangehörige eine Welt zusammen: zwischen Mitte Oktober und Mitte November 1989 verließen allein 220.000 Parteimitglieder die SED. So schreibt Günther Heydemann in seinem Buch „Die Innenpolitik der DDR“¹⁴². Meiner Meinung nach sind bestimmt nicht alle wegen der Verschuldung ausgetreten, sondern wegen einer Fülle von Enttäuschungen, aber der Anteil der Westverschuldung mag ein bedeutend gewesen sein.

15.2 D-Mark Transaktionen nach Öffnung der Grenzen

Nach der Öffnung der Grenzen gab es für die D-Mark kein Halten mehr. Je Westbesucher wurde von den westdeutschen Kommunen ein Begrüßungsgeld von DM 100,- ausbezahlt. Westdeutsche strömten in die DDR, tauschten D-Mark in Mark in solchen Mengen um, dass der Kurs auf 1:10 absackte. Vor allem die Bürger West-Berlins nutzten den bis zu 1:15 sinkenden Wechselkurs, um subventionierte Waren in der DDR zu kaufen. Es wurde so schlimm, dass das Neue Forum die Bürger aufrief: „Beteiligt Euch nicht am Ausverkauf unseres Landes, nehmt keine Schwarzarbeit an, verkauft keine Kunstwerke und subventionierte Waren, tauscht keine D-Mark zum Schwindelkurs, die gleiche DDR-Mark kauft uns später die Regale leer.“¹⁴³ In den Einigungsverhandlungen wurde später ein Schaden von 5 Milliarden D-Mark geltend gemacht, die die DDR aus dem Abkauf von Waren zum Schwindelkurs erlitten haben sollte¹⁴⁴. Nicht nur Bewohner der DDR, die nun endgültig nach dem Westen übersiedelten, tauschten ihre Ersparnis, sondern auch Abgesandte ostdeutscher Firmen, die dringend benötigte Ersatzteile im Westen kaufen wollen¹⁴⁵.

Als dann im Frühjahr die Ideen einer Währungsunion aufkamen, die “Bundesbankpräsident Pöhl unter den gegebenen Umständen in die Welt der Phantasie verortetet“¹⁴⁶, war aus dem Fetisch D-Mark in der Meinung der Bevölkerung ein erfüllbarer Traum geworden. Der Weg von der *Bedarfsdeckung zur Bedürfnisbefriedigung* war in Sicht.

¹⁴² Günther Heydemann, Die Innenpolitik der DDR, München 2003, Seite 40

¹⁴³ Zitiert nach Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, Seite 357

¹⁴⁴ a.a.O. Seite 425

¹⁴⁵ Vgl. Klaus Kemper, in: FAZ 19.11.1989, Seite 4, Die Ostmark steht unter Druck.

¹⁴⁶ Vgl. Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, Seite 419

In der Tat war der Wunsch nach einer besseren Güterversorgung und die dahinter stehende kaufkräftige Währung für viele Bürger der Grund, die DDR im Sommer 1989 über Ungarn und die CSSR zu verlassen. Für das politische Ende der DDR kann also auch die Parallelwährungssituation als mitverantwortlich angesehen werden.

Die Revolution von 1990 war eigentlich keine solche, sie war eine Umwälzung, aber nicht zu einem alten Zustand zurück, wie das „*re*“ suggeriert. Sie war eine Wendung zum westlichen Wohlstand, zur Reisefreiheit, zur Weltoffenheit. Diese Attribute strahlten, gebündelt wie in einem Brennglas, in der D-Mark wider.

16. Zusammenfassung

Politische Systeme der Gegenwart legitimieren sich vor allem

- durch bestimmte Werte und Normen
- durch Recht und Institutionen
- durch bestimmte Leistungen für die Bevölkerung
- durch die Qualität ihrer politischen Eliten

Der Anspruch auf Legitimität ist immer zugleich objektiv und subjektiv begründet. Eliten und Bürger sind mehrheitlich überzeugt, ein bestimmtes System sei gut und gerecht und sie unterstützen es, beispielsweise, weil sie es für demokratisch oder besonders fortschrittlich halten. Doch sind diese Legitimationsansprüche und besonders der Glaube an die demokratische Legitimität von Regimen kritisch zu hinterfragen.¹⁴⁷

Eine Legitimitätskrise entsteht vor allem dann, wenn die objektiven Machtverhältnisse, der Herrschaftsanspruch der Machteliten und der Glaube der Bürger, dieses Herrschaftssystem sei legitim, also gut, gerecht und historisch angemessen, in einen unaufhebbaren Widerspruch geraten. Dies war in der DDR der Fall. Je größer die Schwierigkeiten wurden und je größer die Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Effizienz des bürokratischen Herrschaftssystems und je größer die Diskrepanzen zwischen Versprechungen und Realisierung wurden, um so größer wurde das Legitimitätsdefizit.

In Bezug auf die vorliegende Arbeit lässt sich sagen, dass die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ höherwertigen Waren (entsprechend dem Niveau des nicht sozialistischen Mitteleuropa) ungenügend war und besonders die Bevorzugung der D-Mark-Besitzer gegen fundamentale, selbst gewählte Grundsätze verstieß.

Die typischen Werte, die DDR-Bürger (in preußischer Tradition) anerkannten, waren Bescheidenheit, Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte wurden in den 80er Jahren zunehmend untergraben. Die Errichtung der Exquisit- und Delikatläden hat zu einer Verschärfung sozialer Unterschiede geführt. Dadurch wurden Einkommensunterschiede, die bis dahin keine große Rolle gespielt hatten, gesellschaftlich relevant. Vor allem durch Gewährung von Reiseerleichterungen wurde die Gesellschaft gespalten. Der Solidarität zerstörende Neid gegenüber Westreisenden steigerte sich noch dadurch, dass diese mit Westwaren und Westgeld zurückkamen und damit im Intershop einkaufen konnten. Was den DDR-Bürger störte, war weniger der wirtschaftliche Mangel, den er schon seit den Kriegszeiten gewohnt war, sondern die entstehende soziale Ungleichheit, die sich mit

¹⁴⁷ Vgl. Andres Pabst, Catharina Schultheiß, Peter Bohley (Hg.) Wir sind das Volk?, Tübingen 2001, Seite 5

Bescheidenheit und Solidarität nicht vertrug. Das heißt, die Bürger rieben sich vor allem daran, dass das System die von ihm selbst vertretenen Werte preisgab. Diese Ungleichheit nahm ihnen die Möglichkeit, sich über den zynischen Charakter des SED-Regimes noch Illusionen hinzugeben.

Wenig wurde in den Medien der DDR über die D-Mark veröffentlicht, ihre Rolle fast verheimlicht. Dies, wurde von der Bevölkerung als Eingeständnis der Schwäche der Regierung gedeutet. In der satirischen Wochenzeitschrift „Eulenspiegel“ erschienen die Begriffe DM-West, Intershop und Genex im Zusammenhang mit den Versorgungsproblemen in all den Jahren nicht.¹⁴⁸ In einem überwiegenden Teil der Ausgaben werden die Probleme des Ersatzteilbeschaffung, der Reparatur von Mietwohnungen der Kommunalen-Wohnungs-Verwaltung ausführlich geschildert, jedoch die weitverbreitete Ausweichreaktion für die, die es sich leisten konnten, gibt es in den Heften nicht. Man kann hier von einer lammfrommen Satirezeitschrift sprechen, die in anderen Ländern ganz ungewöhnlich wäre, da dort die Regierung ein dankbares Ziel für Kritik ist. Erst im Dezember 1989 wird keine Rücksicht mehr auf Partei- und Staatsmacht genommen. Ihre Macht ist weggefegt. Im Zusammenhang mit der Flucht von Herrn Schalck-Golodkowski in die BRD heißt es: „Aber beim Geld hört bekanntlich die Freundschaft auf. Beim Westgeld offensichtlich auch die Verwandtschaft. Einige Familienmitglieder haben ja wohl etwas tiefer in die Kassen gegriffen als unsereiner. Sie predigten öffentlich Wasser und zogen sich in aller Wandlitzstille die etwas besseren Sachen rein“.¹⁴⁹

Die Zufallsauswahl der Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit aus den Jahren 1971-1989, die sich mit dem Phänomen der D-Mark beschäftigten, zeigen deutlich, dass eine latente Staatsverdrossenheit in weiten Schichten der Bevölkerung vorhanden war, die Ende 1977 und 1987/88 kulminierte.. Nicht nur die dem Staat ferner stehenden Schichten, wie Künstler und Kulturschaffende, die explizit genannt werden, sondern sogar Parteimitglieder und Arbeiter werden in den Dokumenten als Kritiker der Parteipolitik erwähnt. Die großen Propagandaauftritte, die den Siegeszug des Sozialismus und den Triumph über den Kapitalismus (- Überholen ohne Einzuholen -) verkünden, werden angesichts der im Westfernsehen gezeigten BRD-Welt und deren Bestätigung durch *westreisende* Rentner als das erkannt, was sie sind: reine Propaganda. Es bildete sich ein „ungenügendes

¹⁴⁸ Vgl. Sylvia Klötzer: Über den Umgang mit heißen Eisen. Eulenspiegeleien, in Simone Barck, Dagmar Langmann, Siegfried Lokatis: Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, Zeitschriften in der DDR, Berlin 1999, Seite 105ff

¹⁴⁹ Eulenspiegel, Berlin 36. (44.) Jahrgang, Nr. 50/1989 Seite 3.

Vertrauensverhältnis der Partei- und Staatsführung zu den Werktätigen, das sich in der mangelhaften Informationspolitik ausdrückte“.¹⁵⁰

Die Aufnahme der Milliardenkredite Anfang der achtziger Jahre und die damit verbundenen Zugeständnisse in den innerdeutschen Beziehungen (Abbau der Selbstschussanlagen, Reiseerleichterungen) konnten der Bevölkerung nicht hinreichend erklärt werden.

Es wurde starke Kritik an der Informationspolitik geübt und betont, die Arbeiter würden nicht mehr das Vertrauen genießen, über Gründe und Ursachen der gegenwärtigen Erscheinungen und Entwicklungen informiert zu werden. Das spiegelte sich auch darin wider, dass führende und mittlere leitende Kader auf die diskutierten Probleme keine überzeugenden und sachlichen Antworten geben konnten. Auch von Mitgliedern der SED wurde geäußert, dass durch eine entsprechende Veröffentlichung und sachliche Darlegung der Ursachen und Zusammenhänge zahlreiche jetzt auftretende und abwertende bis negative Äußerungen hätten vermieden werden können. Ein „offenes Wort und ehrliches Verhalten gegenüber den Bürgern“¹⁵¹ sei bisher immer auf Verständnis gestoßen.

Zunehmend wurde behauptet, dass Argumentation und Beantwortung offener Fragen auf die untere Ebene abgeschoben werde. Die politische Arbeit auf dieser Ebene gestalte sich durch mangelnde Argumentation zunehmend schwieriger und es gäbe Anzeichen, dass progressive Kräfte sich von ihren Positionen zurückzögen und resignierten.

Andererseits wurde vermutet, dass auch die Informationen in umgekehrter Richtung nicht immer in Ordnung seien. Es wurde angezweifelt, dass von unten nach oben in allen Einzelheiten über unbefriedigende Entwicklungen und Stimmungen berichtet werde.

Von oben würden die Pläne immer weiter hochgeschraubt, während die Arbeiter die Meinung verträten, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr produziert werden könne.

Ein besonderes Thema bilden die Thesen Bahros und die Reaktion der Bevölkerung darauf. Sie nehmen einen großen Umfang in der Stasi-Dokumentation ein. Obwohl sie wegen ihrer „Wissenschaftlichkeit“ in Arbeiterkreisen nicht umfassend erörtert werden können (sie finden relativ größere Beachtung in Kreisen der Intelligenz, besonders unter wissenschaftlich-technischen Kadern), sind bestimmte, von Bahro angestellte Behauptungen von Arbeitern mehrfach aufgegriffen worden, berichtet das MfS.¹⁵² Seine Kritik an bestimmten

¹⁵⁰ MfS ZAIG 4119 v. 12. Sept. 1977, Seite 3

¹⁵¹ a.a.O. Seite 5

¹⁵² MfS ZAIG 4119 v. 12. September 1977

Erscheinungen der Volkswirtschaft sei zutreffend und fände die Unterstützung der Arbeiterschaft. Es stimme, dass in Betrieben Schlamperei, Verantwortungslosigkeit, mangelnde Arbeitsmoral bei vielen Beschäftigten vorhanden sei; in einigen Betrieben herrsche geradezu eine Lotterwirtschaft; es werde Material vergeudet und gestohlen, die Arbeitszeit nicht ausgenutzt und werde z. T. durch Planlosigkeit wertvolles Rohmaterial ohne Nutzen verschwendet. Die Produktion verlaufe vielfach unrhythmisch und die Überstundenzahlen würden trotz verkürzter Arbeitszeit anwachsen. Bahro habe Probleme aufgeworfen, die Ausdruck des „überall herrschenden Unbehagens“ in der DDR seien, die besonders deutlich würden in der Spaltung der Bevölkerung in Bürger, die D-Mark besitzen und solche, die sie nicht besitzen. In Diskussionsrunden sei die Tendenz zu beobachten, dass ideologisch labile Personen und Personen mit ausgeprägter Westbindung „die Oberhand“ gewinnen würden.¹⁵³

In den Stasi-Dokumenten findet es keine Erwähnung, wie groß der Prozentsatz der Regimetreuen und der Regimegegner ist. Die Hoffnung der Partei- und Staatsführung durch Lockerung der Ausreise ein Ventil zu schaffen, um die schärfsten Kritiker loszuwerden, hatte sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: die Zahl und Intensität der Kritik an der sozialistischen Politik in den achtziger Jahren nahm kontinuierlich zu.

Aus allen diesen Tatbeständen ergibt sich, dass die Stimmung in der DDR staatsverdrossen war. Viele waren schon lange vom sozialistischen Glauben abgefallen. Insofern zeigt die Mentalitätsgeschichte in den 17 Jahren der Honeckerherrschaft, worauf die Entwicklung hinlief. Die äußeren Zeichen zeigten immer noch Stabilität und Akzeptanz, aber im Inneren war der Zusammenbruch schon vorbereitet. Die dauernden Konfrontationen mit dem Westen, der sich in besseren Waren, in größerer Reisefreiheit und im besseren, echten Geld repräsentierte, nagten am Selbstbewußtsein der DDR-Bevölkerung.

Offensichtlich ist es möglich mit verschiedenen, einander widersprechenden Weltanschauungen, zu leben. Es scheint nicht so zu sein, dass Widersprüche den Schlaf rauben. Vor allem junge Menschen, die den West- Ost-Gegensatz schon von ihrer Kindheit an erlebt hatten, konnten gut damit leben, wie mir mehrfach versichert wurde. Erst als die Chance kam, dass das westliche Schlaraffenland in greifbare Nähe kam, gewann die westliche Weltanschauung die Oberhand.

Die Stimmung spiegelte sich im Verhalten der Bürger der DDR wider. Darüber wurden in dieser Arbeit eine Reihe von Verhaltensweisen dargestellt. Sie lassen den Mentalitätswandel in der Bevölkerung in den Jahren der Honeckerherrschaft erkennen. Der Beitrag der

¹⁵³ a.a.O. Seite 4 BStU 17

Parallelwährung D-Mark zu dieser Mentalitätsänderung nahm im Laufe der Jahre zu und steigerte sich bis zum beherrschenden Thema. Bei der „Wende in der Wende“ als die Diskussion über eine verbesserte DDR umschlug in den Wunsch sich dem Westen anzuschließen, war die D-Mark als Symbol der westlichen Lebensweise der ausschlaggebende Faktor.

Als nun die Bürgerrechtsbewegung mächtig wurde, die Sowjetunion keine Hilfestellung mehr gab und die Ausreiseflut answoll, war der Zeitpunkt zum Dambruch gekommen. Die D-Mark war das Symbol und auf den Strassen wurde skandiert:

**Kommt die D-Mark,
bleiben wir,
kommt sie nicht,
dann kommen wir**

17. Anhang

17. 1 Zeittafel ausgewählter politischer Ereignisse 1971- 1989.

1971

Am 21. Januar unterschreibt die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros einen Brief an Breschnew mit der Bitte, Ulbricht als 1. Sekretär des ZK ablösen zu dürfen.

Auf der 16. ZK-Tagung am 3. Mai wird Walter Ulbricht von Erich Honecker als 1. Sekretär des ZK abgelöst.

Auf dem VIII. Parteitag vom 15. bis 19. Juni wird Honeckers ökonomischer Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beschlossen.

September 1971 Abschluss des Viermächte-Abkommens über Berlin.

Dezember 1971 Abschluss des Transit-Abkommens zwischen Ostberlin und Bonn.

1972

Dezember 1972 Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen beiden deutschen Staaten.

1976

Nach dem IX. Parteitag vom 18. bis 22. Mai wird die Aufteilung der höchsten Staats- und Parteiämter im Politbüro erneut verändert. Am 28. Oktober bestätigt die 3. ZK-Tagung Honeckers Vorschläge zur Neukonstituierung der *leitenden Staatsorgane*. Am 29. Oktober wählt die Volkskammer Honecker zum neuen Vorsitzenden des Staatsrates, Stoph zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates und Horst Sindermann zum Präsidenten der Volkskammer.

Am 2. November wird Werner Krolkowski durch Günter Mittag als ZK-Wirtschaftssekretär abgelöst. Mittag wird in der Folgezeit Honeckers engster Vertrauter im Politbüro.

1979/1980

Im Zuge der verschärften Blockkonfrontation (Nachrüstung) setzt sich Honecker im Politbüro für einen Kurs der *Sicherung des Friedens* ein und sucht Kontakt zu Bundeskanzler Helmut Schmidt.

1983

Anstatt überfällige Wirtschaftsreformen (Subventionsabbau) einzuleiten, wird im Politbüro die Verschuldung der DDR praktiziert. Nur der Vorsitzende des Ministerrates Willi Stoph und der Chef der Staatlichen Planungskommission Gerhard Schürer trauen sich im Politbüro auf die hohen Risiken einer Überschuldung der DDR hinzuweisen.

Auf Betreiben von Günter Mittag und Erich Honecker vermittelt der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß im Juni den ersten *Milliarden-Kredit* an die DDR. Ein weiterer *Milliarden-Kredit* wird im Juni 1984 gewährt. Synchron mit den Krediten wurden Ausreiseanträge in die BRD in bis dahin ungewohnter Anzahl genehmigt

1985

Am 10. März wird Michael Gorbatschow neuer Generalsekretär der KpdSU. Im Politbüro isoliert sich Honecker zunehmend mit seiner kritischen Haltung gegenüber Gorbatschows Perestroika. Moskautreue Mitglieder oder Kandidaten des Politbüros (Stoph, Mielke, Krolikowski, Naumann und Schürer) gehen auf Distanz zu Honecker.

1986

Auf dem XI. Parteitag vom 17. bis 21. April verpasst die SED ihre letzte Chance, in Partei und Staat Reformen einzuleiten.

1987

In einem Interview mit dem „Stern“ antwortet Kurt Hager auf die Frage nach der Übernahme der Perestroika in der DDR mit der Gegenfrage, ob man seine „Wohnung ebenfalls neu tapezieren müsse, wenn der Nachbar dies tue, und erhält darauf den Spitznamen „Tapeten-Kutte“. Vom 7. Bis 11. September besucht Honecker die BRD.

1988

Im April versucht der Kandidat des Politbüros und Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, mit der Denkschrift „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989“ den tatsächlichen wirtschaftlichen Zustand der DDR offenzulegen und auf Reformen zu drängen. Günter Mittag sorgt dafür, dass Schürers Vorstoß im Politbüro abgelehnt wird.

1989

Im Februar versucht Gerhard Schürer Egon Krenz in einem Vier-Augen-Gespräch davon zu überzeugen, Honecker endgültig zu stürzen. Krenz zögert jedoch. Als bekannt wird, dass die Ergebnisse der Kommunalwahl am 7. Mai gefälscht wurden, kommt es zu ersten größeren Demonstrationen. Anfang Oktober lassen sich Honecker und das Politbüro anlässlich des 40. Jahrestages der DDR ein letztes Mal öffentlich feiern. Am 18. Oktober auf der 9. ZK-Tagung wird Egon Krenz zum letzten Generalsekretär des ZK und Vorsitzenden des Staatsrates gewählt. Am 3. Dezember tritt das Politbüro auf seiner letzten Sitzung geschlossen zurück.¹⁵⁴

¹⁵⁴ Zusammengestellt nach: Thomas Grimm, Das Politbüro, Berlin 2004, Seite 235 ff. und Dietrich Staritz, Geschichte der DDR, Frankfurt 1985, Seite 311 ff.

17.2 Aufstellung über den Kundenkreis des Ladenkombinates Wandlitz¹⁵⁵

1. Führende Repräsentanten, die in der Waldsiedlung wohnen

Familie Honecker

Familie Axen

Familie Dohlus

Familie Felfe

Familie Hager

Familie Herrmann

Familie Jarowinsky

Familie Kleiber

Familie Krenz

Familie Krolikowski

Familie Mielke

Familie Mittag

Familie Mückenberger

Familie Neumann

Familie Schabowski

Familie Sindermann

Familie Stoph

Familie Tisch

Familie Lange

Familie Schürer

2. Führende Repräsentanten, die nicht in Wandlitz wohnen

Genosse Böhme

Genosse Eberlein

Genosse Keßler

Genosse Lorenz

Genosse Gerhard Müller

Genossin Margarete Müller

Genosse Walde

3. Verheiratete Kinder der führenden Repräsentanten mit ihren Familienangehörigen

2 Töchter des Genossen Honecker, Ehegatten und Enkel

¹⁵⁵ Schreiben des SED-Zentralkomitee an Erich Mielke v. 25.4.1988, im Bericht des 1.

Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzieller Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, Anhangband 2, Dokument 627, Seite 2555ff.

2 Töchter des Genossen Axen, Ehegatten und Enkel
Sohn und Tochter des Genossen Felde, Ehegatten und Enkel
Sohn und Tochter des Genossen Hager, Ehegatten und Enkel
2 Söhne des Genossen Herrmann, Ehefrauen und Enkel
Sohn des Genossen Jarowinski, Ehefrau und Enkel
2 Söhne des Genossen Kleiber, Ehefrauen und Enkel
2 Söhne des Genossen Krenz, Ehefrauen und Enkel
Sohn des Genossen Krolikowski und Ehefrau
Kinder des Genossen Mielke, Ehegatten und Enkel
2 Töchter des Genossen Mittag, Ehefrau und Enkel
Sohn des Genossen Neumann, Ehefrau und Enkel
2 Söhne des Genossen Schabowski
2 Söhne des Genossen Sindermann, Ehefrau und Enkel
3 Kinder des Genossen Stoph, Ehegatten und Enkel
2 Töchter und 1 Sohn des Genossen Tisch, Ehegatten und Enkel
2 Töchter der Genossin Lange, Ehegatten und Enkel
2 Töchter des Genossen Schürer, Ehegatten und Enkel

4. Hinterbliebene von führenden Repräsentanten

Genossin Apel
Genossin Ebert
Genossin Ewald
Genossin Fröhlich
Genossin Lamberz
Genossin Leuschner
Genossin Rau
Genossin Reimann
Genossin Staimer
Genossin Ulbricht
Genossin Verner (zweimal monatlich)
Genossin Warnke

5,Die Eltern führender Repräsentanten bei Besuchen in Wandlitz

6. Sowjetische Genossen

Genosse Botschafter der SU und Familie

Genosse General Oberkommandierender
der sowjetischen Streitkräfte und Familie

Genosse General Leiter der Politischen
Verwaltung der GSSD und Familie

Der Wirtschaftsleiter der Botschaft der UdSSR in der DDR im Auftrag des Botschafters

7. Dienststellen und Objekte, die durch das Ladenkombinat beliefert werden.

Kanzlei des Staatsrates 2 x in der Woche

Objekt Groß-Dölln bei Bedarf

Objekt Grünheide 1 x die Woche

Objekt Seehaus Liebenberg 1 x die Woche

17.3 Literaturverzeichnis

Baumann, Michael	Der innerdeutsche Handel 1989, in: Die DDR im vierzigsten Jahr ,in: Deutschland Archiv, Köln 1989
Besserer, Gerhard	Beim Zauberwort Westmark rückt die Feierabendbrigade an, in: Die Welt, 20.6.1980, Seite 3
Cassel, Dieter	Inflation und Schattenwirtschaft im Sozialismus, in: Duisburger Volkswirtschaftliche Schriften, Band 5, Hamburg 1989
Deutscher Bundestag	Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski Werkzeuge des SED-Regimes Textband, Anhang und 3 Anlagenbände Bonn 1994
Bundeszentrale für politische Bildung Band 349	Die heile Welt der Diktatur Bonn 1999
Eich, Edgar	Strafrechtlicher Umgang mit DDR-Wirtschaftskriminalität, Berlin 2002
Erler, Franz	Krankenschwester Babette berichtet, in: Eulenspiegel, Wochenzeitung für Satire und Humor, Berlin , Heft 2/76
Eulenspiegel, Satirische Zeitschrift	Berlin, Jahrgänge 1971-77, 1985-1989
Frenzel, Paul	Die rote Mark, Perestroika für die DDR, Berlin 1989
	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil 1, vom 14. April 1956 Nr. 38
	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil 1, vom 21. Dez. 1973 Nr. 58
Grimm, Thomas	Das Politbüro privat Aufbau-Verlag, Berlin 2004
Gorbatschow, Michael	Perestroika, Die zweite russische Revolution, Knauer Verlag München 1989
Haendcke-Hoppe-Arendt, Maria	Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996
Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hg.)	Das Westpaket, Berlin 2000
Heydemann, Günther	Die Innenpolitik der DDR, München 2003
Honecker, Erich	Aus meinem Leben, Dietz Verlag, Berlin 1982
Horsch, Holger	„Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ Berlin 1998
Hübner, Peter und Tenfelde, Klaus (Hg.)	Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999

Jaraus, Konrad, / Sabrow, Martin (Hg.)	Der Weg in den Untergang Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999
Kaminsky, Annette	Konsumpolitik in der Mangelwirtschaft, in: Vollnhals, Clemens, Weber, Jürgen, Der Schein der Normalität: Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002
Kemper, Klaus	Die Ostmark steht unter Druck, FAZ v. 19.9.1989
Klemm, Volker	Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR, Stuttgart 1991
Klötzer, Sylvia	Über den Umgang mit heißen Eisen, Eulenspiegelereien, in: Simone Barck, Dagmar Langmann, Siegfried Lokatis: Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“, Zeit- schriften in der DDR, Berlin 1999
Knabe, Hubertus	Der diskrete Charme der DDR Ullstein-Verlag 2002
Krenz, Egon	Wenn Mauern fallen, Die friedliche Revolution, Wien 1990
Kuhr, Eberhard (Hg.)	Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik Opladen 1999
Kuhr, Eberhard (Hg.)	Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996
Mählert, Ulrich	Kleine Geschichte der DDR, Beck'sche Reihe, München 1998
Merkel, Ina, in, Hübner, Peter und Ten- felde, Klaus, Arbeiter in der SBZ-DDR	Arbeiter und Konsum im real existierenden Sozialismus
Modrow, Hans	Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998
Von zur Mühlen, Patrik	Aufbruch und Umbruch in der DDR, Bonn 2000
Nick, Harry	Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist. Hefte zur DDR-Geschichte, Berlin 1994
Neubert, Ehrhart	Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel, in: Die DDR im vierzigsten Jahr in Deutschland Archiv, Köln 1989
Opengoorth, Ernst und Schulz, Günther	Einführung in das Studium der neueren Geschichte, Paderborn, München, Wien, Zürich 2001
Pabst, Andres, Schultheiß, Catharina, Bohley, Peter (Hg.)	Wir sind das Volk?, Attempo Verlag, Tübingen 2001
Pirker, Theo, Lepsius, M. Rainer, Weinert, Rainer, Hertle, Hans-Herrmann	Der Plan als Befehl und Fiktion Westdeutscher Verlag 1995
Reinhold, Ursula	Schwindende Gewißheiten, eine Ostberliner Geschichte, Berlin 2002
Von Räden, Bodo	Die Rolle der D-Mark in der DDR

	Nomos-Verlag Baden-Baden 1991
Schabowski, Günter	Das Politbüro, Ende einer Mythos, Hamburg 1990
Schabowski, Günter	Der Absturz, Hamburg 1991
Schalck-Golodkowski, Alexander	Deutsch-deutsche Erinnerungen, Hamburg 2001
Schneider, Franka	Ein Loch im Zaun, in: Das Westpaket, Berlin 2000
Schürer, Gerhard	Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, Leske & Budrich, Opladen 1999
Schulte-Döinghaus, Uli	Eine gesonderte Behandlung jenseits des Regellaufes, in: Das Westpaket, Berlin 2000
Schröder, Richard	Nachdenken über die DDR in FAZ v. 31.8.2004, Seite 6
Schwarzer, Oskar	Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR, Franz Steiner Verlag Stuttgart 1999
Spiegel	Da kriegst du alles, was es nicht gibt. Spiegel. Heft 41, vom 7.10.1985 Seite 131ff.
Spittmann, Ilse	Die DDR unter Honecker, Deutschland Archiv, Köln 1990
Staritz, Dietrich	Geschichte der DDR Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1996
Steiner, André	Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang, in: K. Jarausch/M. Sabrow, Weg in den Untergang s. oben
Stoob, Heinz	Die Hanse, Graz, Wien, Köln 1994
Timmermann, Heiner (Hg.)	Die DDR – Erinnerungen an einen untergegangenen Staat, Dokumente und Schriften der Europ. Akademie Otzenhausen, Band 88 1999
Vollnhals, Clemens; Weber, Jürgen, Hg.	Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002
Vollnhals, Clemens	Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der „Partei“. Das MfS in der DDR, in: Vollnhals, Clemens, Weber, Jürgen, Der Schein der Normalität, Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002
Verführt, Heinz	Mangel kann positiv sein. Gespräch mit dem Philosophen Wolfgang Harich In: Kölner Stadtanzeiger, 12. Mai 1978, Seite 4
Volze, Armin	Die Devisengeschäfte der DDR, in: Deutschland Archiv, Band 24, Bielefeld 1991

Winters, Peter Jochen	Unterschlagung soll es nicht gewesen sein In: FAZ 21. Februar 1994 Seite 4
Zatlin, Jonathan, R.: in Hünner, Peter und Tenfelde, Klaus, Arbeiter in der SBZ-DDR	Consuming Ideology, Socialist Consumerism and the Intershops 1979- 1989

17.4 Quellen.

Schreiben von DDR-Bürgern über Unzulänglichkeiten im Intershop und deren Beantwortung	BArch, Berlin-Lichterfelde DL2/KOKO/930
Schreiben an den Generalstaatsanwalt der DDR, Günter Wendland v. 11.6.1987 Von Dr. Schalck-Golodkowski	BArch, Berlin-Lichterfelde DL2/KOKO/1108
Reinhold, Otto	BArch, SAPMO, Berlin-Lichterfelde IV 2/3.039/268, Briefzusammenstellung, ZK- SED-Büro E. Krenz,
Stasi-Unterlagen aus der BirthlerBehörde BStU	in Berlin, Otto-Braun-Str. 70-72
Zentrale Auswertungs- und Informations- gruppe des Stasiministeriums: Information über Reaktionen der Bevölkerung der DDR zu Problemen des Handels und der Versorgung	MfS ZAIG Z3605 # 343/87 v. 14.9.1987
Zentrale Auswertungs- und Informations- gruppe: Hinweise auf den Stand der Versorgung bzw, auf Versorgungsprobleme	MfS ZAIG Z 4096 v. 6.9.1975
Zentrale Auswertungs- und Informations- gruppe: Hinweise über Reaktionen der Bevölkerung auf Erweiterung des Intershop-Netzes	MfS ZAIG 4108 v. 17.2.1977
Hinweise auf Tendenzen der Unzufriedenheit in der Reaktion der Bevölkerung der DDR	MfS ZAIG 4119 v. 12. 9.1977
Zentrale Auswertungs- und Informations- gruppe: Hinweise über Reaktionen über bevorstehende Neuregelungen der Einkaufsmöglichkeit im Intershop....	MfS ZAIG 4127 v. 6. 9. 1978
Zentrale Auswerte- und Informations- gruppe: Neueröffnung von Forum- Handelsniederlassungen	MfS ZAIG Z4158 v. 2.12.1985
Zentrale Auswerte- und Informations- gruppe: Hinweise über einige beachtenswerte Entwicklungstendenzen in der Reaktion der Bevölkerung auf innen- politische Fragen	MfS ZAIG 4158 v. Nov. 1988
Zentrale Auswertungs- und Informations- gruppe: Weiterer Hinweis.... Neuregelung der Ausstattung von Bürgern mit Zahlungsmittel anderer Währungen....bei privaten Reisen nach NSW und Westberlin	MfS ZAIG 4227 v, 20.7.1987

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe: Zusammenfassende Einschätzung der Erkenntnisse über Währungsspekulationen mit Zahlungsmitteln der DDR	MfS-ZAIG 20279 v. 5. Sept. 1986, BStU 0047-57
MfS BV Frankfurt/Oder: Information über einige Aspekte der Reaktion der Bevölkerung auf die Erweiterung des Intershophandels	MfS BV Frankfurt/Oder AKG 472 v. 24.August 1977
BVfS Frankfurt (O): Erscheinungen in Zusammenhang mit der Einführung von Forumschecks als Zahlungsmittel in Intershopeinrichtungen	AGK 521 BstU 86 v. 7.April 1979
MfS-HA XVIII Umtausch von D-Mark in Mark der DDR zum Schwindelkurs	HA XVIII # 16068 v. 15. April 1988
MfS : Hinweise auf erste Reaktionen der Bevölkerung der DDR zur Einführung von Mark-Wertschecks der Forum-Außenhandelsgesellschaft mbH	Z 4473 v. 6.April 1979
Rundschreiben des MfS an alle Dienststellen	MfS-ZAIG 20532 BstU 10
Staatl. Komitee für Rundfunk, Abtl.Monitor: „Die gespaltene Mark“	14. Februar 1978
Zentrale Auswerte- und Informationsgruppe: Bericht über den Automarkt Halle-Südstadt	MfS-ZAIG 20264 BStU 1 v. 7. Jan. 1988
Zentrale Auswerte- und Informationsgruppe: Erhöhung des Freibetrages für Genex-Geschenkdienst	MfS- ZAIG 22950, BStU 2 v. 16.08.1988
BV Dresden, KD Freital: Information über Stimmung und Meinung der Bevölkerung	KD Freital 15439 Pi 84/84 v. 14.11.1984
BV Dresden: Weitere Reaktionen der Bevölkerung der Stadt Dresden zur Eröffnung der Intershopeinrichtung in der Papstorfer Strasse	AKG PJ 317/84 BStU 4 v. 18.10.1984
KD Forst: Information über die Eröffnung des Intershops in Forst	KD Forst 466 BStU 10 v. 10.7.1984
BV Magdeburg Abtl. XVIII: Diskussion „Intershop“ in der Investabteilung	BV Magdeburg Abtl. XVIII # 888 BstU 138 v. 21.11.1977
BV Potsdam: Information zu aktuellen Erscheinungsformen des Schmuggels und der Spekulation unter Nutzung von An- und Verkaufsgeschäften im Bezirk Potsdam	BVfS Postdam BDL Dok 400793 v. 22.07.1986
BV Karl-Marx-Stadt: Schreiben an den Rat der Stadt Glauchau, vom 4.10.1984	MfSBV Karl-Marx-Stadt, AKG 3208
BV Rostock: Beschwerden zum Intershop	MfS BV Rostock, AKG 95, Band 4, v. 14.10.1977
BV Rostock: Besitz von Vermögen in Westberlin	MfS BV Rostock, AKG 6 Nr. 82 v. 11.5.1977

BV Gera, Lage im Transitintershop I	MfS BV Gera, Abtl. VIII/4 v. 20.3.1989
MfS-AG XVII: Information zur Neuregelung der Gewährung von Sondervergütung durch Valutamittel	MfS-AG XVII 676 v. 8.6.1989
MfS-AG XVII: Zahlung von Valutamitteln und Einkauf von Sonderwaren an die Angestellten des Zentralen Büros für Besuchs- und Reiseangelegenheiten beim Ministerrat der DDR	MfS-AG XVII 1105 v. 19.9.1978
Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe: Abkauf von Waren durch ausländische Bürger	MfS-ZAIG 20544 BStU 10, v. 20.10.1988
MfS 075 360: Dialogbeitrag des Zentralkomitees der SED	MfS-075 360 BStU 27 v. 8.11.1989, Abschnitt 2
Auswerte- und Kontrollgruppe MfS BV-Rostock	AKG 6, Nr. 82 v.11.5.1977
Hauptabteilung XVIII, Informationen zur Währungsmanipulation	MfS-HA XVIII # 18965 BStU
Informationen des IM „Holger Koch“	BstU ZA-AIM 1475/82, Teil II, Bd.1
MfS-HA XXII Nr. 5564/3: Hinweise zu Stimmungen und Reaktionen der Bevölkerung der DDR	MfS-HA XXII Nr. 5564/3 v. 26.7.1984

18. Tabellarischer Lebenslauf

Geboren am 14. November 1935 in Wiesbaden

Ostern 1942 bis Herbst 1946 verschiedene Grundschulen in Wiesbaden

Herbst 1946 bis Ostern 1957 Besuch des humanistischen Gymnasiums in Wiesbaden

Mai 1957 bis Oktober 1957 Praktikum bei den Kieler Howaldtswerken

November 1957 bis Dezember 1959 Studium des Schiffsmaschinenbaues an der TH Hannover

Februar 1959 bis Februar 1961 Lehre als Bankkaufmann bei der Dresdner Bank in Wiesbaden

Mai 1961 bis Juli 1965 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln

August 1965 bis Dezember 1966 Tätigkeit als Programmierer bei der Dresdner Bank Frankfurt

März 1966 Heirat mit Liselotte Wagner, geb. Hofmann

Januar 1967 bis Juni 1969 Tätigkeit als EDV-Projektleiter bei der Honeywell GmbH Frankfurt

Juli 1969 bis Juni 1978 Tätigkeit im EDV-Bereich der Siemens-Zweigniederlassung Frankfurt

1972 und 1973 Geburt der Kinder Jens und Uta

September 1969 Kauf und Bezug eines Einfamilienhauses in Dortelweil bei Bad Vilbel

Juli 1979 bis Dezember 1998 Tätigkeit in der EDV-Abteilung der Zentrale der Deutschen Bank in Frankfurt als Systementwickler und Projektleiter.

Juli 1980 Geburt der Tochter Ines

April 1999 Beginn des Studiums der Mittleren und Neuen Geschichte und der Philosophie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt

Ehrenamtliche Tätigkeit im Klimabündnis e.V. Frankfurt und als gesetzlicher Betreuer (Vormund) seit meiner Pensionierung bis heute.

19. Erklärung

Erklärung, dass vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt sowie die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, durch Angabe der Quellen kenntlich gemacht wurden.

Bad Vilbel, den 15. Juli 2005